

Nr. 19

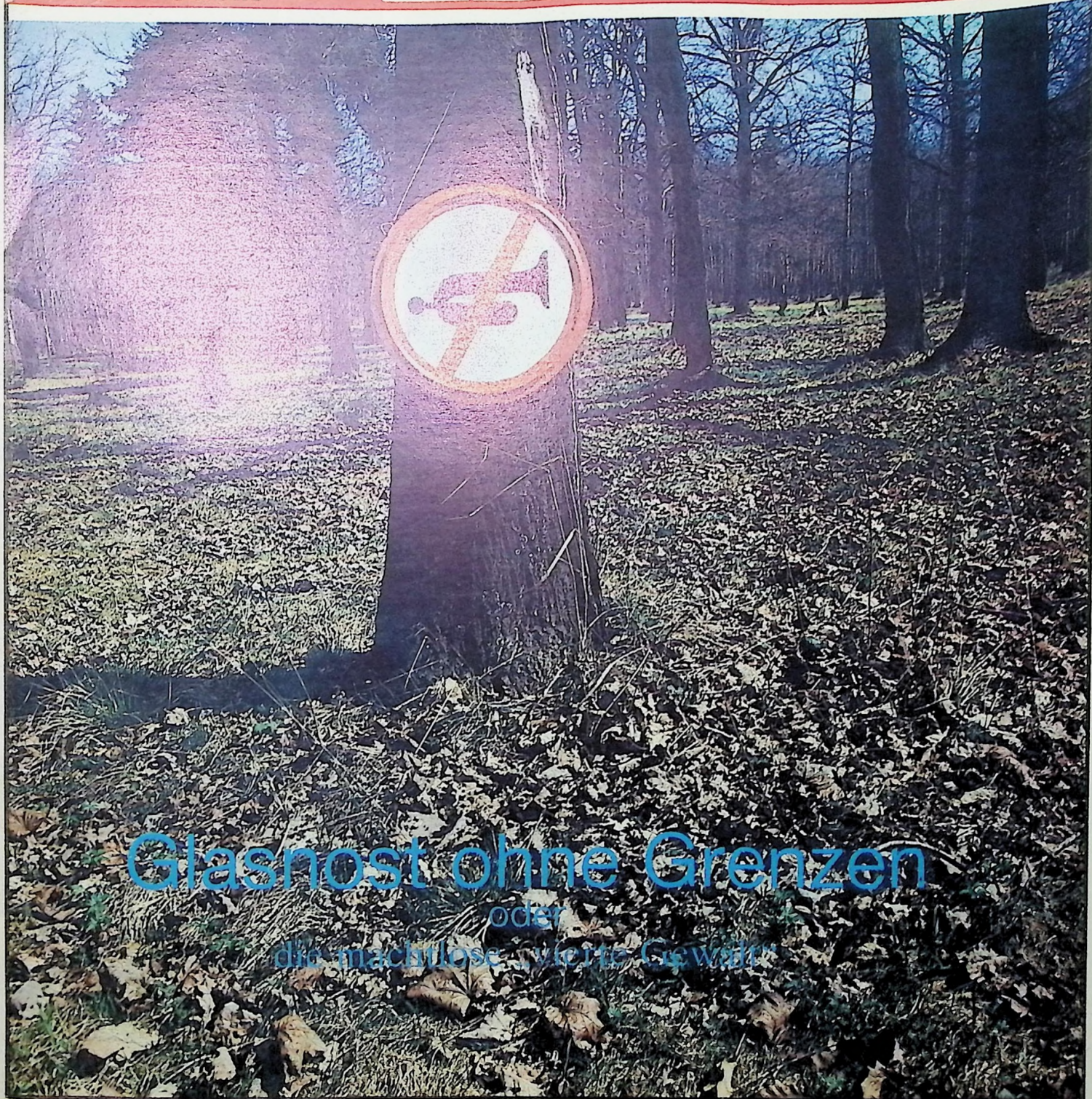
7. - 13. Mai 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Der neue Mossowjet:
Wer ist Hausherr in der Metropole



Glasnost ohne Grenzen
oder
die machtlose „vierte Gewalt“

Japans Premierminister Toshiki Kaifu antwortet auf Fragen der NZ



Zeichnung: Leonid Tischkov

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR – VR CHINA J. Bashanow **DAS ENDE DES CHINA-SYNDROMS** 5



Aufstieg
von Lech Walesa
S.9

EXKLUSIV FÜR DIENZ T. Kaifu EIN BLICK AUS DEM JAHRE 2001 6

POLEN R. Borecki WÄHLT „SOLIDARNOSC“ DEN DRITTEN WEG? 9

BRD N. Sholkwer **DAS ATTENTAT VON KÖLN** 10

MITTELEUROPA Y. Erdmann **EILE NÖTIG?** 12

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN

D. Sgerski **DIE NEUEN TÜRME VON BABYLON** 14

UdSSR – LATEINAMERIKA

W. Rasuwajew **ZWISCHEN GEOPOLITIK UND IDEOLOGIE** 16

UdSSR

L. Michailow, I. Saslawski, N. Andrejew **DIE NEUEN SOWJETS UND DIE KPdSU** 18

WIR UND DIE WELT G. Bashenow **NICHT VON ERDÖL ALLEIN** 23

KUNST I. Ganikowski **DAS GANZE LEBEN HABE ICH EIN EINZIGES BILD GEMALT** 25

FÜNF JAHRE PERESTROIKA: ERFOLGE UND MISSEERFOLGE

J. Koshokin, M. Koshokin **VON DER 1. REITERARMEE BIS ZU ARTIKEL 6** 26

W. Turbin **INTERVIEW MIT MIR SELBST** 29

TAGEBUCH DES SOZIOLOGEN

L. Ionin **AUS DER JÜNGSTEN GESCHICHTE DER KPdSU** 32

IDEEN UND ERFAHRUNGEN

G. Arijewitsch – B. Brahms **BERECHNENDER ALTRUISMUS** 33

BETRACHTUNGEN

A. Pumpjanski **SIND WIR DER WAHRHEIT WIRKLICH SO ÜBERDRÜSSIG?** 34

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

L. Timofejew **DIE TECHNOLOGIE DES SCHWARZMARKTES** 37

GEHEIM L. Mletschin **MINISTER IM EXIL** 40

KULTUR UND POLITIK A. Nujkin, M. Schatrow **WONACH STREBT „APREL“?** 46

MENSCHENRECHTE

L. Jelin – J. Martin **AMNESTY INTERNATIONAL IN DER UdSSR** 46

JUNGE WELT S. Solowejschik **ACHTEST DU MICH?** 48



Sowjetunion:
Zusammenbruch
aller Mythen?
S.26



Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-42-23

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.

Chefredakteur).
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur).
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.

Chefredakteur).
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

HZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Michail PODWIGIN;
Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi

Sergej IRODOW;
Havanna

Vitali SOBOLEW;
London

Sergej BABUSSENKO;
Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;
Managua

Juri KUDIMOW;
New York

Jewgeni ANDRIANOW;
Prag

Kirri KOSTENKO;
Pom

Pawel NEGOIZA;
Stockholm

Alexander POLJUCHOW;
Tokio

Wladimir
OWSJANNIKOW;

Warschau
Rudolf BORECKI;

Wien

Anatoli KOWRIGIN

Auslandsredaktionen:

Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

■ Ihre Zeitschrift berichtete im vorigen Sommer über die Schöpfer des Dokumentarfilms „Nach der Lethargie“ Andrej Nikischin (Regie) und Alexander Nikischin (Szenarium). Der Film wurde in der Vereinigung „Videofilm“ gedreht und zog nicht nur die Aufmerksamkeit der NZ, sondern auch anderer Massenmedien auf sich. Ihre Leser wissen vielleicht nicht, daß der Streifen sofort auf Widerstand stieß. Ausschnitte dieses Films sollten in der beliebten Sendung „7 Tage“ gezeigt werden. Gesendet wurden sie aber nur über das „Orbita“-Netz, also nur für Zuschauer, die weit von Moskau entfernt wohnen. Aus der Sendung für die Hauptstadt wurden die Filmausschnitte herausgenommen (später wurde die ganze Sendung „7 Tage“ liquidiert), aber bestimmt nicht deshalb, weil sie dem ästhetischen Empfinden der Moskauer widersprachen.

Im Film geht es um die baltischen Republiken. Der Szenarist und der Regisseur, die beide in Lettland aufgewachsen sind, versuchen in ihrem Film zu begreifen, was zur Konfrontation zwischen den Völkern führte, warum die nationale Zugehörigkeit, die früher nur die Kaderabteilungen interessierte, nun das Schicksal von Menschen bestimmt. Sie versuchten, ein wahrheitsgetreues Bild von den Vorgängen im Baltikum zu zeichnen. Meiner Ansicht nach war dieser Film vor einem Jahr mehr als aktuell, als sich in Litauen, Lettland und Estland die nationale Idee zu realisieren begann. Nun ist es einfach unumgänglich, den Film einem möglichst großen Zuschauerkreis zu zeigen, also über das zentrale Fernsehen. Damit würde uns klar werden, warum es in Litauen zu den bekannten Ereignissen kam, warum sich in Lettland und Estland ähnliche Entwicklungen abzeichnen.

Mir scheint, daß wir durch Verschulden von Presse, Funk und Fernsehen immer noch nicht richtig verstehen, was die Litauer, Esten und Letten bewegt, welche Vorstellungen sie über ihr Leben und ihr Schicksal haben. Der Film würde diesem Mangel abhelfen. Und das ist kein vordergründiges Interesse.

Die Schöpfer des Films warnen: Wenn der Kessel, in dem gegenwärtig die Leidenschaften brodeln, wie der vierte Block in Tschernobyl außer Kontrolle gerät, sind schreckliche Folgen zu erwarten.

Ludmila Medwedewa
Moskau

■ Ich lebe in Sibirien und verfolge deshalb die Diskussion über die Probleme der sowjetisch-japanischen Beziehungen in Ihrer Zeitschrift mit besonderer Aufmerksamkeit.

In der Frage der „nördlichen Territorien“ gibt es wie bei

Unsere Sozialdemokraten

■ Die sowjetischen Sozialdemokraten entwickeln sich zu einer politischen Kraft. Bislang haben noch nicht viele von ihnen gehört (weniger als 30 % bei einer Umfrage in Moskau im Februar), aber ihr Aufstieg am politischen Himmel ist vorauszusehen. Die Sozialisten und Sozialdemokraten bilden heute das „Zentrum“, das sich darum bemüht, nicht ganz mit der sozialistischen Ideologie zu brechen, die Gesellschaft zu erneuern und sie damit modernen westlichen Demokratien anzunähern. Zur sozialdemokratischen Plattform lassen sich mindestens drei Kräfte rechnen:

Der **reformistische Flügel der KPdSU** verfügt über Vertreter in allen Ebenen der Parteihierarchie. Die „Demokratische Plattform der KPdSU“ und das Netz der Parteiklubs stehen diesem Flügel objektiv nahe. Sie eint der Wunsch, daß die Kontrolle über die Veränderungsprozesse im Land in der Hand der Reformkommunisten bleibt.

Auf die sozialdemokratische Plattform erheben auch die **Linksradikalen** Anspruch, das sowjetische Establishment, das nicht direkt in das System der Parteimacht eingebunden ist, sondern sich ihm entgegenstellt. Geführt werden sie von Juri Afanasjew, Gawriil Popow und anderen Mitgliedern der interregionalen Gruppe, um die sich die legale Opposition schart. Es ist schwer einzuschätzen, ob die Führer der interregionalen Gruppe „links“ von den „Reformern“ aus der KPdSU stehen, jedenfalls hat sie ihre ständige Kritik „von links“ an der Politik von Gorbatschows „Zentrum“ in die Rolle einer Linksoption gedrängt.

Es gibt Gründe zu der Annahme, daß Boris Jelzyn nur

ein zeitweiliger, wenn auch natürlicher und nützlicher Mittläufer der Linksradikalen ist.

Die **Arbeiterbewegung** teilt ihre Sympathien zwischen den Linksradikalen und der Vereinigten Front der Werktätigen. Das ist eine zahlenmäßig starke und organisierte Kraft, die den herrschenden Apparat ebenso ablehnt wie die Linksradikalen, ihnen jedoch aufgrund eines gewissen elitären Gehabes nicht voll vertraut. Die Arbeiter sympathisieren auch nicht besonders mit den Reformern in der KPdSU. Wem wird die Arbeiterbewegung im Fall einer Spaltung der KPdSU folgen? Vielleicht schließt sie sich, wenn man ihre deutliche Ablehnung gegenüber den linken Intellektuellen berücksichtigt, der sich herausbildenden kommunistischen Partei Rußlands an?

Schon zwei Jahre laufen die organisatorischen Vorbereitungen für die Gründung einer **sozialdemokratischen Partei**. Formell wurde die SDP im Januar d. J. beim Tallinner Kongreß als Assoziation republikanischer Parteien und Klubs mit dem Rechtsstatus einer Konföderation gegründet.

Neben der SDA gibt es noch einige weitere sozialistische Bewegungen, die auf die Rolle einer sozialdemokratischen Partei Anspruch erheben, darunter auch eine sozialistische Partei. In ihren Ansichten stehen den Sozialisten viele Gruppen der Ökologen („Grüne“) nahe.

Die Sozialdemokraten haben keine Massenbasis, die sich mit den Volksfronten vergleichen ließe. Dennoch gewinnt die Sozialdemokratie an Autorität. Ende November 1989 werteten die Moskauer die Tätigkeit der Sozialdemokraten mit 3,1 (5-Punkte-System), Ende Februar bereits mit 3,6.

Dr. oec. Leonid Bysow
Dr. oec. Grigori Gurewitsch

Soziologische Studien der Gesellschaft „Nauka“

Rettet einen Sterbenden!

Nach der Lethargie nun Zensur?

Von den Kurilen bis Karelrien

jedem territorialen Streit keine Seite, die absolut recht hat. Deshalb müssen beide Seiten einen Kompromiß finden. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die sowjetische Seite sollte erstens Japan zwei Inseln, Habomai und Shikotan, abtreten. Das wurde in der gemeinsamen Deklaration von 1956 vereinbart. Auf dem übrigen umstrittenen Territorium müßte zweitens eine ökonomische Sonderzone mit Vergünstigungen für japanisches Kapital eingerichtet werden. Die japanische Seite müßte dafür auf ihre Ansprüche auf die übrigen „nördlichen Territorien“ verzichten.

Valeri Tarassow
Ulan-Ude, Burjatische ASSR

■ Ich bin kategorisch nicht mit Boris Jelzyn einverstanden, der in Ihrer Zeitschrift seine Meinung zur Abtretung von vier Kurilen-Inseln an Japan äußerte (NZ 6/90).

Mir, einem schwerverwundeten Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges, Hauptmann a. D. und KPdSU-Mitglied seit 1948, ist der Sinn des übervorsichtigen Plans von Jelzyn unklar. Warum, aus welchem Grund, soll die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Japan um 15 bis 20 Jahre hinausgezögert werden? Was Krieg bedeutet, weiß ich

nicht nur aus den Geschichtsbüchern. Deshalb finde ich es unvernünftig, daß wir uns über 60 Jahre hinweg im Kriegszustand befinden. In einem Punkt hat er recht: Wir müssen uns von der Last der Vergangenheit befreien. Wenn wir uns ständig daran erinnern, wer wem welchen Schaden zugefügt hat, kommen wir bei der Lösung des Problems nicht vom Fleck. Die japanischen und sowjetischen Diplomaten müssen sich an den Verhandlungstisch setzen.

Es ist an der Zeit zuzugeben, daß die Rolle der Inseln für unsere Volkswirtschaft unbedeutend ist. Ich meine, man müsse der japanischen Regierung Garantien bezüglich der Übergabe aller vier Inseln der Südkurilen geben und bis Ende 1991 einen Friedensvertrag

zwischen unseren Ländern abschließen. Noch im Laufe dieses Jahres sollten von dort unsere Truppen und militärischen Objekte abgezogen werden. Dann könnte man die Inseln zur Zone des freien Unternehmertums erklären.

Pjotr Plawski
Rostow am Don, RSFSR

■ Ist Ihnen bekannt, daß sich der finnische Politiker Johannes Virolainen, Vorsitzender des „Karelienbundes“, an Präsident Mauno Koivisto und die Regierung des Landes mit dem Vorschlag gewandt hat, die „Position hinsichtlich der Frage über die Rückgabe der ehemals finnischen Gebiete in Karelien zu klären“, die nach dem Friedensvertrag von 1940 (nach dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939/40) an die UdSSR fielen?

„Da die baltischen Länder“, sagte Virolainen, „den Ribbentrop-Molotow-Pakt für ungültig erklären, warum sollte ihn dann nicht auch Karelien annullieren, wo doch die Okkupation finnischen Territoriums durch die Sowjetunion auf demselben Dokument basiert.“ Er erinnerte daran, daß man zu Zeiten von Paasikivi und Kekkonen nicht öffentlich über die Rückgabe Kareliens sprechen durfte. Inzwischen hat sich die Lage jedoch geändert. Als man in Estland, Litauen und Lettland die Frage des Austritts dieser Länder aus der UdSSR zu erör-

tern begann, erinnerte man sich auch in Finnland wieder der verlorenen Gebiete.

Martti Talmi
Helsinki, Finnland

■ Der bekannte sowjetische Schauspieler Nikita Michailowski, der mit seinen 26 Jahren schon in mehr als zwei Dutzend Filmen mitwirkte, hat Blutkrebs. Diese Krankheit, in Rußland unheilbar, trat ganz plötzlich auf und entwickelt sich lawinenartig. Ihn kann nur eine sofortige Behandlung in einer amerikanischen Klinik retten.

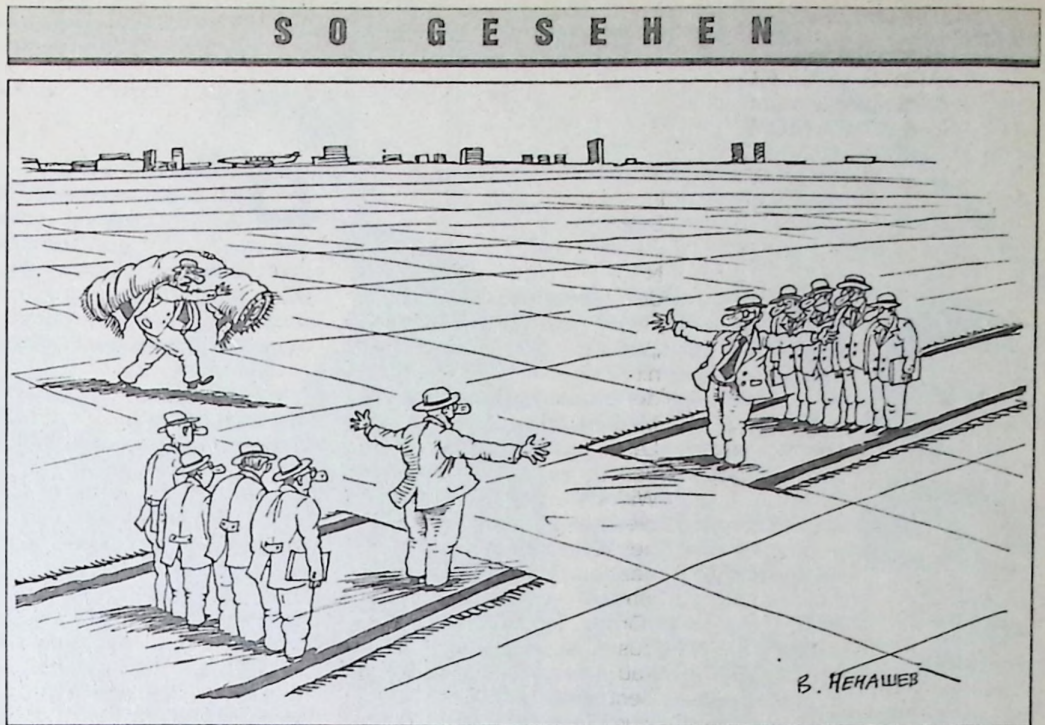
Die russischen Kulturschaffenden wenden sich an ihre ausländischen Kollegen mit der Bitte, bei der Hospitalisierung und Heilung des jungen Filmschauspielers zu helfen und eine Wohltätigkeitsaktion im Namen der Menschlichkeit zu starten.

Alle, die es können, mögen auf unseren Aufruf reagieren und ein Beispiel für echte Barmherzigkeit geben.

Spenden können auf das Konto Nr. 70400002 „Für Michailowski“ bei der Vneshekonombank der UdSSR überwiesen werden. Telefon: 227 13 91.

Andrej Smirnow, Alexander Mitta, Galina Woltschek, Natalja Negoda, Alexander Kujdanowski, Oleg Jankowski, Alfred Schnittke, Juri Norstejn, Juri Ljubimow, Fasil Iskander, Anatoli Rybakow, Andrej Wosnessenski

Zusammengestellt von
T. Tschernowa



Wieviel uns das alles kostet

■ Beim dritten Kongreß der Volksdeputierten teilte der Befehlshaber der Baltischen Flotte und Deputierte Admiral Vitali Iwanow mit, auf dem Territorium Litauens befänden sich militärische Objekte für Dutzende Milliarden Rubel. Warum wurden keine genauen Zahlen genannt? Oder kommen die Militärs so leicht zu Geld, daß es ihnen auf ein paar Milliarden mehr oder weniger nicht ankommt? Ich versuche zu begreifen, was diese Zahl bedeutet. Wenn auf einem so kleinen Territorium, wie Litauen, der Wert der militärischen Objekte in die Milliarden geht, wie hoch ist dann die Summe insgesamt? Litauens Anteil an der Gesamtfläche der UdSSR beträgt nur 0,3 Prozent. Und woher stammen diese Gelder bei einem so bescheidenen Militärhaushalt von angeblich zunächst 17 und jetzt 77 Milliarden? Dabei sind militärische Objekte doch nur ein Teil der Militärausgaben...

Igor Bystrow
Tscheljabinsk, RSFSR



Dr. oec.
ALEXEJ
KIREJEW

Meine Aufmerksamkeit als Wirtschaftswissenschaftler zieht die von Michail Gorbatschow in Swerdlowsk und Nischni Tagil gestellte Frage nach der Konversion auf sich. Der Präsident formulierte zweimal sein neues Verständnis dieses Problems und gab zu, daß hierbei einige Fehlkalkulationen unterlaufen seien. Es liegt auf der Hand, daß es im Rahmen der Radikalisierung der ökonomischen Reformen keinesfalls zu einer Despezialisierung der High-Tech-Branchen kommen darf, auch wenn die Produktion dringend benötigter Konsumgüter in Angriff genommen werden muß. Es ist unvernünftig, jemandem die Herstellung von Mistgabeln zu übertragen, der in der Lage ist, moderne Computer herzustellen. In diese Branchen wurden beträchtliche Mittel aus dem Staatshaushalt investiert. Die Militärausgaben betragen bei uns 18 Prozent des Nationaleinkommens, und im laufenden Fünfjahrplan sollten sie um 45 Prozent gesteigert werden, obwohl das Nationaleinkommen lediglich um 21 bis 22 Prozent steigen sollte. Das gibt es in keinem anderen Land. Übrigens wurden diese Ziffern vom Präsidenten erstmals öffentlich genannt. Derart umfangreiche Investitionen haben einen reichen Vorlauf für die Herstellung technisch komplizierter Erzeugnisse geschaffen, die für zivile Zwecke und in der Wissenschaft benötigt werden. Darin liegt das Potential der Rüstungsindustrie für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen.



VALENTIN
LESTSCHINSKI
Ständiger
Vertreter des
Ministerrats
der
Moldauischen
SSR beim
Ministerrat
der UdSSR,
Volks-
deputierter
der
Moldauischen
SSR

Zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Moldauischen SSR wurde Mirca Snegur gewählt, eine Persönlichkeit, die sich die Achtung der Wähler und Volksdeputierten nicht nur mit seiner Biographie, sondern aufgrund seiner prinzipiellen Position erwarb. Er wirkte aktiv an der Ausarbeitung der Gesetze über die Staatssprache und die Symbole Moldawiens mit.

Mirca Snegur hat die Wahl gewonnen. Hat deshalb Pjotr Lutschinski, der 1. Sekretär des ZK der KP Moldawiens, verloren? Ich glaube, daß diese Ämterteilung der Republik helfen wird, viele Probleme konstruktiv zu lösen. Das Wichtigste ist der erfolgreiche Übergang zur politischen und ökonomischen Selbständigkeit im Rahmen einer erneuerten Unionsföderation.

Die Situation beim Kongreß der Volksdeputierten ist kompliziert. Meinungen prallen aufeinander, darunter diametral entgegengesetzte. Die Prozesse, die in der Republik und in unserer Parteiorganisation ablaufen, werden unterschiedlich gewertet. Der Meinungspluralismus hat hier vorerst nicht zur Spaltung geführt. Eine endgültige Antwort auf die Frage des Kräfteverhältnisses bei den Kommunisten wird allerdings erst der Parteitag der KP Moldawiens geben, der im Mai stattfindet.

Die gegenwärtige Begegnung mit sowjetischen Kollegen und Gleichgesinnten in der Organisation „Generale und Admirale für Frieden und Abrüstung“ war für die Erörterung wichtiger Probleme von großer Bedeutung. Dabei ging es um das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen, den Einigungsprozeß in Deutschland und die Veränderungen in Osteuropa.

Was die deutsche Frage betrifft, muß ich mit Bedauern konstatieren, daß in erster Linie das Problem erörtert wurde, welchem Militärbündnis Deutschland künftig angehören soll. Das bedeutet, daß das Blockdenken nach wie vor überwiegt. Die Aufgabe besteht aber gerade darin, dieses Denken zu überwinden. Deshalb sollte man die deutsche Frage vor allem nicht vom geopolitischen Standpunkt betrachten, sondern im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses. In diesem Sinne sieht der „Korb 2“ von Helsinki, der Bereich der sozialen und ökonomischen Zusammenarbeit, besonders vielversprechend aus.

Kürzlich fand eine Sitzung unseres Koordinierungsrates statt, bei der ein kleiner Teil der Anwesenden den Beschluß faßte, unverzüglich eine neue Partei zu gründen. Geleitet wird diese Gruppe vom Volksdeputierten des Unions- und des RSFSR-Parlaments Nikolai Trawkin. Der Koordinierungsrat bezeugte diesem Beschluß gegenüber Respekt, denn jeder hat das Recht, seine eigenen Ideen zu realisieren. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt, daß die „Demokratische Plattform“ Partnerbeziehungen zu Trawkins Bundesgenossen unterhalten wird. Dennoch ist ein bedeutender Teil der Kommunisten der Ansicht, die Arbeit im Rahmen der „Demokratischen Plattform“ fortzusetzen. Wir haben noch nicht all unsere Möglichkeiten zur Erneuerung der KPdSU ausgeschöpft.

Ich bin nicht gegen die Initiative Trawkins, sehe jedoch den Sinn der Erneuerung der KPdSU in der Beseitigung der Macht einer Minderheit, die bislang existiert. Hier passierte dasselbe: Eine Minderheit faßte den Beschluß, eine neue Partei zu gründen. Deshalb habe ich mich nicht angeschlossen. Die Spaltung der KPdSU ist meiner tiefsten Überzeugung nach unausweichlich. Eine Koexistenz der „Demokratischen Plattform“ und jener, die in Leningrad die Initiative zur Gründung einer KP Rußlands ergriffen, ist unmöglich. Wann wird diese Spaltung formell vollzogen? Vielleicht beim Parteitag, vielleicht bei unserer Konferenz...

Es besteht die Hoffnung, daß der 28. Parteitag den Weg radikaler Veränderungen in der KPdSU einschlägt. Es ist aber nur eine schwache Hoffnung. Meine Prognose lautet: Der Parteitag wird zentristisch orientiert sein und sich folglich nur auf eine teilweise Reformierung einlassen. In diesem Fall werde ich nicht länger Mitglied der KPdSU bleiben können. Das aber ist nur die Annahme eines einzelnen Menschen.



MICHAEL
NEALE
HARBOTTLE
Brigadegeneral a. D.
(Großbritannien)



WJATSCHESLAW
SCHOSTA-
KOWSKI
Mitglied des
Koordinierungs-
rates der
„Demokratischen
Plattform in der
KPdSU“



UdSSR-Präsident Gorbatschow traf mit dem Staatsratsvorsitzenden der VR China Li Peng, der sich auf Einladung der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion aufhält, im Kreml zusammen

Das Ende des China-Syndroms

Der jüngste Besuch des Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Staatsratsvorsitzenden der VR China Li Peng in der UdSSR hat, um mit den Worten des hohen Gastes zu sprechen, „die Entdeckung der Zukunft in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen“ fortgesetzt. Das neue Modell für diese Beziehungen ist vor einem Jahr bei den Unterredungen Michail Gorbatschows in Peking angeregt worden. Wir haben teuer dafür bezahlt, daß wir es nicht schon früher entworfen haben.

Mit dem Nachbarn in Frieden und Eintracht zu leben ist eine Maxime, die jedes Volk im eigenen Interesse gerne befolgen würde. Längst nicht immer und nicht allen glückt das jedoch. Aus unserer eigenen Geschichte kennen wir die Probleme und Widersprüche, die sich aus den Wechselbeziehungen mit den Anrainern ergeben können. Unser Staat hat, wie viele andere auch, Streitigkeiten nicht selten mit Gewalt gelöst und Schwächere seinem Willen unterworfen.

So sind wir in Osteuropa vorgegangen, wo wir nach dem zweiten Weltkrieg unsere politische Ordnung, Ideologie, Wirtschaftsmethoden, oft sogar auch Sitten und Gebräuche durchdrückten. Moskau hielt eine Pufferzone im Westen für einen Garanten seiner Sicherheit und ungestörten

Existenz. Das erwies sich als Illusion. Unlängst vollbrachten die Völker Osteuropas das, was früher oder später hätte vollbracht werden müssen. Sie haben sich von ihrer äußeren Bevormundung befreit. Außerdem haben sich in den letzten vierzig Jahren antisowjetische und antirussische Emotionen angestaut. Auslöffeln muß diese Suppe, eingebrockt einst von Stalin und seiner Umgebung, die heutige Generation von sowjetischen Menschen.

Preis der Konfrontation

Auch nach Osten hin wollten wir kommandieren. Auch von dort schlug, wie ein Querschläger, die Politik des Diktats auf die UdSSR zurück. Besonders schmerzhaft und früher als von anderswo war das aus chinesischer Richtung zu spüren. China ist eine Großmacht, und Versuche, sie zu belehren, mündeten bereits Anfang der 60er Jahre in eine umfassende sowjetisch-chinesische Konfrontation ein. Alle die historischen, ideologischen, politischen Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen der UdSSR und der VR China gab, waren Öl im Feuer der Konfrontation.

Der Streit mit China kam uns und alle Erdbewohner teuer zu stehen. Heute, da alles Schlechte leicht in Vergessenheit gerät, schadet es nicht, an den Preis zu erinnern, den wir dafür gezahlt haben.

Die Verteidigung der Sowjetunion war viele Jahre hindurch zweiseitigem Druck ausgesetzt. Sie mußte auch zur chinesischen Seite hin aufgestockt werden.

Die sowjetisch-chinesische Feindschaft brachte auch die Sicherheit anderer Völker in Gefahr. Auf immer neue Länder und Regionen sich ausdehnend provozierte sie Rüstungswettlauf, Zusammenstöße und bösartige Konflikte wie etwa in Indochina, Afghanistan, Korea, Südasien, im Nahen Osten und im Süden Afrikas.

Die Sowjetunion hatte gehofft, ihre politischen Positionen und ihr Ansehen in der Welt festigen zu können, wenn sie China die Stirn bot. Herausgekommen ist dabei das Gegenteil. Mit unserer Sympathiekurve ging es auf der internationalen Bühne konsequent abwärts.

Unter den Bedingungen eines heiligen Krieges um die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre gegen Peking nahm die sowjetische Gesellschaft zunehmend stagnierende, konservative Züge an. Anstatt unseren untauglich gewordenen sozialen Mechanismus einer Rundumerneuerung zu unterziehen, stellten wir alle unsere Kräfte in den Dienst seiner Verewigung und verteidigten ihn als den einzig zulässigen und richtigen. Moskau sah in den chinesischen Reformen einen bequemen Vorwand, dem Gegenspieler Revisionismus und ein Abweichen vom wahren Glauben vorzuwerfen.

Die ganze sozialistische Sache hat unter dem sowjetisch-chinesischen Zerwürfnis gelitten. Die seit 1917 ohnehin gespaltene Linke spaltete sich weiter und rieb sich in dogmatischen Stellungskriegen auf. Einfluß und Möglichkeiten des Sozialismus nahmen ab, und die Anziehungskraft sozialistischer Ideen verblaßte.

Wir sollten auch nicht aus den Augen verlieren, daß die Sowjetunion ihre finanziellen und materiellen Ressourcen nicht in die Entwicklung der Produktivkräfte Sibiriens und des Fernen Ostens, sondern in die Aufschüttung von Festungswällen an der Grenze zur VR China investiert hatte. Das China-Syndrom veranlaßte Leonid Breschnew dazu, Milliarden von Rubel in die ineffektive Baikal-Amur-Magistrale zu pumpen. Weil die UdSSR mit ihrem Nachbarn in Fehde lag, blieben ihre östlichen Regionen menschenleeres, unerschlossenes und unterentwickeltes Sperrgebiet. Indem die Breschnew-Führung sie zur geographischen Randlage verdammt, trug sie keineswegs zur Stärkung unserer Sicherheit bei, sondern machte die UdSSR in strategischer Hinsicht eher verwundbarer. Daß damit auch der Lebensstandard der Völker der UdSSR geopfert wurde, muß nicht extra erwähnt werden. Außerdem machte man sich damals im Kreml darüber die geringsten Sorgen.

Auch andere sozialistische Länder, die mit Schlachten gegen den Klassenfeind und den Opportunismus aller Schattierungen alle Hände voll zu tun hatten, siechten dahin. Ihr Rückstand hinter dem weltwei-

ten Fortschritt hatte katastrophale Ausmaße angenommen.

Das ist das traurige Restimee von mehr als zwei Jahrzehnten sowjetisch-chinesischer Konfrontation. Man kann dem Schicksal nur dafür danken, daß in beiden Hauptstädten endlich solche politischen Leitfiguren aufgetaucht sind, die die Unhaltbarkeit der Situation erkannt und die Flammen der gegenseitigen Kränkungen erstickt haben.

Wie gute Nachbarn

Der Gorbatschow-Besuch im Mai 1989 in der VR China hat einen endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen. Man kann nicht behaupten, daß zu diesem Zeitpunkt schon alle Probleme aus dem Weg geräumt waren. Noch stand der Grenzvertrag bevor, sodaß die Streitkräfte beider Länder in den Grenzregionen auf ein erträgliches Maß reduziert werden konnten. Über einige Aspekte der Weltpolitik und den Aufbau des Sozialismus bestanden weiterhin unterschiedliche Ansichten. Die führenden Politiker der beiden benachbarten Großmächte einigten sich jedoch darauf, daß Probleme und Divergenzen keinen Schatten auf die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern der UdSSR und der VR China werfen sollten.

Das seitdem vergangene war kein eben leichtes Jahr. In diesem kurzen Zeitabschnitt haben sowohl die Sowjetunion als auch die VR China viel durchgemacht. Die erneuerten sowjetisch-chinesischen Beziehungen hielten der Belastungsprobe stand. In der zweiten Jahreshälfte 1989 begann bereits der Austausch von Parteidelegationen. Auf der Ebene von Parlament, Gewerkschaft, Jugend- und gesellschaftlichen Organisationen sowie im Bereich von Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildung und Sport sind Kontakte ausgebaut worden.

Es hat keine Reibungen zwischen den Vertretern unserer beiden Länder gegeben. Moskau und Peking demonstrierten ihre Fähigkeit, Meinungsverschiedenheiten zivilisiert beizulegen, ohne sich gegenseitig zu befehlen oder zu verurteilen.

Mit diesem positiven Marschgepäck erreichten die UdSSR und die VR China einen neuen Meilenstein in der Geschichte unserer Beziehungen: Li Peng, Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Staatsratsvorsitzender der VR China, stattete unserem Land einen Besuch ab.

Bei den Verhandlungen zwischen führenden sowjetischen Politikern und Li Peng wurde das materielle Fundament der Zusammenarbeit gefestigt, indem man mehrere bedeutende Dokumente unterzeichnete, die sich auf den politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Bereich bezogen. Dabei handelt es sich um ein langfristiges Entwicklungsprogramm für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Vereinbarungen über die Leitprinzipien für den beiderseitigen Abbau der Streitkräfte und vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich an der sowjetisch-chinesischen Grenze, über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erfor-

schung und Nutzung des erdnahen Raums zu friedlichen Zwecken sowie ein Protokoll über Konsultationen zwischen dem Außenministerium der UdSSR und dem Außenministerium der VR China.

Moskau und Peking setzen sich für die Festigung von Frieden und Sicherheit, für Abrüstung und Entspannung, für eine politische Beilegung von Konfliktsituationen und eine allgemeine Einführung von Prinzipien der friedlichen Koexistenz ein. Die Regierungschefs der UdSSR und der VR China sprachen sich für die Lösung von weltweiten ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen aus. Beide Seiten wiesen darauf hin, wie notwendig es sei, daß jeder seine Gesellschaftsordnung selbst vervollkommenet, wobei sie ihre sozialistische Wahlentscheidung noch einmal bekräftigten.

Der Besuch des Genossen Li Peng hat den sowjetisch-chinesischen Beziehungen noch einmal einen kräftigen Impuls verliehen und uns in der Überzeugung bestärkt, daß die Aussichten günstig sind.

Entscheidend ist doch, daß unsere beiden Nachbarstaaten, die radikale Reformen durchführen und wirtschaftliche Schwierigkeiten durchmachen, sich inzwischen bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben aufeinander stützen können (und wollen).

Im kommerziellen Bereich ist China einer der aussichtsreichsten Absatzmärkte für die wissenschaftsintensive sowjetische Produktion beispielsweise in der Zivilluftfahrt, in der Raumfahrt und bei AKW-Ausrüstungen. Gleichzeitig wird China der UdSSR einen Kredit für die Lieferung von Waren des Grundbedarfs, an denen bei uns akuter Mangel herrscht, zur Verfügung stellen.

Auch bei der Konsumgüterproduktion läßt sich eine Aktivierung der Zusammenarbeit absehen. Der sowjetische Ferne Osten verfügt über große Rohstoffreserven. Beide Seiten sind daran interessiert, diese in Fertigproduktion zu verarbeiten, in chinesischen Betrieben und auf Kompensationsbasis.

Wahrscheinlich werden in zunehmendem Maße chinesische Arbeiter und Facharbeiter für den Bau von schlüsselfertigen Objekten und die Produktion von landwirtschaftlichen Anlagen in den östlichen Regionen der UdSSR interessiert werden müssen. Die Sowjetunion wird sich weiter an der Ausrüstung und Rekonstruktion der über zwanzig Industrieobjekte auf chinesischem Territorium beteiligen.

Die UdSSR und die VR China haben noch mehr Pläne und Projekte. Sicherlich werden bei ihrer Verwirklichung Schwierigkeiten auftreten, die einander ergänzenden Wirtschaften unserer beiden Länder jedoch, unsere Nachbarschaft und der Wunsch der sowjetischen Regierung, Sibirien und den Fernen Osten beschleunigt zu entwickeln, bieten objektive Möglichkeiten für eine weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit. Das wird der Perestroika in der Sowjetunion und den Reformen in China, von denen die Zukunft beider Großmächte abhängt, helfen.

Jewgeni Bashanow

Dr. phil. habil., Historiker

NZ. Herr Premierminister, wir erleben jetzt dynamische Veränderungen überall auf der Welt. Die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Normalisierung der sowjetisch-japanischen Beziehungen, die hinter diesen Veränderungen zurückbleiben, ist deutlich. Ein bezeichnendes Detail: Kein Staatsoberhaupt Rußlands oder der Sowjetunion hat je Japan besucht. Nur Nikolai II., noch nicht als Zar, sondern als Thronanwärter, besuchte Ihr Land. Doch Sie werden sich erinnern, daß sich bei diesem Besuch ein Zwischenfall ereignete, der unsere Beziehungen belastete...

Toshiki Kaifu. Ich meine, daß wir Lehren aus der langjährigen Geschichte der japanisch-russischen und der japanisch-sowjetischen Beziehungen gezogen haben und uns bewußt geworden sind, daß unsere Länder füreinander wichtige Nachbarn sind und daß wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen uns für die Völker beider Länder nur von Nutzen sein können. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts müssen wir eine neue Seite in den japanisch-sowjetischen Beziehungen aufschlagen. 1988 besuchte UdSSR-Außenminister Schewardnadse Japan, und 1989 kamen Anatoli Lukjanow, damals noch erster stellvertretender Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, und Alexander Jakowlew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, nach Japan. 1989 statteten der damalige japanische Außenminister Sosuke Uno und in diesem Jahr Shintaro Abe, ehemaliger Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei, der Sowjetunion einen Besuch ab. Wir gaben diesen gegenseitigen Besuchen eine hohe Einschätzung.

NZ. Im kommenden Jahr steht der Japan-Besuch von UdSSR-Präsident Gorbatschow an. Welche Bedeutung hat für Sie dieser Besuch, da Sie der erste Premierminister sein werden, der den sowjetischen Präsidenten empfangen wird?

T. K. Wenn ich der erste Premierminister sein werde, der den sowjetischen Präsidenten empfängt, dann meine ich, daß dies eine große Ehre für mich sein wird. Der Japan-Besuch von Präsident Gorbatschow muß fürwahr historische Bedeutung für die japanisch-sowjetischen Beziehungen haben. Ebendeshalb will ich diesen Besuch — mit den Anstrengungen beider Seiten — bestmöglich vorbereiten, damit er bedeutende Ergebnisse bringt.

NZ. Worüber wollen Sie mit dem sowjetischen Präsidenten sprechen, wenn er nach Japan kommt?

T. K. Sowohl ich als auch der Präsident wollen eine Normalisierung unserer Beziehungen, wollen nach Wegen zu deren grundlegender Verbesserung suchen. Ausgehend von dieser gemeinsamen Position möchte ich eingehend grundsätzliche Fragen erörtern, einschließlich

Ein Blick aus dem Jahre 2001

Perestroika und die Zukunft der sowjetisch-japanischen Beziehungen

Japans Premierminister **Toshiki KAIFU** antwortet auf Fragen des NZ-Chefredakteurs Vitali Ignatenko, der sich Anfang April in Tokio aufhielt



der seit dem zweiten Weltkrieg ungelösten Probleme, sowie mir zusammen mit dem Präsidenten darüber Gedanken machen, wie die japanisch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 2001 aussehen sollen. Bei der Bewertung der jetzigen Situation mit Blick auf die Zukunft möchte ich mit dem Präsidenten erörtern, was wir heute tun sollten, um das Geplante Wirklichkeit werden zu lassen.

NZ. Und wie sollen Ihrer Meinung nach die japanisch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 2001 aussehen?

T. K. Ich bin davon überzeugt, daß die japanisch-sowjetischen Beziehungen eine ganz neue Qualität gewinnen und sich Möglichkeiten für deren weitere Entwicklung auftun werden. Die Nachkriegsphase unserer Beziehungen wird beendet und ein Friedensvertrag geschlossen sein, der das gegenseitige Vertrauen zwischen unseren Völkern festigen wird. Auf dieser Grundlage werden sich unsere Beziehungen mit der beiden Ländern eigenen Dynamik in allen Bereichen entwickeln – in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, im kulturellen Bereich und bei Austauschprogrammen. Sibirien und der Ferne Osten können zu Lokomotiven der wirtschaftlichen Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raums werden dank

der Verbindung von Rohstoffen und Arbeitskräften aus der Sowjetunion mit dem Kapital und der Technik Japans. Mehr Politiker, Geschäftsleute, Künstler, Jugendliche und Touristen werden einander frei besuchen können. Vielleicht werden wegen der allzu engen Wirtschaftsbeziehungen (bislang ist das eher ein Scherz) sogar Reibungen zwischen japanischen und sowjetischen Produzenten entstehen. Und solche Beziehungen werden die Spannungen nicht nur in den bilateralen Beziehungen, sondern auch in der asiatisch-pazifischen Region beseitigen. Dann wird ein konstruktiver Dialog unserer Länder die Beziehungen der Zusammenarbeit um des Friedens und der Stabilität willen in der Völkergemeinschaft insgesamt voranbringen.

Gerade um der nächsten Generation solche Aussichten versprechen zu können, muß man schon heute ernstlich darüber sprechen, wie unsere Beziehungen aussehen sollen, muß sie mit konkretem Inhalt erfüllen und diese Ideen in der Praxis umsetzen.

NZ. Was muß Ihrer Meinung nach für eine Normalisierung unserer Beziehungen getan werden?

T. K. In vielen Bereichen sind Anstrengungen zu unternehmen. Doch vor allem

ist der Abschluß eines Friedensvertrages, der die Grundlage für wahres Vertrauen zwischen beiden Ländern schaffen muß, die vorrangigste Aufgabe. Leider steht die territoriale Frage, die man als Relikt des zweiten Weltkrieges bezeichnen könnte, weiter zwischen uns: Wegen ihr wurde kein Friedensvertrag geschlossen. Diese Frage nicht unter dem Vorwand auszuklammern, sie sei schwer zu lösen, sondern nach der allseitigen Entwicklung unserer Beziehungen zu streben, wobei man bemüht ist, diese Frage durch einen ernsten politischen Dialog zu lösen – das ist der Weg, den wir gehen müssen. Geleitet von dieser Idee, unterbreitete unser Land im Mai letzten Jahres folgenden Vorschlag: Da wir den Abschluß eines Friedensvertrages durch die Lösung der territorialen Frage als wichtigste Aufgabe ansehen, entwickeln wir unsere Beziehungen auch in anderen Bereichen – bei der Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens, beim Ausbau der Geschäftsbeziehungen, bei der Förderung der Kontakte zwischen den Menschen. Und auf so ausgeglichene Weise müssen wir unsere Beziehungen insgesamt verbessern. Dieser Vorschlag fand die grundsätzliche Unterstützung der sowjetischen Führung.

NZ. Alexander Jakowlew, Befürworter eines solchen Vorgehens, der Mitglied des Präsidialrates wurde, nennt es einen „dritten Weg“. In welcher konkreten Form verwirklicht Japan die Idee eines „ausgeglichene Ausbaus“ der bilateralen Beziehungen? Würden Sie sagen, daß solche Anstrengungen eine gewisse Verbesserung der bilateralen Beziehungen erlauben würden?

T. K. Ich kann mir kein Urteil darüber erlauben, wie weit sich Alexander Jakowlews Vorstellung von einem „dritten Weg“ mit unserer Haltung deckt, doch ich möchte vor allem betonen, daß unser Land mit der Sowjetunion zusammenarbeitet, um die Umbauprozesse wie die Demokratisierung, die Liberalisierung und die Einführung der Marktwirtschaft zu unterstützen. Im November letzten Jahres empfingen wir eine Gruppe von Fachleuten, die die sowjetische Regierung entsandt hatte, um Fragen zu studieren, die mit dem Fortschritt der Politik der Perestroika zusammenhängen. Eben so tragen wir aktiv zu den Reformen in Ihrem Land bei. Man sagte mir, daß Präsident Gorbatschow und Alexander Jakowlew den Bericht der Expertengruppe über die Ergebnisse der Untersuchung sehr positiv bewerten. Ich habe

gehört, daß eine zweite Gruppe kommen soll und unser Wirtschaftssystem, unsere Finanz- und Kreditpolitik eingehend studieren wird. Überdies legte Shintaro Abe bei seinen Gesprächen in Moskau ein 8-Punkte-Programm dar, das konkrete Maßnahmen umfaßte, um die Prozesse in Ihrem Land zu unterstützen. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß eine solche Zusammenarbeit der Perestroika, die das sowjetische Volk verwirklicht, Nutzen bringt.

Ich möchte noch anmerken, daß neben einer solchen Zusammenarbeit auf Initiative der japanischen Seite im vergangenen Jahr neue Konsultationen stattfanden, die auf die Realisierung der Zusammenarbeit in Bereichen wie der Schifffahrt, der Gewährleistung der Sicherheit auf hoher See und dem Schutz der Zugvögel gerichtet sind. Abkommen über den Umweltschutz, über Handel und Zahlungsverkehr werden vorbereitet... Was die Austauschprogramme angeht, so hat 1989 der Austausch von Diplomaten auf Initiative des japanischen Außenministeriums begonnen. Bei uns läuft die Vorbereitung auf einen großangelegten Jugendaustausch an, wie er in dem von Shintaro Abe in Moskau dargelegten 8-Punkte-Programm vorgesehen ist.

Solche Anstrengungen unseres Landes zeugen davon, daß wir aufrichtig eine grundlegende Verbesserung und Normalisierung der bilateralen Beziehungen durch eine ausgeglichene Entwicklung in den verschiedenen Bereichen wünschen, wobei wir uns bewußt sind, daß die Lösung der Frage der Nordgebiete die wichtigste Aufgabe ist. Das bedeutet keineswegs, daß unser Land und das japanische Volk die Gebietsfrage als „künstliches Hindernis“ benutzen, um die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu stören. Leider habe ich den Eindruck, daß die sowjetische Seite unsere Bemühungen nicht gebührend würdigt. Bei vier Sitzungen der Arbeitsgruppe für den Friedensvertrag zeichnen sich keinerlei greifbare Erfolge in der Gebietsfrage ab. Offenbar will die sowjetische Seite uns die Anerkennung der „Nachkriegsrealitäten“ aufzwingen und sucht nicht ernstlich nach einer Lösung der Frage. Wir müssen in gemeinsamer Arbeit eine Normalisierung unserer Beziehungen erreichen. Doch Ergebnisse werden ausbleiben, wenn nicht beide Seiten konsequent und Schritt um Schritt Anstrengungen dazu unternehmen werden.

NZ. Unsere Leser hoffen, daß sich der japanische Premierminister voll bewußt wird, daß die sogenannte territoriale Frage für die Sowjetunion in höchstem Maße heikel und kompliziert ist.

T. K. Natürlich verstehe ich, daß diese Frage nicht einfach ist. Doch sehen Sie, wie sich die Welt verändert: die dramatischen Veränderungen in Osteuropa, der Abbau der Berliner Mauer, die Bewegung auf eine Vereinigung von West- und Ost-

europa, die Ende letzten Jahres begann... So ist in Europa das „System von Jalta“ beseitigt, das nach dem Krieg entstand und sich über 40 Jahre gehalten hatte. Man sucht nach einer neuen Ordnung. Diesen dramatischen Veränderungen liegen die sowjetische Diplomatie des neuen Denkens und die Entschlossenheit zugrunde, mit der sich Ihr Land vom Stalinismus getrennt hat.

Warum weitet die Sowjetunion eine solche Haltung nicht auch auf den Fernen Osten aus? Auch hier wäre es notwendig, sich vom Stalinismus zu trennen, damit die Sowjetunion tatsächlich neue Strukturen im Lande schaffen kann und von den Ländern des asiatisch-pazifischen Raums akzeptiert wird. Ich bin sicher, daß dieser Tag kommen wird.

Ich weiß, daß in letzter Zeit in der Sowjetunion verschiedene Meinungen hierzu deutlich geworden sind; in der früheren sowjetischen Gesellschaft wäre das nicht möglich gewesen... Es wäre nicht sinnvoll, hier jeden Vorschlag zu kommentieren, doch ich möchte es begrüßen, wenn solche Vorschläge eine allmähliche Vertiefung der Erkenntnis bedeuten, daß die Probleme in den jetzigen japanisch-sowjetischen Beziehungen zu überwinden sind und daß man dafür der territorialen Frage nicht ausweichen darf.

Ich habe bereits konstatiert, daß Japan und die Sowjetunion wichtige Nachbarn füreinander sind und wahre Freundschaft zwischen Japan und der Sowjetunion ein Glück für unsere Völker wäre, und deshalb sollte sich jeder in der Sowjetunion wie in Japan ernstlich Gedanken darüber machen, wie die japanisch-sowjetischen Beziehungen normalisiert und neue Beziehungen gestaltet werden könnten.

NZ. Es gibt die Meinung, daß, wenn man sich heute mit der Lösung der Gebietsfrage befassen würde, das negative politische Folgen haben und andere Streitfragen um territoriale Probleme provozieren könnte.

T. K. Hätte jemand in der Sowjetunion vor einem Jahr gesagt, man werde auf die Breshnew-Doktrin verzichten, die Berliner Mauer werde fallen und man werde bereit sein, eine Vereinigung Deutschlands zuzulassen, dann hätte man den Betreffenden ebenso scharf kritisiert – wegen der großen „politischen Folgen“ seiner Äußerungen. Doch, wie gesagt, das Ende der Breshnew-Doktrin und der Fall der Berliner Mauer wurden heute zum Symbol einer neuen Ordnung in Europa, die es erlaubt, die Ost-West-Konfrontation zu überwinden. Zweifellos wird die Herausbildung einer neuen Struktur in Europa auf langfristiger Grundlage auch für die Sowjetunion von Vorteil sein.

Folglich geht es jetzt nicht darum, daß die Lösung mancher Fragen so kompliziert ist, sondern darum, neue Beziehungen zu schaffen, eine neue Ordnung, eine neue Zeit näher zu bringen, was durch eine

Lösung dieses Problems möglich wird. Wenn das zum Glück und zum Wohlergehen der Völker beiträgt, sollten wir jetzt kühn darangehen, diese Frage zu prüfen, zu berichtigen und zu lösen.

NZ. Sie gingen bereits auf den asiatisch-pazifischen Raum ein. Wie kann man die Spannungen dort abbauen?

T. K. Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik läßt alle Länder zusammenrücken, die Welt wird „kleiner“, und die Bewegung hin auf eine neue internationale Ordnung kann sich heute nicht allein auf Europa beschränken. Die Aufgabe besteht darin, daß diese Bewegung auch den asiatisch-pazifischen Raum erfaßt. So werden wir eine neue globale Ordnung aufbauen.

Wie kann man Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum festigen? Es geht nicht darum, das europäische Herangehen auf den asiatisch-pazifischen Raum zu übertragen. Hier muß man ein eigenes Vorgehen erarbeiten, um Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens ausgehend von den Bedingungen des asiatisch-pazifischen Raums zu schaffen. Erstens müssen wir Anstrengungen unternehmen, um die Probleme – die politische Konfrontation und die Konflikte – in diesem Raum nacheinander zu lösen. Probleme, die die Herstellung gegenseitigen Vertrauens zwischen den Staaten stören. Ferner müssen wir intensiv zusammenarbeiten und einander um der wirtschaftlichen Prosperität dieses Raumes willen helfen, was eine Grundlage für die politische Stabilität schafft. Die Sowjetunion kann ihren Beitrag dazu leisten. Wie gesagt, wir fordern die Sowjetunion auf, vom Stalinismus endgültig Abschied zu nehmen. Wir bewerten die aktive Teilnahme der Sowjetunion an der Regelung der Beziehungen zur Republik Korea, an der Suche nach einer politischen Lösung der Kambodschafrage positiv. Ich meine, daß es in diesen Fragen nützlich wäre, wie früher einen offenen Meinungsaustausch zu führen und den Dialog auf der Ebene der Außenminister beider Länder oder ihrer Stellvertreter weiterzuentwickeln.

NZ. Was möchten Sie unseren Lesern abschließend wünschen?

T. K. Die Perestroika ist ein grandioser Versuch, eine neue sowjetische Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu errichten. Die Entscheidung ist richtig, und ich meine, daß die Zukunft dies bestätigen wird. Doch zugleich ist die Perestroika ein komplizierter Prozeß. Ich möchte dem Sowjetvolk, das diesen Prozeß mutig begann, meine Anerkennung aussprechen und wünsche ihm von ganzem Herzen Erfolg. Das ist nicht nur mein Wunsch, das ist der Wunsch des ganzen japanischen Volkes.

Was die japanisch-sowjetischen Beziehungen angeht, so möchte ich ebenfalls zusammen mit Präsident Gorbatschow einen Weg gehen, dessen Wahl sich auch dann noch als richtig erweisen würde, wenn wir im Jahre 2001 einen Blick zurückwerfen...

Wählt „Solidarnosc“ den dritten Weg?

Lech Walesa zum Vorsitzenden von „Solidarnosc“ wiedergewählt – und das mit dem Ziel, polnischer Staatspräsident zu werden

„Solidarnosc“ ist eine einmalige Erscheinung – und das nicht nur für Polen. Unterschiedlich war die Reaktion der Welt auf die erste Gewerkschaft in den Ländern der damaligen sozialistischen Gemeinschaft, eine Gewerkschaft, die sich für unabhängig und autonom erklärte. Und die Worte, die im Oktober 1980 auf dem 1. Kongreß der Gewerkschaft „Solidarnosc“ Lech Walesa, Elektriker aus Gdansk, sagte, wurden von fast allen Massenmedien der Welt zitiert. Eine Ausnahme war wohl nur die sowjetische Presse. Hier seine Worte: „Der Kampf beginnt erst. Dieser Kampf wird schwer sein, doch wir sind dem Sieg schon nahe. Allerdings kennen wir nicht den Preis, den wir werden zahlen müssen. Wenn wir wie im August zusammen, stark bleiben, werden wir trotz der Schwierigkeiten und der Meinungsunterschiede siegen. Und wir werden Polen so gestalten, wie wir es uns erträumen, da unser Land nicht anders sein kann.“

Als „billige Politikaster, die den imperialistischen Diversionen zentralen gefällig sein wollen“, bezeichnete TASS damals, 1980, die Führer von „Solidarnosc“. Doch wie die Geschichte zeigte, war alles viel komplizierter und bedeutender!

„Solidarnosc“ machte nie ein Geheimnis aus ihren antikommunistischen Einstellungen. Doch stets sah sie sie pragmatisch, identifizierte sie weniger mit der Idee als vielmehr mit der tatsächlich bestehenden Ordnung. „Solidarnosc“ proklamierte sich stets zu einer Gewerkschaftsbewegung, zum Vertreter und Verteidiger der Interessen der Arbeiter. Doch nie war sie es in reiner Form. Ist ja, wie Jean-Jacques Rousseau sagte, und das gilt, wie ich meine, für alle Zeiten, alles mit der Politik verwurzelt. Wie kann dann eine 10 Millionen Anhänger umfassende Bewegung (wie es „Solidarnosc“ Anfang der 80er Jahre war), die sich das Ziel stellte, ihr Land umzugestalten, frei von ihr sein?!

Zweifelloos ist die Verbindung der Interessen der Arbeiterbewegung mit den Hoffnungen eines nicht geringen Teils der Intelligenz und der Jugend im Grunde als größter Erfolg von „Solidarnosc“ anzusehen. Erinnern wir uns, damit dies noch deutlicher wird, an die nicht von den

Arbeitern unterstützten Proteste der Studenten und der jungen Intelligenz 1968 oder aber an die Aktionen der Arbeiter der polnischen Ostseeküste 1970, die isoliert blieben.

Die Einheit von „Solidarnosc“ Anfang der 80er Jahre und der Massencharakter der Bewegung, die vier Fünftel der berufstätigen Bevölkerung des Landes erfaßte, stützten sich auf eine dem polnischen Geist nahe messianische Idee: die

Ja, neue Zeiten sind gekommen, und das nicht nur im Land selbst, sondern auch für „Solidarnosc“, Zeiten, die weitaus nicht in allem der feierlichen Atmosphäre des Kongresses entsprechen.

In Polen vollzieht sich der schwierige Prozeß der Privatisierung des monopolistischen Staatssektors, der Schock der Preiserhöhungen vom Januar und Februar und spürbare Rückfälle in Schockzustände jetzt, im Frühjahr, wirken nach. Am alarmierendsten ist wohl die ungeahnt schnell wachsende Arbeitslosigkeit: Täglich werden es 1000 Arbeitslose mehr, wobei man bis Jahresende mit einer Million Erwerbsloser rechnet, was doppelt so viel ist



Lech Walesa möchte sich als Präsident sehen. Doch Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki genießt heute in Polen trotz allem größeres Ansehen

Freiheit des Vaterlandes. Die Schläge der Macht aber – das am 13. Dezember 1981 verhängte Kriegsrecht und der Wechsel von „Solidarnosc“ in den Untergrund – festigten vielmehr diesen messianischen Geist, festigten die Einheit.

Die Wende kam mit den Rundtischgesprächen vom vergangenen Jahr und den Parlamentswahlen im Juni 1989, die „Solidarnosc“ in allen Punkten gewann. Eine Zeit brach an, die Walesa als Übergangszeit vom Sozialismus zum Kapitalismus bezeichnete. Bei der Eröffnung des 2. Kongresses hatte er bereits allen Grund zu erklären: „Dieser Kongreß schließt die illegale und provisorische Tätigkeit von „Solidarnosc“ ab.“

wie geplant. Und das, wo ein einheitliches Programm sozialer Garantien, des Schutzes der Arbeitslosen und der am wenigsten abgesicherten Bevölkerungsschichten fehlt, wie der Minister für Arbeit und Sozialpolitik Jacek Kuron auf dem Kongreß erklären mußte.

Hinzu kommt noch, daß die, besonders beim Start, so erforderliche Kapitalakkumulation sowie Profis neuen Zuschnitts fehlen. Und das vor dem ungünstigen moralisch-psychologischen Hintergrund – dem bei den Polen so verbreiteten Konsumdenken...

„Solidarnosc“ weist heute nicht mehr die frühere Einheit auf, die verschiedenen Gruppierungen und Flügel haben sich

abgespalten (wie die extremistische „Kämpfende Solidarnosc“ oder „Solidarnosc 89“). Viele Berater und Helfer unter den Intellektuellen sind in die Regierung oder das Parlament gegangen, betätigen sich als Unternehmer. Doch vor allem ist die Stimmung nicht mehr so kämpferisch, die frühere Klarheit der Idee, der Ziele ist nicht mehr da. Auch die Verantwortung für die heutigen Probleme lastet auf „Solidarnosc“, die nicht nur „ihre“ Regierung und ein ihren Ideen folgendes Parlament geschaffen hat, sondern auch örtliche Zellen realer Macht – die Bürgerkomitees. Im Ergebnis registrieren Umfragen sinkendes Vertrauen zu „Solidarnosc“ und nachlassendes Ansehen ihres Vorsitzenden. Die Bewegung, die demokratische Veränderungen in Polen herbeiführte, zahlt dafür mit dem Verlust ihrer früheren Formeln und Positionen im öffentlichen Leben – diese Schlußfolgerung zieht die Wochenschrift „Solidarnosc“. Und tatsächlich, in den letzten 9 Jahren ist die Zahl der Mitglieder von „Solidarnosc“ auf ein Fünftel zurückgegangen.

Kurz gesagt, nicht von ungefähr war neben Organisations-, Prozedur- und internen Fragen die Suche nach der einstigen Identität, nach der Bestimmung der eigenen Position in einer grundlegend neuen Situation so aktuell – in einer Atmosphäre des Aufbaus, nicht aber der Zerstörung wie in den vorangegangenen 9 Jahren. Konkret wurde die Frage auf dem Kongreß so gestellt: Soll „Solidarnosc“ eine Gewerkschaft bleiben oder aber zu einer Partei werden?

Dieses Motiv klang in verschiedenen Formen in den programmatischen Reden aller drei Kandidaten für das Amt des „Solidarnosc“-Vorsitzenden an.

Andrzej Slowik (Lodz) bestand darauf, daß „Solidarnosc“ ausschließlich die Forderungen der Arbeiter, der Werktätigen zum Ausdruck bringen müsse und nie mit an der Macht sein dürfe.

Tomasz Wojcik (Wroclaw) legte ein recht verschwommenes Programm für die Vereinigung gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Funktionen vor. Doch wie in der polnischen Presse konstatiert wurde, sorgten die Verbindungen zur extremistischen „Kämpfenden Solidarnosc“ und die fehlende Unterstützung regionaler Organisationen für seine Niederlage.

Lech Walesa sprach, wie mir schien, ebenfalls nicht ganz klar von einem „dritten Weg“, den „Solidarnosc“ seiner Meinung nach gehen müsse – d. h. einen Weg, der zwischen Slowiks Haltung und der breiten politischen Vertretung von Regierung und Parlament liege.

Wie dem auch sei, doch die 7 Tage, an denen der Kongreß diskutierte, sorgten für keine einzige Sensation. Und auch Überraschungen gab es wohl nicht. Wie der „Solidarnosc“-Veteran Jan Rulewski

prophezeit hatte, „wird der Kongreß schon vor der Eröffnung abgeschlossen sein und keine Wende bedeuten“. Die meisten Delegierten sprachen sich dafür aus, daß „Solidarnosc“ ein Gewerkschaftsverband bleibt, obwohl er sich das Recht vorbehält, eigene Kandidaten bei Wahlen zu nominieren.

Über drei Viertel der Stimmen gingen an Lech Walesa, der den Vorsitz von „Solidarnosc“ behält.

Überhaupt entstand in der ganzen Woche der Eindruck, der Kongreß sei vor allem von Lech Walesas Persönlichkeit geprägt. Und dazu trug, wie mir schien, nicht wenig das zweite Sujet, bereits außerhalb des Kongresses, bei. Der „legendäre Mann“, die „Institution Walesa“ und schließlich der Aufruf eines Delegierten an den Vorsitzenden, sich nicht mehr als „Korporal Walesa“ zu fühlen, „da er schon seit langem Marschall geworden ist“. All diese Nuancen bereiteten sozusagen den emotionalen Boden vor, der die Idee vorgezogener Wahlen ebenso wie die Möglichkeit der Nominierung eines neuen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Republik Polen begünstigte. Natürlich von Lech Walesa.

Seine Reaktion? Hier ist sie: „Wäre es nicht wunderbar: der Präsident – ein Gewerkschaftsführer?“, und auf einer Pressekonferenz versprach er, daß er es als Präsident lernen werde, „schön zu sprechen und zu schreiben“. Auf die Frage des Korrespondenten der Zeitung „Tribuna“, welcher polnische Staatsmann ihm am nächsten stehe, antwortete Walesa: „...Am nächsten steht mir Marschall Pilsudski.“ Unwillkürlich entstand da der Eindruck, daß sowohl für den „Solidarnosc“-Vorsitzenden als auch für viele andere im Saal die Frage der Präsidentschaft vorentschieden ist.

Der Kongreß endete hastig: Zeitnot und Müdigkeit trieben die Delegierten auseinander – und auch das liebe Geld. In der Kantine hing das Plakat: „Jede Minute läßt den Kongreß 3,5 Mio Zloty teurer werden.“ Doch dabei verschlang, schon im Endspurt, die leidenschaftliche Diskussion über die Höhe des Gehalts für die Gewerkschaftsführer die meiste teure Zeit.

Der zweite Kongreß von „Solidarnosc“ endete am siebten Arbeitstag gegen 8 Uhr morgens mit der übereilten Verabschiedung des Statuts und des Programms, beides in diversen Punkten neuformuliert. Man wird sehen, wie groß die Bedeutung des Erreichten ist.

Rudolf Borecki,
NZ-Korrespondent

WARSCHAU

Foto: Hanna Bogdziewicz (Polen)

Am Abend des 25. April fand in einem Saal der Stadt Köln eine Wahlveranstaltung der SPD statt. Mehr als 3000 Menschen waren gekommen, um Johannes Rau, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, wo Mitte Mai ein neuer Landtag gewählt wird, und seinen Kollegen aus dem Saarland Oskar Lafontaine zu hören. Es war 20.45 Uhr. Die Kundgebung, die fast 3 Stunden gedauert hatte, ging ihrem Ende entgegen. Die beiden Politiker standen auf dem Podium, genossen den Beifall des Saals.

In diesem Augenblick machte sich die Presse wie üblich daran, das Präsidium zu stürmen... Und mit den Presseleuten zusammen versuchte eine kleinere dunkelhaarige Frau mittleren Alters mit zwei prachtvollen Blumensträußen und einem Gedichtband in der Hand zu den Politikern vorzudringen. Einige Sekunden zögerte sie, wem der beiden SPD-Idole sie zuerst die Blumen überreichen sollte, und entschied sich schließlich für Lafontaine. Der Saarländer lächelte, als er den Blumenstrauß in Empfang nahm, und beugte sich leicht herunter zu dem Gedichtband, für den ein Autogramm erbeten wurde. Da zog die Frau auf einmal ein großes Küchenmesser aus dem zweiten Blumenstrauß und stieß es in Lafontaines Hals, unweit des rechten Ohres. Das Blut spritzte empor. Die Fernsehkamera daneben hielt ungerührt den Hergang des Attentats fest: die Flaschen, die vom Tisch des Präsidiums gefegt wurden, den blutenden Oskar Lafontaine, die Panik im Saal, das Chaos auf dem Podium, die Frau, die nicht versuchte, dem Sicherheitspersonal zu entkommen, ein feuchtes, rot werdendes Handtuch, mit dem man erfolglos versuchte, den Blutstrom zu stoppen, Sanitäter, die sich mühsam einen Weg durch das Publikum bahnten. Über 3 Liter Blut ergossen sich auf das Podium des Kölner Saals...

Um 21.45 Uhr lag Lafontaine bereits auf dem Operationstisch, 2 Stunden lang rangen die Chirurgen der Universitätsklinik um sein Leben, und erst spät nachts meldete der Rundfunk, daß Lafontaines Leben nach Meinung der Ärzte nicht mehr akut gefährdet sei. Offenbar war er unter einem glücklichen Stern geboren: Die breite Klinge war nur einen Millimeter von der Schlagader, nur einen Millimeter vom sicheren Tod entfernt, eingedrungen.

Um 5 Uhr morgens wurde Lafontaine aus der Vollnarkose geholt, und schon am nächsten Tag teilte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel nach einem Besuch im Krankenhaus mit: Lafontaines Zustand bessert sich, er bleibt unser Kanzlerkandidat. Die bundesdeutschen Sozialdemokraten atmeten erleichtert auf. Sie hatten – völlig zu Recht – nicht nur um das Leben ihres Parteifreundes, sondern auch um die

Das Attentat von Köln

Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident, bleibt Kanzlerkandidat

politischen Perspektiven ihrer Partei gebangt.

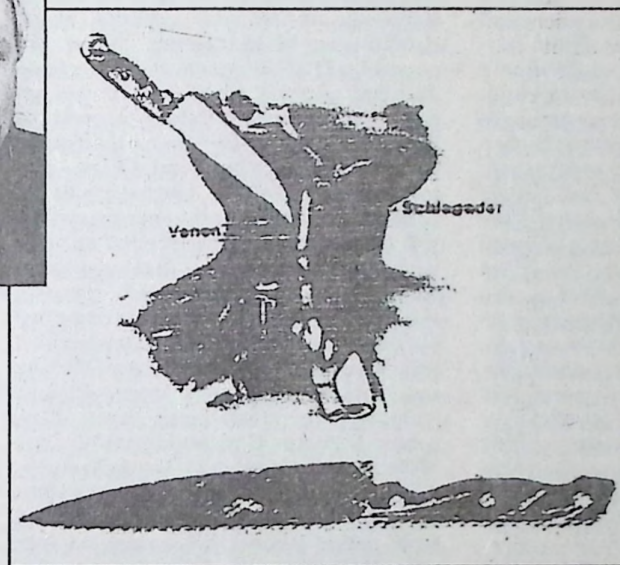
Meiner Meinung nach ist der 46 Jahre alte Oskar Lafontaine heute die markanteste Persönlichkeit unter der neuen Generation bundesdeutscher Politiker. Mit 23 Jahren trat er, ein Arbeiterkind, der SPD bei, wurde schon bald Vorsitzender der Jungsozialisten in Saarbrücken und mit 32 Jahren Oberbürgermeister der Stadt, der jüngste in der Geschichte der Bundesrepublik. Bereits 9 Jahre danach errang er einen Wahlsieg über die Christdemokraten und wurde Ministerpräsident des Saarlandes, und bei den Landtagswahlen in diesem Jahr konnte er die absolute Mehrheit der SPD noch ausbauen.

Im März wurde Lafontaine offiziell zum SPD-Kanzlerkandidaten, der gegen Helmut Kohl antreten wird, bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember nominiert. Wenn die Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Bundestagswahlen überhaupt eine Chance haben, dann zweifellos nur mit Oskar Lafontaine. Kein anderer SPD-Politiker genießt in der Bundesrepublik solche Sympathien wie der Ministerpräsident des Saarlandes, niemand versteht so, das Publikum zu gewinnen, überzeugende Argumente und originelle Lösungen zu finden. Kurz gesagt, der Verlust von Lafontaine wäre für die Sozialdemokraten nicht wiedergutzumachen.

Zufall oder?

Gerade deshalb gingen die Journalisten gleich nach dem Attentat die politische Version durch, ob es da nicht eine Verbindung zu den Terroristen von der linksextremistischen RAF gebe oder ob da nicht die rechtsradikalen „Republikaner“ ihre Hand im Spiel haben. Die Mutmaßungen bestätigten sich nicht. Das Attentat wurde von der 42 Jahre alten Adelheid Streidel ausgeführt, einer vermutlich Geisteskranken aus Bad Neuenahr. Schon bei dem ersten Verhör stellte sich heraus, daß Lafontaine ein zufälliges Opfer war. Adelheid Streidel hatte nur irgendeinen bekannten Politiker ermorden wollen und in dieser Absicht bei den Hauptquartieren aller großen Parteien angerufen, um zu

erfahren, wo und wann Kohl, Genscher, Rau und Lafontaine auf Wahlveranstaltungen sprechen würden. Die Veranstaltung, an der Rau und Lafontaine teilnahmen, fand in der Nähe von Bad Neuenahr statt. Adelheid Streidel setzte sich in ein Taxi, traf zwei Stunden vor Beginn in Köln ein, kaufte Blumen, setzte sich in die zweite Reihe des Saales



Das 30 cm langes Messer verfehlte die Halsschlagader nur um einen Millimeter...

am Durchgang und wartete geduldig auf den geeigneten Augenblick.

Die Motive? Die kranke Phantasie der Frau ließ sie riesige Fabriken und unterirdische Operationssäle sehen, wo die Menschen mit Wissen der Politiker zu seelenlosen Robotern werden. Aus dem Protokoll des Verhörs: „Ich wollte Herrn Lafontaine töten, damit ich vor Gericht gestellt werde und damit das in die Presse kommt.“ In die Presse gelangte Adelheid, doch einen Prozeß wird es offenbar nicht geben. Die Diagnose des bei dem Verhör anwesenden Psychiaters lautete auf paranoide Schizophrenie. Eine zusätzliche Untersuchung soll vorgenommen werden, einstweilen aber hat man die Frau in eine geschlossene Klinik in Köln gebracht. Übrigens hatte Frau Streidel schon vor vier Jahren eine Brandstiftung in Koblenz versucht, doch auch damals wurde kein Gerichtsverfahren eröffnet, denn sie wurde mit eben dieser Diagnose in eine Nervenklinik eingewiesen.

Das Attentat auf Lafontaine ist folglich kein Politkrimi, sondern ein Fall für die

Mediziner. Zugleich verlangt es eindringlich, sich Gedanken über die jetzigen Formen und den Inhalt der politischen Differenzen zu machen, die selbst in einem so zivilisierten Land wie der Bundesrepublik bisweilen in Gezänk ausarten, wobei ruhige Argumente gegenseitigen Beleidigungen und Drohungen weichen. Vor Geisteskranken ist natürlich niemand sicher. Und doch könnten größere Toleranz, Achtung vor dem politischen Gegner, vor dem Andersdenkenden eine gefährliche Polarisierung der Gesellschaft und eine Verrohung der Menschen verhindern. Es geht also um die Kultur der politischen Diskussionen – eine Frage, die auch für die Sowjetunion mehr als aktuell ist.

Hoher Preis der Popularität

Das Attentat auf Lafontaine, meint Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, muß allen klarmachen, daß der Wahlkampf auf keinen Fall in Haß umschlagen darf. Hans-Jochen

Vogel erklärte, die Politiker sollten „ihre Auseinandersetzung stets in einer Form führen, die den persönlichen Respekt vor dem Andersdenkenden nicht verletzt“.

Nach dem Attentat wurden in der BRD nicht wenige Vorwürfe gegen das Sicherheitspersonal und die Polizei laut. Ich meine, diese Vorwürfe sind unbegründet. Hundertprozentige Sicherheit ist im Grunde nicht machbar, wenn man die Politiker nicht durch kugelsicheres Glas von ihren eigenen Wählern trennt. In einer Demokratie aber müssen populäre Spitzenpolitiker den Menschen nahe, für sie erreichbar sein und dürfen nicht nur in schwarzen gepanzerten Limousinen an ihnen vorbeirauschen. Möglicherweise ist es brutal, doch dieses Risiko muß man eingehen – das ist der Preis der Popularität, der Preis einer freien Gesellschaft.

Nikita Sholkwer

NZ-Korrespondent
BONN

Die Illustrationen wurden von unserem Korrespondenten per Telefax übermittelt

Eile nötig?

Welche Auswirkungen hätte eine vorschnelle Vereinigung beider deutscher Staaten?

Seit dem Sommer 1989 haben Hunderttausende die DDR in Richtung BRD verlassen, und auch nach der Öffnung der Grenze hält der Exodus an. Allein in den ersten beiden Monaten des Jahres 1990 übersiedelten 100 000 ehemalige DDR-Bürger in die BRD. Parallel dazu wird der Ruf nach der deutschen Einheit immer lauter.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Sie reichen bei den DDR-Bürgern von der Enttäuschung über die Ergebnisse einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche den Abstand zum Lebensniveau in der BRD und anderen westeuropäischen Industriestaaten immer größer werden ließ; über die Erbitterung und den Haß auf die Praktiken einer parasitär lebenden Führungselite; bis zu der Hoffnung, daß sich mit einer schnellen Vereinigung die meisten Probleme der DDR sofort lösen ließen, also daß das Waren- und Dienstleistungsangebot umfangreicher und attraktiver würde, daß sich die Reise- und Informationsmöglichkeiten verbessern würden, daß die Industrie und die Landwirtschaft effektiver und umweltfreundlicher gestaltet werden würden und daß es zu einer wirklichen Mitsprache der Bürger bei Entscheidungen im Produktionsprozeß und im Territorium kommen würde.

Diese Erwartungen und natürlich eine schnelle deutsch-deutsche Vereinigung, als der Weg zu ihrer Realisierung, werden von den meisten BRD-Politikern, insbesondere der Regierungsparteien, lautstark und wortreich unterstützt und gefördert. Die Vertreter der Unternehmensverbände und der Gewerkschaften äußern sich demgegenüber sehr zurückhaltend. In ihren Kommentaren überwiegt die Forderung nach einer Verbesserung der Verhältnisse in der DDR, und diese Kreise scheinen ein schrittweises, abgestimmtes Aufeinanderzuwachsen der beiden deutschen Staaten zu favorisieren. Die Übereinstimmung unterschiedlicher Klassenkräfte in Grundfragen der weiteren deutschen und damit auch internationalen Politik muß Ursachen haben, von denen einige hier als Hypothesen entwickelt werden sollen:

Wenn die Vereinigung sehr schnell und ohne eine vorherige Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in beiden deutschen Staaten erfolgen sollte, dann ist mit einer Migration von Ost nach West zu rechnen, gegen die die bisherigen Übersiedlungszahlen von 0,14 Mil. Menschen in den 70er und 0,25 Mil. in den 80er Jahren vergleichsweise niedrig waren. Diese Men-

schen würden in der BRD vor allem auf den Arbeitsmarkt drängen und mit den heimischen Arbeitskräften um die Arbeitsplätze konkurrieren. Dabei werden sie in den Berufen, in denen die Ausbildung in beiden Staaten ähnlich ist, wie bei Tätigkeiten im Gesundheitswesen oder in anderen traditionellen Dienstleistungen, höchstwahrscheinlich eine entsprechende Anstellung finden. Die Chancen dieser Arbeitskräfte sind auch insofern nicht schlecht, als die Erfahrungen bereits gezeigt haben, daß ehemalige DDR-Bürger auch unterhalb der Tarifbedingungen arbeiten. Das wird von den Unternehmensvertretern oftmals als Beispiel für Flexibilität und Arbeitswillen der Übersiedler herausgestellt; Eigenschaften, die den in der BRD Geborenen angeblich teilweise bereits verlorengegangen sein sollen; während die Gewerkschaften dieses unsolidarische Verhalten den mangelnden Kenntnissen der neuen Bundesbürger anlasten wollen. Mit Aufklärungskampagnen über das Arbeitsrecht und die unterschiedlichen Tarifbedingungen wird der DGB dieses Problem aber kaum lösen, da seine Ursachen wesentlich tiefer liegen. Dazu gehört die innere Unsicherheit und das tiefe Mißtrauen der Um- und Übersiedler gegen das Solidarprinzip, welches bei sehr vielen aus der falsch verstandenen Kollektivität bzw. deren falscher Umsetzung in ihrer alten Heimat resultiert. Daraus entspringt eine Überbetonung des Individuums, was wiederum den Vertretern des Kapitals

hervorragend in ihre Argumentationslinie paßt, wonach wer arbeiten will, auch Arbeit bekommt.

Die zunehmende Konkurrenz um Arbeitsplätze und alle sich anschließenden Existenzbedingungen, wie Wohnungen, Kinderkrippen-, Kindergartenplätze etc., die in der BRD bereits heute nicht für alle dort Geborenen ausreichen, diese Konkurrenz wird zwar die Stimmung zwischen den beiden deutschen Bevölkerungsgruppen – den Einheimischen und den Übersiedlern – drastisch verschärfen, aber sie allein wird die spontane Wanderungsbewegung in die BRD kaum beschränken. Dies gilt insbesondere, solange die Übersiedlung durch die Politiker für die DDR-Bürger noch besonders gefördert wird. Folglich wird die Arbeitslosigkeit, welche in der BRD in der zweiten Hälfte der 80er Jahre offiziell zwischen 2,2 und 2,3 Mil. Menschen betrug, weiter ansteigen. Das schafft wiederum für die Unternehmer günstige Bedingungen, um Errungenschaften der Arbeiterbewegung zurückzunehmen.

Das würde höchstwahrscheinlich die Verkürzung der Arbeitszeit im Bereich der IG Metall auf 36,6 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich betreffen, die die Gewerkschaft ab November 1988 erkämpft hat und die Modellcharakter für andere Bereiche trägt. Daneben geht es um die Aufhebung des Verbots der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche sowie um die Einbeziehung des Sam- und Sonntags in die Wochenarbeitszeit. Falls dies den Unternehmern gelingen sollte, würden sich die Arbeitsbedingungen für große Gruppen



Zeichnung: „Neue Berliner Illustrierte“

von Beschäftigten verschlechtern.

Dies wäre aber nur ein Teil einer sehr komplexen Flexibilisierungsstrategie. Versuche der Anpassung der Arbeitsbedingungen an neue Erfordernisse der Kapitalverwertung lassen sich in den meisten kapitalistischen Industriestaaten seit den 70er Jahren nachweisen. Zu ihren Schwerpunkten gehören neben dem Aufbrechen bisheriger tarifvertraglicher Regelungen und deren Individualisierung auf Betriebe oder einzelne betriebliche Gruppen, auch Versuche, die betrieblichen und staatlichen Sozialleistungen in einer Region stärker zu vereinheitlichen, d. h. in der Regel das untere Niveau zu verallgemeinern, und neue Formen der Arbeitsorganisation einzuführen. Zu letzteren gehört die Teilzeitarbeit, auf welche nach Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 1973 bis 1983 der gesamte Beschäftigungszuwachs der BRD entfiel. Ähnlich wie in den Niederlanden, Schweden und Großbritannien ging in der BRD die „normale“, d. h. die Ganztagsbeschäftigung zurück zugunsten der Teilzeitarbeit. Diese hatte 1983 bereits einen Anteil von 30 Prozent an der gesamten Beschäftigung in der BRD. Heute dürfte er bereits höher sein. In dieser Beschäftigungsform haben Unternehmer und Arbeiter scheinbar eine Variante gefunden, die beiden Interessen gerecht wird. Für die Unternehmer fallen bei zwei statt einer Arbeitskraft die normalen, tageszeitlichen Schwankungen in der Arbeitsintensität weg bzw. sie können bei solchen Formen wie „Arbeit auf Abruf“, die im Handel verbreitet ist, die Arbeitskräfte dem jeweiligen Bedarf entsprechend verwenden. Demgegenüber bleibt für die Teilzeitarbeiter, die heute zu 70 bis 90 Prozent Frauen mit Kindern sind, Zeit für deren Betreuung, für die Hausarbeit, ein Hobby oder anderes. Diese Möglichkeiten werden auch für viele Übersiedlerinnen Gründe sein, um sich für eine Teilzeitbeschäftigung zu bewerben.

Der „Pferdefuß“ zeigt sich erst im nachhinein. Studien der ILO haben ergeben, daß Teilzeitarbeiter in mehrfacher Hinsicht gegenüber Normalarbeitern benachteiligt sind. Sie werden in Krisenzeiten in der Regel als erste entlassen, erhalten kaum Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, sie haben keinen Prämienanspruch wie Vollbeschäftigte, ihr Versicherungsschutz ist geringer und der Lohn natürlich auch.

Generell läßt sich vermuten, daß die anhaltende Migration die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse in relativ gut gesicherte Stammbesellschaften und demgegenüber unsichere Randbelegschaften weiter vorantreiben wird, ebenso wie die Übersiedler den Unternehmern sehr wahrscheinlich einen erfolgreichen Angriff auf die Reallöhne erlauben werden. Ihr weiteres Wachstum erscheint zumindest sehr fraglich. Nicht umsonst streichen die Unternehmensvertreter seit Jahrzehnten die angeblich zu hohen Lohn- und Personalnebenkosten in der BRD in ihren Wortmel-

dungen heraus und betonen seit dem Herbst 1989 die demgegenüber günstigere, weil deutlich niedrigere, Situation in der DDR.

Eine wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird bei einer Vereinigung ohne große vorherige Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowohl aus den Übersiedlerströmen resultieren, sie erwächst aber auch aus den inneren Prozessen in der BRD selbst. Stellvertretend für andere sei hier nur an die Einsparung von lebendiger Arbeit durch die Anwendung der modernen Technik und Technologien erinnert. Ein Roboter erlaubt es beispielsweise den Unternehmern in der US-amerikanischen bzw. der britischen Automobilindustrie, 1 bis 1,4 Arbeitskräfte pro Schicht freizusetzen. Dabei stehen diese Prozesse nach Meinung vieler Wissenschaftler heute erst am Anfang. Beispielsweise rechnet der US-amerikanische Nobelpreisträger Wassily Leontief damit, daß der technologische Wandel in den nächsten 40 bis 50 Jahren zu einer weitgehenden Verdrängung des Menschen aus dem Produktionsprozeß führen wird.

Diese Tendenz deutet sich im Arbeitskräftebedarf der Industrie bereits heute an. So sank die Zahl der in der Industrie der BRD Beschäftigten von 12,7 Mil. 1970 auf 11,2 Mil. 1980. Parallel damit vollzieht sich ein Wandel in der Struktur der vom Kapital benötigten Arbeitskräfte. Der Bedarf an an- und ungelernten Arbeitskräften sowie an Facharbeitern traditioneller Richtungen, wie der Metallverarbeitung oder der Druckindustrie, geht zurück. Statt dessen interessieren sich die Unternehmer für Arbeitskräfte, die die neue Technik entwickeln und anwenden können.

Diese Tendenzen werden gegenwärtig in der BRD scheinbar durch Zehntausende offene Stellen im Handwerk und anderen traditionellen Berufen widerlegt. Aber daß in diesem Land Bauhandwerker, Krankenschwestern und andere Beschäftigte fehlen, geht neben den vergleichsweise schlechten Arbeits- und Einkommensbedingungen in diesen Berufen vor allem auf die stark reduzierte Ausbildung in den vergangenen Jahren zurück. Die überstarke Nachfrage nach entsprechenden Arbeitskräften scheint also vor allem „hausgemacht“. Mittelfristig ist auch in der BRD damit zu rechnen, daß sich die generellen Tendenzen durchsetzen. Dieser Prozeß würde durch die anhaltend hohe Migration beschleunigt werden. In seinem Ergebnis werden sich die Beschäftigten polarisieren: zum einen in sogenannte „technische Analphabeten“ und zum anderen in eine hochspezialisierte Elite. Zur letzteren würden nach internationalen Prognosen vor allem Techniker, Ingenieure und moderne Manager gehören, die in solchen Bereichen wie Dienstleistungen für Unternehmen, Leistungen für die Ausbildung, den Erhalt der Gesundheit oder die Freizeitgestaltung arbeiten würden.

Mit dem Wandel in der Beschäftigungsstruktur erscheint ein Anstieg der

Arbeitslosigkeit und innerhalb dieser des Anteils der Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr arbeitslos) für sehr wahrscheinlich. Da die ehemaligen DDR-Bürger aufgrund ihrer oftmals anderen Ausbildung an diese gegenwärtigen und künftigen Erfordernisse der Kapitalverwertung nur unvollständig angepaßt sind, ist damit zu rechnen, daß sie in der industriellen Reservearmee überrepräsentiert sind. Das würde insbesondere Fach- und Hochschulkader gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen betreffen.

Falls der Bund und die Länder in der BRD die finanziellen Sonderregelungen für die Übersiedler aufrechterhalten, würden auf die Bundesbürger Mehrausgaben in Millionenhöhe zukommen. Das einmalige Überbrückungsgeld von 200,- DM pro Person, die Steuervergünstigungen und die Vermittlung einer Sozialwohnung, die zinsverbilligten Darlehen zur Einrichtung einer Wohnung (bis zu 10 000,- DM) und andere Leistungen müssen letztlich finanziert werden. Da die Übersiedler daneben natürlich auch alle normalen Sozialleistungen – je nach Bedarf – in Anspruch nehmen können, wie Kinder- und Wohngeld, Stipendien (Bafög), Kranken- und Arbeitslosengeld sowie eine Altersrente, die die Versicherungsleistungen in der DDR anrechnet und folglich der der BRD entspricht, könnten die finanziellen Mehrbelastungen für die Bundesbürger an die Grenze des Erträglichen gehen. Deshalb haben einige Kommunen, wie Bremen oder Hamburg, den Übersiedlern bereits den Zuzug verweigert bzw. einige finanzielle Sonderregelungen aufgehoben.

Insgesamt scheint der Jubel über die Übersiedler aus der DDR bei der Mehrheit der Bundesbürger bereits verflogen zu sein. Seit Anfang dieses Jahres mehren sich die Anzeichen, daß auch bei den „Normalbürgern“ die Euphorie über eine mögliche Vereinigung sehr nüchternen, ökonomischen Gedanken Platz macht. Das wird auch durch einige Meldungen von den Regierungsparteien bestätigt. Denn obwohl offiziell betont wird, daß die Sonderregelungen für die Übersiedler erhalten bleiben, weiß man in Expertengremien, daß in Bonn sehr hektisch an einer Änderung des „Fremdrentengesetzes“, welche die Versicherungsleistung im Herkunftsland für die Rentenberechnung anerkennt, gearbeitet wird. Auch eine Reform der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitsvermittlung wäre bei einer anhaltenden Migration aus der DDR unerlässlich.

Insgesamt wäre zu folgern, daß eine schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten ohne eine Annäherung der Arbeits- und Lebensbedingungen höchstwahrscheinlich eine Wanderungsbewegung in Richtung heutiger BRD auslösen würde. Die damit verbundenen ökonomischen, sozialen und folglich auch politischen Konsequenzen wären negativ sowohl für die ehemalige DDR als auch für die ehemalige BRD.

Dr. sc. oec. Yvonne Erdmann

BERLIN

Die neuen Türme von Babylon

Was es ißt, bestimmt das Volk selbst. Was es liest, entscheidet die Partei. Lehrreiche Beispiele aus dem Leben des Irak

Ich gebe hier fremde Worte wieder, für die Glaubwürdigkeit kann ich mich nicht verbürgen. Man sagte mir, daß die Artikel, in denen ich den Irak kritisierte, Präsident Saddam Hussein auf den Tisch gelegt worden seien. Man forderte ihn auf, meinen Namen auf die schwarze Liste zu setzen und mir Einreiseverbot zu erteilen. Der Präsident soll da entgegnet haben, man solle mich besser nach Bagdad einladen, damit ich mich mit eigenen Augen davon überzeugen kann, wie unrecht ich hatte. So gelangte ich unerwartet als Gast des Informations- und Kulturministeriums in den Irak.

Was wir uns abgewöhnt haben

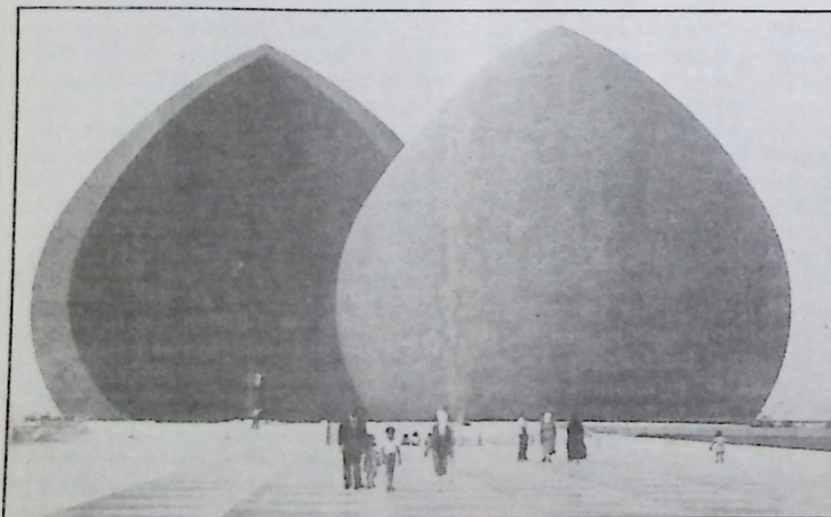
Vor 17 Jahren war ich fast zwei Monate im Irak, sah eins der berühmten Weltwunder: das, was von den hängenden Gärten der Semiramis übriggeblieben ist – und einige halbzerstörte Ziegelfundamente. Die Ruinen des Turms zu Babel. Ich war damals standhafter Atheist und wunderte mich über den Umstand, daß selbst eine solche Geschichte aus dem Alten Testament eine ganz reale Grundlage hat. Berge von mit Keilschrift bedeckten Ziegeln. Doch selbst einen noch so kleinen Ziegel wollte ich nicht als Souvenir mitnehmen.

Und nun strich ich im März 1990 erneut um den Turm zu Babel, um die Ruinen, die spürbar weniger geworden waren, und buddelte in der Erde. Leider fand sich kein einziger mit Keilschrift versehener Stein mehr.

„Wo sind denn all diese Steine?“ fragte ich den Wächter.

„Die Touristen haben sie mitgehen lassen.“

Kein Wunder, dachte ich, wenn schon die Berliner Mauer verscherbelt wird...



Die Gedenkstätte für den Unbekannten Soldaten in Bagdad, unter dem sich ein großes Museum des Präsidenten und Führers Saddam Hussein befindet. Kein Gebäude in der irakischen Hauptstadt darf höher sein als diese Gedenkstätte

Babylons Paläste entstanden aus neuen Ziegeln. Die alten Steine lugen irgendwo, näher am Fundament, hervor. Die wiederaufgebauten Paläste beeindruckten, doch all das ist all zu neu, auf Touristen angelegt.

„Wird der Turm zu Babel wiederaufgebaut?“, fragte ich den Wächter.

„Vielleicht irgendwann einmal.“ Der Wächter zeigte auf einen hohen Hügel, den es hier früher nicht gab. „Das wird höher sein als der Turm zu Babel.“

„Und was ist das?“

„Auf diesem Berg wird die Villa des Präsidenten und Führers entstehen.“

... Bagdad hat sich zum Besseren verändert, hat vorbildliche Schnellstraßen, beeindruckende architektonische Schöpfungen und grandiose Gedenkstätten erhalten. In den dem Unbekannten Soldaten gewidmeten Gedenkstätten sind tatsächlich unbekannte Soldaten beigesetzt. Statt der bei uns üblichen ewigen Flamme ist dort Wasser, das Symbol des Lebens, in ständiger Bewegung. Bei jeder Gedenkstätte gibt es ein Museum, das Präsident Saddam Hussein gewidmet ist.

Auf einer Straße im Zentrum von Bagdad hängen auf engem Raum 45 verschiedene Bilder des Präsidenten. Die zentralen Zeitungen zeigen immer ein Foto des Führers auf der ersten Seite. Ich sah seine Bilder auf den Straßen – in Richtertorbe, in kurdischer Nationaltracht, in Uniform, auf einem weißen Roß, unter gigantischen Rosen. In den Büros hängt über jedem Schreibtisch ein Hussein-Bild. Alle Porträts gleichen sich. An der Tür hängt ein Inventarverzeichnis: „Porträt des Präsidenten Saddam Hussein – 5 Bilder“.

Das beste Hotel des Irak, in dem ich wohnte, weist eine Aufschrift in Goldbuchstaben auf, daß das Hotel in der Epoche des Präsidenten und Führers Saddam Hussein gebaut wurde. Man sagte mir, daß das Museum der Baath-Partei, das während des Krieges gegen den Iran errichtet wurde, von einem in Goldbuchstaben gehaltenen Präsidentenzitat geschmückt wird, dessen Ausführung 5 Mio Dollar gekostet habe.

Führersprüche finden sich auf Schritt und Tritt. So am Sitz des Frauenklubs: „Unser Vertrauen zur irakischen Frau ist grenzenlos. Präsident und Führer Saddam Hussein.“ An den Kreuzungen steht: „Der Bürger, der die Straße an einer nichterlaubten Stelle überquert, schmälert die Rechte der Autofahrer. Präsident und Führer Saddam Hussein.“

Engere Kontakte zu Ausländern sind im Irak untersagt. Diejenigen, mit denen ich offiziell Kontakt hatte, sprachen vor allem von der Weisheit und Bescheidenheit des Führers.

Im Fernsehen erlebte ich ein großes Konzert mit Liedern über den Führer. Die Kinder sangen: „Wir alle werden für dich sterben, Saddam.“

Erst kommt das Fressen...

Unwillkürlich mußte ich mich an die Äußerungen eines Arbeiters bei einem Rundtischgespräch der NZ erinnern:

„Perestroika und Glasnost ist doch nur Geschwätz. Das Leben ist schlechter geworden. Früher, als diese eure Demokratie noch nicht da war, gab es zumindest etwas zu fressen!“

Das Warenangebot in der irakischen Haupt-



Der Präsident und Führer trifft regelmäßig mit einfachen Menschen zusammen

stadt ist hervorragend. Doch manches gibt es hier nicht: Verboten sind westliche Bücher und Schallplatten, Videokassetten, Pariser und andere Verhütungsmittel (verboten sind wegen der Kriegsverluste auch Abtreibungen). Eine strenge Zensur wird bei Filmen und anderem ausgeübt.

Die Menschen sind gut angezogen, ernähren sich gut. Der Durchschnitts-Bagdadler hat eine Wohnung, die für den einfachen Sowjetbürger unerreichbar ist: eine große Fläche, das Wohnzimmer an die 40 Quadratmeter groß. Auf den Straßen verkehren so viele neue japanische Autos, daß man sich fragen möchte, ob denn jede irakische Familie ein eigenes Vehikel hat. In letzter Zeit kommen amerikanische Autos, Chrysler-Straßenkreuzer, in Mode. Bei meinem Aufenthalt trafen die ersten großen Partien ein. Sie gingen weg wie warme Semmeln.

Der Durchschnittsverdienst eines im staatlichen Sektor tätigen Irakers beläuft sich, wie man mir sagte, auf 150 Dinar im Monat. Ist das viel oder wenig? Nach dem offiziellen Kurs gab man mir auf der Bank 3,5 Dinar für 10 Dollar. Auf dem Schwarzmarkt, heißt es, sollen üblicherweise 3 Dinar für einen Dollar getauscht werden.

Der Durchschnitts-Iraker braucht für die Waren in den staatlichen Geschäften nicht viel zu zahlen: 1 kg Fleisch kostet 1,5 bis 2 Dinar, 30 Eier 2,25 Dinar usw. Für Vertreter des Privatsektors, reiche Leute, gelten diese Privilegien nicht, sie haben den kommerziellen Preis zu zahlen.

Gebrail Noh, mein ständiger Begleiter von der Protokollabteilung des Kultur- und Informationsministeriums, ein Christ, sagte begeistert und ehrfürchtig:

„Dank unserem Führer brauchten die Menschen während des 8jährigen Krieges gegen den Iran keinerlei Entbehrungen durchzumachen. Ja, der Irak hat große Schulden gemacht – Dutzende Milliarden Dollar. Doch das Volk hat keine Not gelitten. Unsere Soldaten erhielten einen Volkswagen als Geschenk. Die Fürsorge um das Volk stand stets im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Führers. So wurde

kürzlich der Haushalt für das laufende Jahr erörtert. Eine bestimmte Summe wurde bewilligt und angeordnet, sie nicht zu überschreiten. Schließlich muß man die Kriegsfolgen berücksichtigen und die Schulden zurückzahlen. Zu jener Zeit unternahm der Präsident eine Reise durch Dörfer und Städte, ging auf Märkte und in Geschäfte, sprach mit einfachen Menschen und entdeckte, daß es im Land an Fleisch, Milchprodukten und anderen Lebensmitteln mangelt. Danach änderte er den Haushalt, verdoppelte den Ankauf von Lebensmitteln, wobei er die dafür erforderlichen Mittel auf 600 Mio Dollar anhob...“

...und dann die Demokratie

Während des Krieges gegen den Iran hingen vor den Restaurants von Bagdad Hinweistafeln: „Bitte nicht mit Waffen eintreten.“ Das geschah, damit angetrunkene Militärs auf Fronturlaub nicht Randalen machen. Im Irak gibt es ja kein Alkoholverbot: Whisky, Wodka, Wein und Bier werden überall angeboten. Doch einen Betrunkenen habe ich nirgends gesehen. Man sagte mir, daß selbst während des Krieges Alkoholexzesse nur selten vorkamen: in der Regel das Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit oder wildes Ballern in die Luft aus Anlaß irgendeines Sieges an der Front.

Die Frauen sowjetischer Mitarbeiter im Irak sagten, es sei zu jeder Tages- und Nachtzeit ungefährlich auf den Straßen von Bagdad. Man hat den Eindruck, als gäbe es Kriminalität im Lande überhaupt nicht.

Das Regime im Irak ist recht streng. Wenn man die Gesetze respektiert, wird man in Ruhe gelassen. Doch wenn man gegen sie verstößt... Auf 5 Gramm Rauschgift steht die Todesstrafe. Jeglicher Extremismus wird unterdrückt. Heute gibt es im Irak keine fanatischen religiösen Gruppierungen. Zugleich ist jede Diskriminierung auf religiöser Grundlage verboten. In Bagdad gibt es neben den Moscheen auch Kirchen.

Einen Tag vor der Abreise hatte ich ein

ausführliches Gespräch mit dem Informations- und Kulturminister Latif Nasif al-Jasim. Ich hatte schon viel davon gehört, daß man sich im Irak auf umfassende Reformen zu einer Demokratisierung vorbereitet. Sie umfassen Pressefreiheit und die Einführung eines Mehrparteiensystems. Über dieses Thema sprachen wir auch mit dem Minister.

„Wissen Sie, Umgestaltungen, Reformen sind dann nötig, wenn man in einer Krise oder Sackgasse ist“, sagte der Minister. „Bei uns gibt es keine Krise. Doch bereits in den Kriegsjahren wurde bei unserem Präsidenten und Führer die Idee demokratischer Umgestaltungen im Lande geboren. Wir hatten überhaupt keine Angst, Erfahrungen anderer zu übernehmen. Doch die Idee unserer Umgestaltungen entstand vor der

Perestroika in der UdSSR. Seinerzeit hatten wir Erfahrungen der Sowjetunion in der Landwirtschaft übernommen. Wir führten in unserem Land richtige Kolchosen und Sowchsen wie bei euch ein. All das war eine entsetzliche Pleite...“

Mein Guide sagte: „Wir arbeiteten uninteressiert, die Staatsbetriebe wurden von den Menschen ausgeplündert, wir hatten nur Verluste und verlangten enorme Mittel.“ Der Minister äußerte sich diplomatischer.

„Die Rettung der Landwirtschaft haben wir Sondermaßnahmen zu verdanken: Wir verteilten Parzellen an Bauern, verpachteten einen Teil des staatlichen Grundes und Bodens an Gruppen von Bürgern und halfen bei der Bildung von Genossenschaften. In der ersten Zeit halfen wir den Bauern mit Saatgut, Technik und Düngern und beim Absatz der Erzeugnisse. Jetzt hat sich die Situation geändert, die Bauern können ihre landwirtschaftlichen Betriebe selbst leiten. Die Politik der Führung und des Führers persönlich ist es, das private Unternehmertum zu fördern. Es prosperiert jetzt bei uns auf der Ebene kleinerer Betriebe zur Produktion von Nahrungsmitteln, im Dienstleistungswesen, in der Textilindustrie, im Handel usw. Die Großindustrie und die Infrastruktur verbleiben natürlich einstweilen beim staatlichen Sektor.“

Sie fragen, wie wir zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stehen“, fuhr der Minister fort. „Unsere Haltung wurde schon vor langem von unserem Präsidenten und Führer Saddam Hussein bestimmt. Eine solche Ausbeutung ist zulässig, wenn sie nicht Elemente der Nötigung oder der Unterjochung hat. Im privaten Sektor sind die Löhne und Gehälter ja höher als im staatlichen Sektor, und die Menschen arbeiten gern und ganz freiwillig bei solchen „Ausbeutern“. Das entspricht, soweit ich weiß, nicht eurer Ideologie. Doch die Ideologie muß unserer Meinung nach dem Volk dienen und nicht umgekehrt. Wenn das Volk schlecht lebt, ist eine solche Ideologie nicht überzeugend. Überhaupt meine ich, daß Ideologie flexibel

sein, sich mit der Veränderung der Lage und der Bedürfnisse der Gesellschaft reformieren muß. Und auch eine ständige, erstarrte Verfassung ist nicht notwendig. Sie muß sich mit der Entwicklung der Gesellschaft verändern. Die von uns geplanten Umgestaltungen sind nur eine Korrektur, die den Erfordernissen der jetzigen Phase der Entwicklung entspricht. Unser Führer meint, daß die Gesellschaft reif ist für ein Mehrparteiensystem, für die Pressefreiheit, für mehr Demokratie. Doch wir sind davon überzeugt, daß die führende Rolle der regierenden Baath-Partei, der Partei der arabischen sozialistischen Wiedergeburt, erhalten bleibt, ja sich noch weiter festigen wird. Sie ist aus dem Volk hervorgegangen und nicht unter Einfluß von außen entstanden. Die Baath-Partei ist eine Kraft, die das Volk vereint, sie ist nicht auf eine bestimmte Klasse der Gesellschaft beschränkt. Bei einem Mehrparteiensystem müssen alle Parteien zur Einheit des Volkes beitragen, nicht aber dazu, die Gesellschaft zu spalten oder die einen Schichten der Gesellschaft gegen andere aufzuhetzen. Deshalb werden wir Parteien wie eine kommunistische oder eine religiös-extremistische oder eine kurdisch-separatistische nicht dulden..."

Der Minister fand in dem Gespräch nicht wenige herzliche Worte für die Sowjetunion, doch er äußerte Befürchtungen, die UdSSR trete die erste Rolle in der Weltpolitik an die USA ab. Seine Kritik fand auch die Tatsache, daß die UdSSR die Massenauswanderung von Juden nach Israel erlaubt...

Perspektiven

Die Perestroika in der Sowjetunion hat, wie mir schien, im Irak Befremden und eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Zunächst wurde alles ganz ruhig aufgenommen: Da unser Freund, die Sowjetunion, dieser Meinung ist, sei das eben erforderlich. Und die Freundschaft zwischen unseren Ländern kann als traditionell gelten – seit 1958 (mit einer gewissen Abkühlung in den 60er Jahren, als ein weiterer militärischer Umsturz von einem Blutbad an den Kommunisten begleitet war).

Und nun hat die UdSSR mit Verhandlungen und einer Normalisierung der Beziehungen zum ürgsten Feind der Araber, zu den USA, zum Beschützer des noch böseren Feindes Israel, begonnen. Die Sowjetunion habe eine Art Canossagang nach Washington angetreten. Statt mit den Imperialisten von einer Position der Stärke aus zu sprechen, habe die UdSSR angefangen, sich vor ihnen zu entwarfen. Und dann sei es noch schlimmer gekommen: Die UdSSR begann Menschenmaterial nach Israel zu liefern, indem sie Juden emigrieren ließ. Natürlich sei hier auch die Hinterhältigkeit der Vereinigten Staaten deutlich geworden, die die Juden, die bei ihnen leben wollten, extra aussperrten. Eben das bekam ich in Bagdad zu hören.

Kurz gesagt, die Iraker bekundeten Bedauern darüber, daß die UdSSR freiwillig auf ihre Rolle als Supermacht verzichtet habe. Was sollen die Araber in dieser Situation tun, können sie denn da nicht nur auf sich selbst bauen? Der Irak hat eine Rekord-

aufrüstung eingeleitet. Zunächst hieß es, das sei rein defensiv gemeint, um sich gegen den Iran und Israel verteidigen zu können. Doch in den letzten Jahren wird betont, daß der Irak zum mächtigsten militärischen Bollwerk der arabischen Welt „gegen die gemeinsamen Feinde“, gegen Israel und den Iran, gemacht werden müsse. Vor nicht allzu langer Zeit teilte Präsident Saddam Hussein freudig mit, daß der Irak jetzt über binäre chemische Waffen verfüge und halb Israel in kürzester Zeit ausradieren könne. In der gesamten arabischen Welt wurde Solidarität mit dem Irak bekundet.

Nichtsdestoweniger bleibt die Haltung gegenüber der Sowjetunion im Irak traditionell positiv auf allen Ebenen, wo ich Begegnungen hatte. Recht rührend war der Aufruf des irakischen Präsidenten auf einer Tagung der Arabischen Liga im Februar, arabisches Kapital in die sowjetische Wirtschaft zu investieren. Eine solche Erklärung ist um so wertvoller, da sie auf dem Höhepunkt der arabischen Kritik an der UdSSR wegen des Exodus der Juden nach Israel abgegeben wurde.

Der Irak ist ein potentiell sehr reiches Land. Unlängst wurde gemeldet, bei den prospektierten Ölvorkommen liege der Irak jetzt an zweiter Stelle nach Saudi-Arabien. Und ein wahres Wunder sollte sich ereignen: Große Ölvorkommen wurden direkt unter Bagdad entdeckt. Die Stadt schwimmt sozusagen auf dem Öl. Und die Suche nach dem schwarzen Gold geht weiter.

Mir gefiel, wie man über diesen Reichtum im Land verfügt. Wenn ein weiteres Vorkommen entdeckt wird, freut man sich, spendet Beifall und ... plombiert es mit einer Riesenbetonplatte. Ja, eine kluge Politik. Jetzt begreift man das schon überall auf der Welt. Man berichtete mir von den Schulden des Irak, von anderen Problemen des Landes.

„Warum verkaufen Sie nicht Öl für eine Summe, daß man alle Schulden begleichen und leben könnte wie in Kuwait?“ fragte ich. Die Antwort lautete:

„Der Irak ist OPEC-Mitglied. Folglich müssen wir uns an die Ölförderquoten halten und die Verkaufspreise respektieren, die aber sind leider niedrig.“

* * *

...Wie einfach war es noch vor 5 Jahren, über solche Dienstreisen zu schreiben. Hohe allwissende Instanzen sagten schon, wie das Ganze zu servieren ist. Vor dem einen verschließt man die Augen, das andere stellt man schönfärbisch dar. Friede, Freude, Eierkuchen für alle Ewigkeit. Jetzt aber gibt es im Grunde niemanden mehr, der einem Anweisungen erteilen könnte. Vielleicht habe ich etwas nicht so gesagt, wie man das gern möchte. Doch es waren ja auch nur meine persönlichen Eindrücke...

Dmitri Sgerski

BAGDAD

Fotos aus: „National Geographic“ (USA) und „Al-Iraq“

Die Außenpolitik der UdSSR in Lateinamerika bestand jahrzehntelang aus der Kombination von Anerkennung der geopolitischen Realien und ideologischem Determinismus. In der Praxis sah das wie ein ständiges Schwanken zwischen Vorsicht und Entschlossenheit (bis hin zur Unvernunft) aus, wie eine Kombination aus zurückhaltenden diplomatischen Äußerungen und geheimen Hoffnungen der Politiker. Einerseits respektierte die sowjetische Führung allem Anschein nach die lateinamerikanische Region als Einflußbereich der USA und bemühte sich deshalb, unbedachte Schritte zu vermeiden. Andererseits traten die geopolitischen Erwägungen in den Hintergrund, wenn Moskau seine lateinamerikanische Politik durch das Prisma des „Kampfes zweier Gesellschaftsordnungen“ betrachtete. Das ideologisierte Herangehen an die Außenpolitik äußerte sich in dem Streben, das sozialistische Lager durch lateinamerikanische Staaten zu bereichern.

Die sich widersprechenden geopolitischen und ideologischen Erwägungen koexistierten in jeder konkreten Richtung der Lateinamerikapolitik der Sowjetunion friedlich miteinander. Im Ergebnis dessen wurde diese Eklektik zur Norm, die jedoch fast keinen Platz für die realen sowjetischen Interessen übrigließ.

Versuchung Antimperialismus

In den Jahren des kalten Krieges war das Arsenal der sowjetischen Außenpolitik recht einseitig, ganz besonders in Lateinamerika. Große Hoffnungen setzte man auf die US-feindlichen Einstellungen. Mittel verwandelten sich nicht selten in Ziele. Deshalb wurde das „Anheizen“ der anti-amerikanischen Stimmung bis zum „Siedepunkt“ zum wichtigsten langfristigen Ziel der Lateinamerikapolitik der UdSSR erklärt.

Dieses Ziel erschien durchaus in Reichweite zu liegen, denn in Lateinamerika war man schon immer mit den USA unzufrieden. Die Lateinamerikapolitik Washingtons trägt Züge sowohl der Ausbeutung und Intervention als auch beleidigende Geringschätzung. Unter den Bedingungen einer bipolaren Welt und des kalten Krieges empfand man in den USA die für die Beziehungen zwischen Ländern des Nordens und des Südens üblichen Reibungen als Ergebnis der sowjetischen Politik. Man reagierte mit Entrüstung und unverdecktem Druck. Diese „Diplomatie der Stärke“ machte jedoch die lateinamerikanischen Länder nicht gefügiger, sondern veranlaßte sie eher zu demonstrativen Signalen gegenüber der „anderen Seite“. Die Folge war eine Verhärtung der amerikanischen Position und ein weiteres Anheizen des Konfliktes.

Die ernsthaftesten Zusammenstöße hat-

Zwischen Geopolitik und Ideologie

Der „kleine“ kalte Krieg in der westlichen Hemisphäre und die Interessen der Sowjetunion

ten die USA vor allem mit autoritären nationalistischen Regimes. Und sowjetische Wissenschaftler gerieten leicht in Versuchung, letztere als Kämpfer gegen den Imperialismus zu deklarieren. Wenn dazu noch die radikale außenpolitische Phraseologie durch begrenzte Reformen im Inland bekräftigt wurde, erlag man der Versuchung.

So kam es, daß die sowjetische Wissenschaft das peruanische Militärregime Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre der antiimperialistischen Bewegung zurechnete. Für die sowjetischen Lateinamerikanisten waren die radikalen Projekte der peruanischen Generäle von vorrangiger Bedeutung, die als „kämpferischer Antiimperialismus“ gewertet wurden. Das autoritäre Wesen des Militärregimes wurde hierbei völlig ignoriert. Man hoffte sogar, eine weitere Radikalisierung würde das Land dem sozialistischen Lager zuführen, wie das mit Kuba geschah.

Gewisse Erwartungen verband die sowjetische Führung sogar mit der argentinischen Militärjunta, als 1982 der bewaffnete Konflikt mit Großbritannien um die Falklandinseln ausbrach und die Beziehungen zu den USA aufs äußerste gespannt waren. In Moskau war man offensichtlich der Meinung, daß jedes Regime, das die „Kräfte des Imperialismus“ herausfordert, ein Recht auf Verständnis und eine gewisse Solidarität seitens der UdSSR hat.

In Wirklichkeit hängen die Widersprüche zwischen den USA und den lateinamerikanischen Staaten nicht so sehr von der Stimmung der Politiker und den Fehlern der Diplomaten ab. Sie verfügen über eine eigene innere Logik. Das ist jene Logik, die die Beziehungen zwischen Großmächten und in ihrem Einflußbereich liegenden Ländern, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kennzeichnet. Das Niveau dieser Widersprüche darf nicht unterbewertet werden. Aber auch eine Überbewertung dieser Widersprüche, auf die sich großangelegte Pläne stützen, ist fehl am Platz. Das Niveau der antiamerikanischen Stimmungen steigt und fällt, die Meinungsverschiedenheiten mit Washington erreichen zeitweise einen kritischen Punkt, aber das objektive

Interesse Lateinamerikas an stabilen und guten Beziehungen zum mächtigsten Land des Westens wird davon nicht berührt. Dieser Faktor unterliegt keiner Konjunktur.

Verpflichtungen gegen Interessen

Der kalte Krieg ist vorüber. Unter den neuen Bedingungen braucht die Sowjetunion auch eine neue Politik gegenüber Lateinamerika. Die gegenwärtigen Tendenzen zeugen davon, daß der ideologische Determinismus einem ökonomischen weicht. Die Aufnahme vorteilhafter Handelsbeziehungen steht hierbei im Vordergrund. Das alles wäre gut und richtig, wäre die sowjetische Wirtschaft in einer ausgezeichneten oder zumindest guten Verfassung. Jetzt sollte man nicht auf den Handel rechnen. Die ökonomischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Lateinamerika können heute nicht zu einem politischen Faktor werden. Deshalb besteht möglicherweise der beste Ausweg in einer Position der „konstruktiven Zurückhaltung“, bei der die UdSSR auf eine unmittelbare Einflußnahme auf die Angelegenheiten der Region verzichtet.

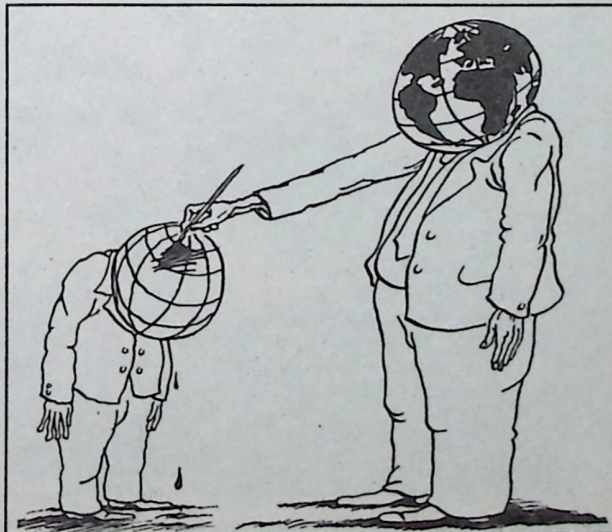
Den Interessen der UdSSR in Lateinamerika entspricht in erster Linie die sozialpolitische Stabilität, die sich auf die Vertiefung der demokratischen Prozesse gründet. Ein neues Aufkommen des radikalen Nationalismus und des Linksterrorismus, auch wenn sie sich mit antiimperialistischen Losungen bemänteln, führt zu

entgegengesetzten Ergebnissen und schafft Probleme.

Die sozialpolitische Stabilität in Lateinamerika kann jedoch nur auf dem festen Fundament des wirtschaftlichen Wachstums und der Verringerung der Auslandsverschuldung gedeihen. Die UdSSR ist nicht in der Lage, zur Lösung beider Aufgaben einen unmittelbaren Beitrag zu leisten, weil sie erstens selbst von einer Wirtschaftskrise erfaßt ist und zweitens nur vier lateinamerikanische Länder (Kuba, Nicaragua, Peru und Grenada) Schulden bei der UdSSR haben. Gleichzeitig kann und muß sich unser Land aktiver an der Suche nach neuen Beziehungen zwischen Nord und Süd beteiligen, eigene Ideen unterbreiten und konstruktive Initiativen unterstützen.

Es ist offensichtlich, daß die UdSSR an einer Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und den lateinamerikanischen Ländern interessiert ist, die Stabilität in der Region gewährleistet. Die Position der „konstruktiven Zurückhaltung“ würde dieser Situation am meisten entsprechen. Die neue Rolle der UdSSR hängt aber u. a. davon ab, ob sie zu einer unvoreingenommenen Kraft in dieser Region wird. Gegenwärtig ist sie es nicht. Das politische und ideologische „Duell“ zwischen Kuba und den USA, dieser „kleine“ kalte Krieg, zu dem die Sowjetunion einen beachtlichen Beitrag geleistet hat, geht weiter. Unter diesen Bedingungen sind die Bündnisverpflichtungen der UdSSR unzweideutig.

Der Sowjetunion wird es wahrscheinlich erst gelingen, einen neuen Status zu erlangen, wenn dieser kalte Krieg auf der westlichen Halbkugel ein Ende gefunden hat. Eine unbedingte Voraussetzung hierfür wird die Erreichung eines „lateinamerikanischen Einverständnisses“ sein, d. h. eines Konsens zwischen Kuba und der überwiegenden Mehrheit der lateinamerikanischen Länder. Erst danach werden sich die amerikanisch-kubanischen Beziehungen normalisieren. In dieser Etappe ist die Rolle der sowjetischen Diplomatie besonders verantwortungsvoll. Und dann wird es endlich möglich sein, den kalten Krieg in der westlichen Hemisphäre ganz zu überwinden und die Wahrscheinlichkeit für eine Wiederholung der Karibik-Krise von 1962 völlig auszuschließen.



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

Wladimir Rasuwajew

Die neuen Sowjets und die KPdSU: Wer hat die Macht?

Dort, wo die Abgeordneten der Direktübertragung zugestimmt haben, konkurrieren die Tagungen der örtlichen Sowjets auf den Bildschirmen erfolgreich mit denen des Obersten Sowjets der UdSSR. Nicht nur, weil die Wähler auf ein Wunder hoffen: Wie, wenn ein örtlicher Sowjet das zustande bringt, was der Oberste Sowjet nicht schafft, und das Leben wenigstens in einem einzeln genommenen Rayon verbessert? Ein Prozeß ist im Gange, von dem lange genug gesprochen wurde: Die Sowjets gehen daran, die Macht jenen abzunehmen, die sie immer hatten. Nämlich den Parteikomitees.

Im Moskauer Stadtsowjet: Die Macht in der Opposition – die Opposition an der Macht

Die Moskauer verfolgen gespannt Neubesetzungen, ärgern sich über leere Diskussionen der ersten Tagung ihres Stadtsowjets und warten, wann die Deputierten endlich zu handeln beginnen. Am wichtigsten ist jedoch die vor unseren Augen erfolgende Umwälzung in der politischen Struktur der Gesellschaft

Endlich hat das protzige Gebäude des ehemaligen Hauses der politischen Aufklärung des Moskauer Stadtpartei Komitees am Zwetnoi-Boulevard, das Haus, dessen Bau vielen Moskauern eine Verschwendung städtischer Ressourcen schien, seine Existenz gerechtfertigt: Wie sich herausstellt, ist das der günstigste Raum für die erste Tagung des Moskauer Stadtsowjets. Freilich fließt für jeden Tag, den die Deputierten am Zwetnoi verbringen, eine runde Summe aus dem städtischen Etat der Parteikasse zu. Wir müssen für Demokratie zahlen. Ich sage ausdrücklich „wir“, weil sich das städtische Budget aus den Steuern von Betrieben und Stadteinwohnern zusammensetzt. Auch früher kosteten die Tagungen des Moskauer Stadtsowjets Geld, das schien jedoch weder die Städter noch die Deputierten zu kratzen: Das Geld konnte frei zwischen Partei und Stadtsowjet zirkulieren, weil Partei und Staat eins waren.

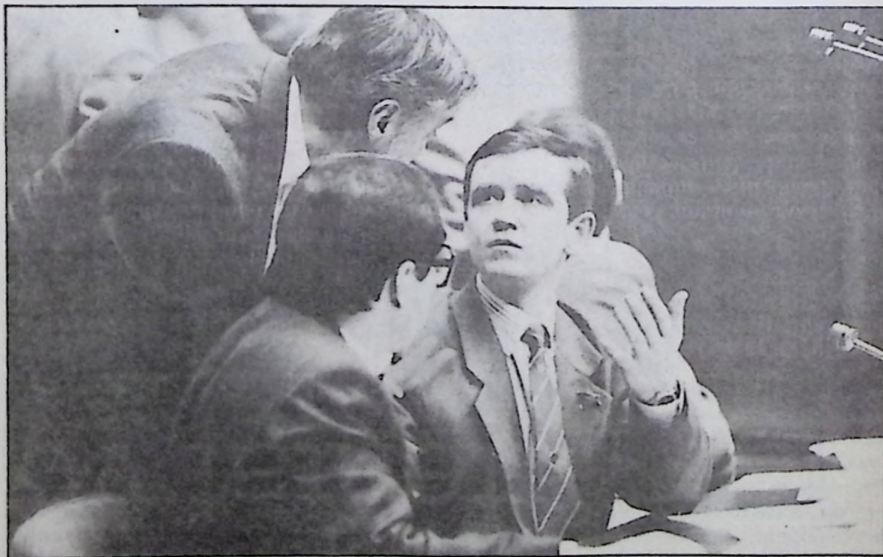
Heute dagegen... Sobald die Ergebnisse der Wahlen zum Moskauer Stadtsowjet bekannt wurden, besann man sich plötzlich auf die Kosten. Die Häuser, in denen die zahlreichen Bezirkspartei Komitees jahrzehntelang neben den Bezirksexekutivkomitees Wand an Wand existierten, in ein und derselben privilegierten Kantine aßen und am gleichen Strick zogen, wurden im Nu in die Bilanz der Partei aufgenommen. Ebenso schnell verlor die „Moskauer Prawda“ einen ihren Herausgeber, den Moskauer Stadtsowjet. Am erstaunlichsten ist, daß sowohl die „Moskowskaja Prawda“ als auch die „Wetschernjaja Moskwa“ (Moskau am Abend) dem Stadtsowjet unverkennbar die kalte Schulter zeigen. Früher einmal klagten die Journalisten dieser beiden hauptstädtischen Blätter über die Unmöglichkeit, die Stadtbehörden zu kritisieren; es war leichter, einen Minister zu stürzen als irgendeine Verwaltung des

Moskauer Stadtexekutivkomitees anzutreten. Jetzt ist volle Freiheit, die vielseitigen Berichte von den Tagungen des Moskauer Stadtsowjets (längere in der „Moskowskaja Prawda“, kürzere in der Abendzeitung) gehören der Vergangenheit an. Die ganze Arbeit der Tagung wird mit einer kurzen und eher scharfen Notiz abgehandelt.

Momentan können die Moskauer sogar ohne ihre Zeitungen auskommen, werden doch die Tagungen vollständig im Fernsehen übertragen. Sie verfolgen die Diskussionen und die Wahlen, sie sehen das Kräfteverhältnis in dem Saal, wo die Deputierten erstmalig seit mehr als 60 Jahren nicht alphabetisch geordnet sitzen, sondern sich je nach ihren politischen Sympathien verteilen. Sie sehen die große Deputierten-

gruppe, die dem Stadtsowjet das Programm des „Demokratischen Rußland“ vorlegt, die Gruppe „Moskwa“ um den 1. Sekretär des Moskauer Stadtpartei Komitees Juri Prokofjew und verstehen, warum die Parteipresse dem neuen Stadtsowjet nicht grün ist.

Noch hatten sich die Deputierten kein einziges Mal richtig versammelt, als die Stimmen laut wurden, es seien die falschen gewählt worden. Die Deputierten benahmen sich in der Tat sonderbar. Anstatt gleich ihren Vorgängern bescheiden einzutreffen, an gebührenden Stellen Beifall zu klatschen, zu gebührender Zeit abzustimmen, dann ein Bojarenessen zu halten und friedlich auseinanderzugehen, begannen diese Neuen sofort damit, Programme aufzustellen, Kommissionen zu planen und ohne eine Rückfrage beim Stadtpartei oder beim Stadtexekutivkomitee ihre Kandidaten für die wichtigsten Funktionen zu benennen. Die größte Entrüstung wurde durch die Teilung in Blöcke ausgelöst. Wozu auch, wo man sich doch konsolidieren muß, eine Spaltung können wir nicht brauchen! Aber wie sollen sich Deputierte konsolidieren, die genau entgegengesetzte Standpunkte vertreten? Ist es da nicht ver-



Sergej Stankewitsch: Wird ein Berufspolitiker ein ebenso fähiger Administrator werden können?

nünftiger, alle Positionen offen zu erörtern, nach Berührungspunkten zu suchen und eine für die Mehrheit der Deputierten annehmbare Lösung zu finden?

Unter denen, die die Tagung vorbereiteten, waren auch die Volksdeputierten der UdSSR Gawriil Popow und Sergej Stankewitsch. Aus ihren Kreml-Erfahrungen zogen sie Schlüsse, über die ihre Opponenten staunten: Sie folgten dem großen Sowjet nicht und übten, obwohl in der Mehrheit, keinen Druck auf die Minderheit aus. Im Gegenteil, sie dachten vor allem daran, die Rechte der Minderheit zu garantieren: Dem Organisationskomitee traten Vertreter aller Blöcke bei, sie kamen auch ins Arbeitspräsidium der Tagung, um reihum die Sitzungen zu leiten.

Der Block „Demokratisches Rußland“ kann mit seinen Stimmen jeden Beschluß durchbringen. Aber die Fernsehzuschauer sahen, wie sorgfältig Stankewitsch und Popow die Abstimmung über Resolutionen vermeiden, die für die Minderheit offensichtlich unannehmbar sind. Das brachte ihnen den Tadel ihrer Anhänger ein. Deshalb ist es offen gesagt lächerlich, wenn ein Deputierter in einer wählbaren Funktion in der Partei, die schon die bloße Möglichkeit einer Opposition in ihren Reihen negiert, über eine „Abstimmungsmaschine“ und eine „Unterdrückung der Opposition“ klagt.

Die Deputierten, die links sitzen, verfolgen ihre Kollegen aus dem „Demokratischen Rußland“ mit Befremden und Ärger: absolut unerwartete Leute, lauter Schullehrer, Geistliche, Samisdat-Redakteure, Studenten. Für einen Nomenklatura-Funktionär sind sie nicht solide genug und nach einer sonderbaren Laune irgendeiner Kraft in den Saal gekommen. Und diesen da das Schicksal der Hauptstadt anvertrauen? Dieser Zweifel sickert auch in die Parteipresse durch: Die Leute könnten die guten Pläne verderben! Zur Bestätigung verweist man auf die langen Stunden, die der Geschäftsordnung, dem Verfahren, dem „nicht zur Sache gehörenden“ Streit gewidmet waren. Vergessen wird dabei eins: Diese Menschen sind nur deshalb Deputierte, weil die Moskauer das wollten. Veteranen der Korridore in den Bezirkspartei- und Bezirksexekutivkomitees, versierte Chefs von städtischen Ämtern wurden abgelehnt, diese Leute aber kamen durch. Nicht weil sich das so gehörte oder weil sie auf bestimmten Listen gestanden hatten, sondern weil die Moskauer gerade auf solche Menschen hoffen. Deshalb sind sie die wahren Abgesandten des Volkes und ist der heutige Stadtsowjet ein reales Organ der Selbstverwaltung des Volkes. Anders gesagt eine Sowjetmacht, wie sie im Buche steht. Jene, die früher im Namen dieser Macht sprachen und die Abzeichen eines Deputierten des Moskauer Stadtsowjets am Revers trugen, um die Metro und die Straßenbahn gratis zu benutzen, hatten mit der Sowjetmacht nichts gemein, weil sie zu Deputierten ernannt



Juri Prokofjew: Der 1. Sekretär des Stadtparteikomitees in der neuen Rolle als Führer der Minderheit? Links von ihm Valeri Sajkin, Deputierter des Stadtsowjets, aber kein Verwaltungschef mehr. Er verließ sein Amt, noch bevor man ihm einen Rechenschaftsbericht für die vier vergangenen Jahre abverlangen konnte

worden waren. Die heutigen sind gewählt. Es muß noch analysiert werden, wieso die städtische Parteimacht jetzt in der Opposition zur realen Sowjetmacht steht.

Dem „Demokratischen Rußland“ wird seit dem ersten Tag nach den Wahlen Machtgier vorgeworfen. Sehr schlimm – vom Standpunkt der Menschen, denen die Macht heute gehört. Sie werden sie abgeben müssen, aber wohin mit ihnen selbst? Was sollen die Profis der Macht unternehmen (der frühere Beruf ist inzwischen vergessen), für die alle übrigen nur Amateure sind?

Die Macht in der Stadt gehörte immer dem Stadtkomitee der KPdSU. Das ganze Leben der Stadt wurde in den Büros, Sekretariaten, den Abteilungen des im gleichen Haus wie das ZK der KPdSU befindlichen Stadtparteikomitees bestimmt. Der Stadtsowjet stempelte bei seinen Tagungen die erforderlichen Dokumente ab, das in seinem Zuständigkeitsbereich allmächtige Stadtexekutivkomitee setzte die Beschlüsse des Stadtparteikomitees um. Jetzt ist die Kette zerrissen. Der Stadtsowjet beschließt, was er für nötig hält, und beabsichtigt, das Exekutivkomitee nach seinen Vorgaben handeln zu lassen.

Am Tag der Eröffnung der Tagung sah ich mich in der für Gäste bestimmten Reihe von soliden Männern umgeben, die einander gut kannten, gediegen gekleidet waren und sich in diesen Sesseln als Herren der Lage fühlten. Herablassend belächelten sie die unscheinbaren Deputierten, die sich vor den Mikrofonen drängten und Resolutionen, Verbesserungsvorschläge und Zusätze einbrachten. Die soliden Männer tauschten kurze Bemerkungen, denen

ich entnahm, daß ich unter die hohen Tiere des Exekutivkomitees geraten war. Aber gegen den Abend verging ihnen das Lachen, sie waren offensichtlich beunruhigt. Sie hatten nämlich begriffen, daß die neuen Deputierten mit den alten nichts gemein hatten. Es handelt sich nicht um die große politische Kultur von Sergej Stankewitsch und den brillanten analytischen Kopf von Gawriil Popow (Eigenschaften, die noch kein einziger Leiter des Moskauer Stadtsowjets sein eigen nennen konnte), die gemeinsam entschlossen sind, eine arbeitsfähige und kompetente Stadtverwaltung zustande zu bringen. Auch alle anderen Deputierten werden zu verhindern trachten, daß die Beamten weiter ruhig vor sich hinleben, keinen Finger rühren und uns still ins Verderben stürzen.

Die Moskauer haben dem Stadtexekutivkomitee viel vorzuwerfen: Die Hauptstadt ist verdreckt, mehr schlecht als recht renoviert, einige Bezirke gäben fertige Kulissen für einen Kriegsfilm ab. Der Stadtsowjet könnte Valeri Sajkin, der vier Jahre lang die Verwaltung leitete, sehr wohl dafür zur Verantwortung ziehen. Aber einen Tag vor der Tagung ging er, aus irgendeinem Grunde ohne Rechenschaft abgelegt zu haben. Im Zuge einer Rettungsaktion wurde Sajkin in den Sessel eines stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR katapultiert. Eine altbewährte Operation, im vorigen Jahr erhielt auch Wassili Sacharow, als der Oberste Sowjet ihn nicht als Kulturminister bestätigt hatte, die gleiche Funktion. Selbstverständlich müssen hochqualifizierte Fachkräfte gehegt und gepflegt werden, aber nach all dem könnten die Einwohner der Russischen Föderation einen seltsamen Eindruck von der Auswahl der Mitglieder des Ministerrats der Republik gewinnen.

Wozu also noch mehr Zeit verlieren, warum packen die Deputierten die Sache nicht gleich an? Dieses Befremden ist verständlich: Ist es nicht lächerlich, über die Benennung einer Kommission zu diskutieren, wo doch jeden Augenblick ein Streik des Kindergartenpersonals ausbrechen kann? Man bedenke aber: Die früheren Stadtbehörden beschäftigten sich weder mit dem Reglement noch mit Resolutionen, konnten jedoch die Probleme der Stadt nicht lösen. Deshalb haben sie diese Macht bei den Wahlen verloren.

Der Moskauer Stadtsowjet braucht Mechanismen zur Lösung der außerordentlich schwierigen Probleme der Stadt, sie können jedoch nicht über Nacht geschaffen werden. Der Stadtsowjet darf keine Beschlüsse fassen, die den Interessen der Wähler widersprechen, deshalb gilt es, die Meinungen der Deputierten genau zu erfassen. Der Stadtsowjet darf sich keine inkompetenten Beschlüsse erlauben, deshalb muß er die Prioritäten und die Hierarchie der Werte genau bestimmen. Die städtische Selbstverwaltung ist ein komplizierter selbstinstellender Organismus, der sich nach eigenen Gesetzen entwickelt, und gegen diese Gesetze darf man nicht verstoßen. Das Moskauer Stadtparteikomitee und der alte Stadtsowjet nahmen ohne jegliche Reglements, Kommissionen und sonstige Tricks eine Menge von Beschlüssen an, aber das Leben wurde davon nicht besser.

Was der Moskauer Stadtsowjet jetzt

macht, hätte schon zu Beginn des Jahrhunderts getan werden sollen. Wer sich verspätet, ist leicht hektisch, nervös, macht Fehler und ärgert die Umgebung. All das ist begreiflich. Man darf sich keinen Illusionen hingeben, keine sofortigen Veränderungen erwarten, sie sind einfach unmöglich. Außerdem ahnen die Deputierten die Möglichkeit einer Obstruktion nicht nur seitens eines Teils des Stadtapparats, der nicht auf die neue Weise zu arbeiten vermag, sondern auch seitens der Republik- und Unionsämter. Die Unzufriedenheit mit dem Moskauer Stadtsowjet ist in den Korridoren der Macht nicht zu übersehen.

Es ist klar, daß der Stadtsowjet nicht beabsichtigt, sich auf die Äußerung seiner Meinung über die Straßendecken und den Zustand der Kanalisation zu beschränken. Der neue Stadtsowjet ist Ausdruck des hohen Grads der Politisierung der Moskauer und wird nicht abseits vom politischen Leben stehen. Das Schreiben nach Vilnius, das eine Gruppe von Deputierten unterschrieb, der Wunsch, sich über den Moskau-Besuch des chinesischen Spitzenpolitikers auszusprechen, die strikte Anweisung an das Stadtexekutivkomitee, den früheren Beschluß zu widerrufen und eine Kundgebung zur Unterstützung von Gdylan und Iwanow sofort zu erlauben (das war der erste Sieg des Stadtsowjets über seinen Apparat): All das dürfte der großen Leitung wenig gefallen. Der Beschluß des Präsidenten, der das Recht auf „die Reglementierung von Massenveranstaltungen innerhalb des Gartenrings“ dem Stadtsowjet wegnimmt und dem Ministerrat der UdSSR überträgt, war für viele Deputierte nicht nur eine Sofortreaktion auf die Kundgebung für Gdylan und Iwanow, sondern auch ein Ausdruck der offenen Unzufriedenheit, der sich andere Behörden anschließen könnten.

Das „Demokratische Rußland“ erhielt das Mandat für die Verwaltung der Stadt gegen glänzende Programme und Deklarationen. Nun gilt es, die Fähigkeit zu ihrer Verwirklichung zu beweisen. Der Erfolg ist nicht garantiert, zwischen Wort und Tat besteht immer eine Spanne. Selbst der beste Palamentarier ist nicht unbedingt ein sachkundiger Verwaltungsfunktionär. Aber dem neuen Stadtsowjet muß geholfen werden. Seinen Erfolg brauchen die Moskauer, aber auch das ganze Land und seine Führung, weil sich nicht nur das Leben der Millionenstadt verbessern, sondern auch die Richtigkeit des Perestrojka-Kurses bestätigen wird. Ein Fiasko dagegen wäre ein Schlag nicht nur gegen den Block der Demokraten, sondern auch gegen die ganze Perestrojka. Die Eifersucht, Feindseligkeit und Schadenfreude im Zusammenhang mit den ersten Fehlern des Stadtsowjets sprechen nicht zugunsten der Zentralmacht.

Als ich zur Tagung ging, rollte ein junger Mann aus dem Hintereingang zum ehemaligen Haus der politischen Aufklärung einen Karren mit Stößen von Büchern und Broschüren heraus. Er nahm einen Stoß nach dem anderen und warf sie in ein Lastauto. Handbücher, Lehrmaterialien und sonstige didaktische Sammelbände wurden zum Altpapier, ein Teilchen unseres einstigen Lebens versank.

Leonid Michailow

Büsten bekriegen?

Der Volksdeputierte der UdSSR Ilja Saslawski bewarb sich überraschend für viele um ein Mandat für einen Bezirkssowjet. Er erhielt dieses zweite Mandat und wurde Vorsitzender des Moskauer Bezirkssowjets Oktjabrski. Welche Pläne hat er in seiner neuen Funktion?

Ilja Saslawski antwortet auf Fragen der NZ

Halten Sie es tatsächlich für möglich, in einem einzigen, einzeln genommenen Bezirk ein mehr oder weniger anständiges Leben herbeizuführen?

Doch, ich halte das für machbar. Inzwischen weiß man, was man vom Obersten Sowjet der UdSSR erwarten darf und was nicht. Deshalb hatte ich das Bedürfnis, wenigstens einen Teil meiner Ideen auf der Ebene der örtlichen Sowjets zu realisieren. Erstens um meinen Wählern zu helfen; zweitens um die Erfahrungen zu verallgemeinern und Gesetzesanträge, die schon für das Parlament Rußlands und das der Union bestimmt sind, auszuarbeiten; drittens schließlich um ein Beispiel zu geben, und zwar nicht nur für die Deputierten, son-

horizontale und vertikale Strukturen der Deputierten herausgebildet. Als Volksdeputierter der UdSSR gehörte ich zu den Initiatoren bei der Schaffung der Wählerassoziation „Erneuerung“, die bei den Wahlen der Deputierten der RSFSR und des Moskauer Stadtsowjets das „Demokratische Rußland“ unterstützte. Wir werden also miteinander zusammenarbeiten.

Haben Sie keine Angst vor baldiger Enttäuschung? Attraktive Wahllosungen auszugeben und sie zu realisieren ist zweierlei.

Nein, ich habe keine Angst. Ich wußte immer, was wir da in Bewegung bringen. Eine schwere Arbeit kommt auf uns zu, in Opposition zu sein ist leichter. Allerdings



Ilja Saslawski und Gawriil Popow: Neues Leben in einem einzeln genommenen Bezirk oder in der ganzen Stadt?

dern auch für die Wähler. Was meine ich konkret? Schaffung eines Systems der örtlichen Selbstverwaltung und Nutzung ökonomischer Verwaltungshebel auf ihrer Basis. Förderung der Unternehmertätigkeit. Hervorhebung der sozialen, kulturellen und medizinischen Programme bei der Aufstellung des Haushalts. Die Probleme des Bezirks sind durch Heranziehung von Kapital zu lösen, das auf seinem Territorium rationell genutzt wird. Man muß also einen normalen Ausgleich finden zwischen den Funktionen eines Staatsorgans, d. h. des Sowjets, und den wirtschaftlichen Aktivitäten von Betrieben, Genossenschaften, Assoziationen und Privatunternehmern.

Haben Sie Gleichgesinnte in anderen Bezirken von Moskau?

Sogar in vielen. Beispielsweise im benachbarten Bezirk Tschernjomuschki. Das „Demokratische Rußland“ hat auf allen Ebenen gesiegt, deshalb haben sich

kann man nicht ewig in der Opposition verharren. Im Obersten Sowjet bleibe ich in der Opposition. Aber im Bezirkssowjet vertrete ich die herrschenden Kräfte, weil wir im Kampf um die Macht im Bezirk das Bezirksparteikomitee besiegt haben. Jetzt müssen wir uns bewähren.

Sind Sie sicher, daß Sie etwas erreichen können?

Wir haben ein gutes Team von Experten, das intellektuelle Potential der Bezirksdeputierten ist hoch. Die Kommissionen arbeiten schon, das Präsidium ist zusammengestellt, die ersten Beschlüsse sind gefaßt. Gegenwärtig gestalten wir den Apparat des Exekutivkomitees, und zwar im Zuge des Wettbewerbs. Natürlich kann es auch Mißerfolge geben, aber wir haben eine Chance und dürfen sie nicht versäumen. Wirtschaftsfachleute kommen zu uns und bringen ihre Varianten mit. Wir können folglich unter vielen Projekten die vor-

teilhaftersten auswählen. Diesen Wettbewerb muß es geben, ökonomische Hebel müssen angesetzt werden.

Gefällt Ihnen, was jetzt im Moskauer Stadtsowjet geschieht?

Ja, das ist ein normaler Anfang. Es gibt gewiß ein demokratisches Geräusch, und das ist natürlich, weil sich bei uns alles erstmalig abspielt. In unserem Land weiß man nur recht vage, was Demokratie ist. Die schlauesten Vertreter der KPdSU belehren die Demokraten: Ihr dürft euch nicht organisieren, ihr dürft keine eigenen Parteien haben; ihr sollt möglichst viele Kandidaten für ein und dieselbe Funktion haben, wir aber werden Blöcke bilden und eure Ideen blockieren. Einige Menschen hören auf diese Reden, und das schafft organisatorische Schwierigkeiten. Man denke z. B. an die Struktur der überregionalen Gruppe mit ihren fünf Ko-Vorsitzenden, von denen kein einziger berechtigt ist, im Namen der Gruppe zu sprechen. Ich bin überzeugt: Jede politische Struktur muß die Möglichkeit haben, bei den Wahlen ihre Kandidaten aufzustellen. Demokratie besteht nicht darin, auf Disziplin innerhalb einer Struktur zu verzichten. Der Mensch muß eine Freiheit der Wahl, Freiheit der Schaffung neuer Strukturen haben, die miteinander konkurrieren — das ist Demokratie. Jede Gruppe von Menschen kann ihre Interessen vertreten oder sich mit anderen Menschen vereinigen, um die eigenen Interessen zu schützen. Aber wenn man sich schon vereinigt hat, muß man auch einträchtig vorgehen.

Wie werden die Funktionen zwischen dem Bezirks Sowjet und dem Bezirksexekutivkomitee geteilt?

Der Bezirks Sowjet ist die Legislative, er arbeitet Programme aus, legt die Richtungen der Tätigkeit fest, und das Exekutivkomitee realisiert sie. Wir wollen uns auf Selbstverwaltungsgründe und einen Expertenrat beim Bezirks Sowjet stützen, d. h. von den traditionellen Strukturen abgehen.

Wie gestalten sich Ihre Beziehungen zum Bezirkskomitee der KPdSU?

Praktisch haben wir keine Beziehungen. Oder doch, einzelne Deputierte verhandeln über etwas. Das Bezirksparteikomitee lud einige von ihnen ein und versprach, jeden Kandidaten für den Posten des Vorsitzenden zu unterstützen, wenn das nicht Saslawski ist. Das Parteikomitee mietet bei uns die Räume, deshalb muß man das Raumproblem absprechen. Wir haben beschlossen, den Saal für den Gründungskongreß einer sozialdemokratischen Partei zu vermieten. Wenn erforderlich, werden wir ihn später auch den Liberalen überlassen. Selbstverständlich werden wir auch das Bezirksparteikomitee davon in Kenntnis setzen, damit es keine Veranstaltungen für diese Zeit einplant.

Als ein Deputierter vorschlug, die Lenin-Büste aus dem Sitzungssaal zu entfernen, zitierte das Parteikomitee mehrere Deputierte, die Parteimitglieder sind, zu sich und versuchte herauszufinden, ob das zur

Abstimmung gebracht werde. Wir stimmten über diesen Vorschlag nicht ab. Es ist meine tiefe Überzeugung: Ehe man ein Symbol fortschafft, muß man beweisen, daß man selbst besser handelt als die Verherer dieser Symbole. Haben wir erst den Schmutz in unserem Bezirk ein wenig weggeräumt, dann werden wir auch das moralische Recht haben, darüber zu entscheiden, wo die Büste zu stehen hat: im Sitzungssaal des Bezirks Sowjets oder z. B. in den Räumen des Parteikomitees. Aber unbedingt in dieser Reihenfolge: zuerst den Müll wegschaffen. Sonst erliegt man der Versuchung, Büsten zu bekriegen statt etwas Handfestes zu tun.

Wird die Arbeit als Vorsitzender des Bezirks Sowjets Sie nicht in einen Beamten umwandeln?

Ich betrachte mich nicht als einen Beamten, ich habe eine wählbare Funktion. Auch besteht meine Aufgabe nicht darin, etwa ein Dach, durch das es regnet, mit eigenen Händen zu reparieren. Ich muß die Arbeitsmechanismen des Sowjets so in Gang bringen, daß solche Fragen quasi automatisch gelöst werden.

Haben Sie eine feste Mehrheit im Bezirk?

Eine kleine Gruppe fiel von der Bezirks-Wählerassoziation ab und ging einen Block mit dem Bezirksparteikomitee und seinen Verbündeten ein. Gemeinsam versuchten sie, ihren Kandidaten auf den Posten des Vorsitzenden zu bringen. Er hatte jedoch nur 30 Stimmen. Wir haben diese Person später ins Präsidium des Bezirks Sowjets aufgenommen, weil alle Gruppen vertreten sein müssen. Es gab Schwierigkeiten mit dem Vertreter der Mitarbeiter der Miliz, den die demokratische Mehrheit nicht ins Präsidium wählen wollte: Wir alle können immer noch nicht verstehen, daß jede Minderheiten das Recht auf Vertretung hat.

Jede Minderheit?

Natürlich. Man muß nach Kompromissen suchen, einem Opponenten zuhören. Deshalb haben wir Vertreter sowohl der liberalen Fraktion als auch der Gruppe von Mitarbeitern der Miliz aufgefordert, faktisch meine Berater für konkrete Fragen zu sein. Im Bezirk müssen wir vor allem unsere örtlichen Probleme lösen, und das erfordert

die Fähigkeit, sich zu konsolidieren.

Wo werden Sie das Geld für ihre Programme hernehmen?

Wir wollen ein günstiges Steuer- und Eintragsverfahren für alle neuen Wirtschaftsformen einführen. Es kommt nicht auf hohe Steuersätze, sondern auf hohe Steuereinnahmen an. Das sind verschiedene Dinge. Je mehr florierende Genossenschaften und Betriebe es im Bezirk gibt, desto höher ist der Etat, aus dem man die Lage der Kinder verbessern, z. B. die Gehälter für die Erzieher in den Kinderheimen erhöhen kann. Wir haben gute Wirtschaftsfachleute. Außerdem konnten wir den Wissenschaftlerverband heranziehen, er hilft uns bei der Bildung eines Expertenrats. Wir dürfen bedeutende Wirtschaftswissenschaftler konsultieren, so z. B. den Volksdeputierten der RSFSR Sergej Krasawtschenko. Probleme der Kultur, der medizinischen Versorgung — da haben wir wenig Geld, werden uns rühren müssen. Beispielsweise haben wir die Idee, eine homöopathische Apotheke zu eröffnen und für einen Teil der Einkünfte einen gerontologischen Dienst einzurichten.

Sie fühlen sich also in der Lage, Ihre Vorhaben umzusetzen?

Ja, gemeinsam mit einem Team. Einer allein kann nichts ändern. Es bedarf eben eines Teams, und ich hoffe, daß wir vieles ändern werden, daß die Existenz unseres Bezirks den demokratischen Kräften andernorts helfen wird. Im Bezirk Moskwarezki sind die Demokraten in der Minderheit, dennoch hat das „Demokratische Rußland“ bei der Wahl des Vorsitzenden des Bezirks Sowjets gegen den 1. Sekretär des Bezirksparteikomitees gewonnen.

Was lesen Sie?

Gegenwärtig lese ich viel „rechte“ Zeitschriften, man muß all das Ekelhafte kennen, was über mich und andere Deputierte geschrieben wird. Ein miserables Blättchen mit niedriger Auflage, das aus irgendeinem Grund als Publikation der Moskauer Schriftsteller firmiert, hat gewissenlos Andrej Sacharow diffamiert. In diesem Zusammenhang denke ich an eine Interpellation im Obersten Sowjet.

Das Gespräch führte Tallana Tschemowa

Das parteilose Stadtoberhaupt von Uglitsch

Freie Wahlen genügen noch nicht, damit die Demokratie siegt. Es muß noch erreicht werden, daß das sowjetische Gesetz stärker wird als die Kanons der Partei

„**A**lles wie bei jedem anderen Sowjet auch“, könnte man von der Tagung des Stadtsowjets von Uglitsch sagen, der nach dem neuen, demokratischen Verfahren gewählt wurde. Hier gab es alles: namentliche Abstimmung, alternative Kandidaten für die Schlüsselposten, Schlangen von den Mikrofonen im Saal, Direktübertragung im städtischen Rundfunk, ungeduldige Aufrufe zum Handeln usw. Selbstverständ-

lich andere Dimensionen als im Kreml, aber ausbrechende Leidenschaften, Kampf der Interessen, scharfe Polemik und Polarisierung der Standpunkte gehören wohl zum Werdegang der Demokratie unvermeidlich, sowohl auf höchster als auch auf den anderen Ebenen. Ein kleiner Unterschied: Boris Surkow, der neue Vorsitzende des Stadtsowjets von Uglitsch, ist parteilos.

Wie er sich bewährt, wird man erst in zwei Jahren sehen. Surkow selbst neigt eher

dazu, seine Kräfte und Möglichkeiten nüchtern zu beurteilen. Man schlug ihm vor, für den Gebietsowjet zu kandidieren, er lehnte das ab, weil er meinte, das Niveau seiner Stadt sei gerade das richtige für ihn. Er ist Chemiker, verkehrte hauptsächlich in Wissenschaftlerkreisen, jetzt aber ruft ihn das Leben gebieterisch zum Handeln.

Die Kandidaten von der Uhrenfabrik von Uglitsch bildeten am Anfang der Wahlkampagne eine Art Klub, später schlossen sich ihnen auch die Kandidaten anderer Betriebe und Ämter an. Sie diskutierten viel über Macht, Staat, Menschenrechte und natürlich das leidgeprüfte

Uglitsch. Allmählich gewannen die Diskussionen praktische Konturen. Man ging daran, Pläne auszuarbeiten, dachte an die Geschäftsordnung der ersten Tagung. Surkow fand sich bereit, sie vorzulegen. Er wurde auch mit dem Vorsitz bei der ersten Tagung beauftragt.

„Wir wollten um keinen Preis den Eindruck erwecken, als sei unsere Vorbereitung etwas wie eine Verschwörung“, sagt Vitali Tschepelow, einer der Teilnehmer jener Treffen und jetzt Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtsowjets. „Die Tür stand für jeden offen, wir riefen alle auf. Trotzdem hieß es, wir betrieben Fraktionsunwesen.“

Im Zuge der gründlichen Vorbereitung wurden selbst Kleinigkeiten vorgesehen, z. B. spezielle Karten für die Deputierten angefertigt (rot als Gegenstimme, grün als Ja-Stimme, gelb für eine abweichende Meinung und blau – zur Geschäftsordnung). Das erleichterte den Gang der Tagung sehr. In dem Sitzungssaal wurde im Voraus ein Kabel verlegt: Sollte die Tagung der Direktübertragung zustimmen, so war alles dafür bereit. Dieses Thema wurde nicht vermieden, und die Argumente gegen eine Direktübertragung waren schon aus dem Obersten Sowjet bekannt: Das werde die Menschen von der Arbeit abhalten, die Arbeitsproduktivität senken etc. Den meisten Deputierten schienen diese Argumente jedoch wenig überzeugend, und so war die Stadt auf dem laufenden über alles, was im Sitzungssaal geschah.

Bevor man zur Wahl des Vorsitzenden des Stadtsowjets schritt, beschloß man, daß er in dieser Funktion hauptamtlich wirken muß. „Genug der rein dekorativen Chefs!“ meinte Tschepelow. Zu Beginn gab es vier Kandidaten, keiner brachte es jedoch auf die erforderliche Stimmenzahl. Ebenfalls bekannt aus dem Obersten Sowjet: Der gegenwärtige Vorsitzende des Sowjets der Union konnte binnen mehrerer Runden nicht die nötigen 136 Stimmen auf sich vereinigen. In Uglitsch verfuhr man etwas anders: Kandidaturen, die nicht durchgekommen waren, wurden gestrichen, dafür neue aufgestellt. In diesem Moment wurde Surkow vorgeschlagen. Vielen gefiel seine



Uglitsch: Die Macht in der Stadt zu übernehmen, ist sicherlich leichter, als sie zu ernähren

sichere, ruhige Art, die recht schwierige Sitzung der ersten Tagung zu führen. Da er etwas überrumpelt war, legte er sein Programm nur in aller Kürze dar: Demokratisierung des städtischen Lebens, ich teile das Programm des Blocks „Demokratisches Rußland“, unterstütze die überregionale Gruppe und die Demokratische Plattform der KPdSU. 57 von den 73 Deputierten fanden das überzeugend.

Bei derselben Tagung wurde Alexander Gaz, Konstrukteur der Uhrenfabrik, zum Vorsitzenden des Städtischen Komitees für Volkskontrolle gewählt. Dieser Parteilos hatte bei den Wahlen 45, sein Konkurrent Michail Jablow 28 Stimmen. Man sollte meinen, daß das eindeutig genug war. Indes übergibt Jablow sein Amt nicht an den Nachfolger und betrachtet sich nach wie vor als den Vorsitzenden. Er hat einige Gründe, diese Illusion zu hegen.

Traditionell besteht für Uglitsch und das Rayon Uglitsch nur ein Kontrollorgan, nämlich das Städtische Komitee für Volkskontrolle. Ebenso traditionell wurde der Kandidat vom Stadtparteikomitee ausgewählt, nominiert und bestätigt. Die weil auch die Parteiorganisation des Rayons diesem Komitee untergeordnet war, hatten Stadt und Rayon eine einzige Parteileitung und zwei Staatsleitungen.

Früher regte sich keiner über diesen hierarchischen Wirrwarr auf, denn es gab nur die Macht der Partei, während die Sowjets ihr zu Diensten standen. Als aber die Sowjetmacht versuchte, auf ihren Rechten und ihrem Vorrang zu bestehen, kam es sofort zu einem Konflikt. Eine Tagung des Rayonsowjets (ihm steht, wie sonderbar das auch ist, der Leiter der Stadtparteiorganisation Viktor Lebedew vor) ernannte Michail Jablow zum Vorsitzenden des Stadtkomitees für Volkskontrolle.

Um diesen Knoten zu entwirren, traf extra W. Stschipzow, stellvertretender Vorsitzender des Jaroslawler Gebietskomitees für Volkskontrolle, in der Stadt ein. Zwischen ihm und Surkow fand ein aufschlußreicher Dialog statt, dem ich zum Glück beiwohnen konnte.

Surkow berief sich auf Art. 15 des Gesetzes über die Volkskontrolle in der UdSSR:

Das Städtische Komitee für Volkskontrolle werde vom entsprechenden Sowjet gewählt. Welcher Sowjet komme in diesem Fall in Frage? Der städtische. Na also!

Stschipzow bemerkte, er hätte einen Juristen konsultiert, und dieser finde, daß das Gesetz in der Hinsicht grundsätzlich falsch formuliert sei. Außerdem habe man den Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle bisher im Büro des Rayonparteikomitees bestätigt, worauf er auch selbst ins Büro aufgenommen worden sei. Wie solle das jetzt zugehen, wo doch Gaz parteilos sei!

Darauf Surkow: Die Partei habe sich nicht von Gesetzen, sondern von Kanons leiten lassen. Früher habe man entgegen dem Gesetz gewählt, jetzt werde man diese Praktiken ad acta legen.

Stschipzow versuchte es anders: Schließlich werde der Vorsitzende von der Partei bezahlt. Wohl gemerkt von der Partei, nicht vom Sowjet, man habe schon mehrmals erklärt, daß der Sowjet diese Planstelle eigentlich gesetzwidrig habe, und das sei nun der Dank... Niemand von euch sei zur Partei gekommen, um die neue Kandidatur zu besprechen, man kenne den Mann schließlich nicht.

Surkow meinte seelenruhig: Er wolle Gaz einladen, und Stschipzow würde sich an Ort und Stelle überzeugen, daß Gaz den Anforderungen entspreche.

Der Vertreter des Gebietskomitees legte diesen Wunsch nicht an den Tag, meinte vielmehr, der Stadtsowjet teile einen fremden Kuchen auf. Man dürfe keine überstürzten Entscheidungen treffen, noch dazu ohne Rücksprache mit den übergeordneten Instanzen. Zudem seien die Finanzfachleute genau, sie würden selbsternannten Leuten kein Gehalt zahlen.

Surkow gab seinem Wunsch Ausdruck, jenen tollkühnen Financier kennenzulernen, der einem von einem fremden Sowjet ernannten Vorsitzenden des städtischen Komitees für Volkskontrolle das Gehalt auszahlen würde.

Stschipzow verlegte sich auf die sentimentale Tour: Wir lassen einen Menschen im Stich...

Surkow entgegnete: Man dürfe nicht einen Menschen ewig aus Mitleid mitschleppen.

Da begriff Stschipzow, daß ein weiterer Meinungsaustausch sinnlos war. Er erhob sich von seinem Platz mit der Bemerkung, Gaz sollte seine alte Arbeitsstelle vielleicht noch nicht aufgeben.

Und wiederum antwortete Surkow, Gaz werde gemäß dem Beschluß des Sowjets handeln.

Ich hatte mich mehrmals mit Surkow unterhalten, aber erst sein Dialog mit Stschipzow öffnete mir so richtig die Augen über seinen wahren Kern. Man spürte, daß er feste Positionen und eine nüchterne Sicht

auf seine Kräfte und Möglichkeiten hat. Er respektiert eine fremde Meinung, ist aber nicht zu bewegen, wenn etwas gegen das Gesetz geschieht. Das Gefühl der eigenen Würde läßt ihn nicht von seinen Überzeugungen abrücken.

Der 1. Sekretär des Stadtparteikomitees von Uglitsch Viktor Lebedew war früher Kolchosvorsitzender, versteht natürlich mehr vom Dorf und fühlt sich ihm enger verbunden. Deshalb kandidierte er nicht einmal für den Stadtsowjet. Ich fragte ihn, in welcher Form die Partei ihre Machtbefugnisse an die Sowjets übergebe, und er sagte:

„Wir würden ja gern übergeben, nur – niemand nimmt uns die Macht ab.“

Wohlbekannte, typische Worte: „Niemand nimmt die Macht auf sich“, „Das Volk trägt keine Kritik mehr“, „Die Bauern wollen keinen Grund und Boden“, „Der Markt wird Elend und Ungleichheit bringen“.

Im Fall des Lebedew ist die Situation schon ganz verworren. Es kommt so heraus, daß er, ein Parteifunktionär, die Macht ganz gern von sich abwälzen würde, nur wünscht der Vorsitzende des Rayonsowjets diese Macht nicht zu übernehmen. Besagter Vorsitzender ist ebenfalls Lebedew. Zum Verrücktwerden!

Ich traf mich mit einigen Deputierten des Stadtsowjets von Uglitsch. Was vor allem anziehend wirkt, ist ihre würdige Haltung, ihr sachliches Denken, ihre absolut undemagogische Art. Der Deputierte Andrej Malyschew, Schlosser in der Uhrenfabrik, sagte mir: „Dieser Kampf lohnt. Wir sind es müde, diese schmutzigen Straßen und diese leeren Regale in den Geschäften zu sehen.“ Der Deputierte Juri Chmelnizki, ein Wissenschaftler, arbeitet als Genossenschaftler. Seine Genossenschaft entwickelt Projekte kleinerer Betriebe der Nahrungsmittelindustrie (Verarbeitung von Fleisch, Milch und Gemüse). Er erwartet eine Wendung zum Besseren in etwa zwei Jahren.

Ich hörte Surkow und den anderen Deputierten zu, wie sie von ihren Plänen und Ideen erzählten, und fragte mich, ob ihre Begeisterung lang vorhält. Der größte Feind ist nicht der Apparat und nicht einmal der Geldmangel. Die Krankheiten, unter denen unsere Gesellschaft leidet, heißen allgemeines Fehlen des Professionalismus, allgemeines Fehlen der Gewohnheit, fleißig zu arbeiten, totale Mißwirtschaft, geistige Trägheit und Gleichgültigkeit. Die Bauten in Uglitsch, die noch aus der Zeit vor der Revolution stammen, verfallen. Die Fahrbahnen sind in einem entsetzlichen Zustand. Ich ging mit Surkow über eine Brücke, er zeigte auf ein Schlagloch: „Vor ganz kurzer Zeit war hier eine Generalüberholung, und dabei kann man alles von vorn anfangen. Warum können wir nicht für Jahrhunderte bauen?“ Ja, warum wohl? Warum war Uglitsch früher für seinen Käse berühmt, heute aber müssen seine Einwohner nach Moskau fahren, um Käse zu kaufen? Man könnte noch endlos viele Fragen stellen, aber wozu und wem? Wen befragen wir ständig? Wen feuern wir fortwährend zur Arbeit an?

Mit diesen Fragen werden sich der Stadtsowjet von Uglitsch und sein parteiloser Vorsitzender auseinandersetzen müssen.

Nikolai Andrejew

Fotos: A. Fjodorow, TASS und „Sowjetskaja Kultura“

Nicht von Erdöl allein

Warum tritt die Sowjetunion nicht dem GATT bei?

Dr. oec.

Genrich Bashenow

Als sich die UdSSR erstmalig offiziell um die Teilnahme an einer Runde der multilateralen Handelsunterredungen im Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) bewarb, wurde sie abschlägig beschieden: Das sowjetische Wirtschafts- und Handelssystem sei mit Praxis und Prinzipien des marktorientierten Systems der Wirtschaftsbeziehungen des Westens, speziell des GATT, unvereinbar. Hat sich seitdem etwas verändert?

Vor allem liegt auf der Hand, daß die Rückkehr zum administrativen System im „Lande des siegreichen Sozialismus“ undenkbar ist. Erwartet werden die Bildung eines freien Marktes (schätzungsweise an der Wende von 1992 zu 1993), eine umfassende Preisreform, ein konvertierbarer Rubel, die Umbildung mehrerer staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften, die Schaffung einer Effektenbörse und von Handelsbanken für den wiederherzustellenden Privatsektor.

Drei Etappen auf amerikanisch

Auch in den westlichen Ansichten über Kontakte zwischen UdSSR und GATT hat sich etwas geändert, aber nur zum Teil. Paris, der Europa-Rat und die Mitglieder der Dreiseitigen Kommission, die mehrere maßgebliche Politiker und Geschäftsleute aus den USA, Westeuropa und Japan vereinigt, unterstützen den sowjetischen Antrag nach wie vor aktiv. Das amtliche Washington dagegen würde die UdSSR im GATT nur als Beobachter akzeptieren, und auch das erst nach Abschluß der uruguayischen Runde der Handelsgespräche, die Ende d. J. bevorstehen.

Die US-Administration knüpft die Lösung außenwirtschaftlicher Probleme an die Annahme sowjetischer Reisegesetze: zuerst Freiheit der Ausreise aus der UdSSR, dann Unterzeichnung eines Abkommens mit der Ausdehnung der Meistbegünstigung auf den Handel zwischen beiden Ländern. Erst in der dritten Etappe die Zustimmung zur Teilnahme der UdSSR am GATT, zuerst als Beobachter, später, etwa ab 1993, als gleichberechtigtes Mitglied.

Nach den jüngsten Treffen von Vertretern des sowjetischen und amerikanischen

Außenhandels zu urteilen, wird die Unterzeichnung eines langfristigen Handelsabkommens zwischen beiden Ländern zeitlich an den sowjetisch-amerikanischen Gipfel im Juni 1990 in Verbindung gebracht. Die ersten Resultate dieses Abkommens werden politischer Art sein und die Politik der Weltoffenheit und wirtschaftlichen Liberalisierung greifbar unterstützen. Der wirtschaftliche Effekt wird länger auf sich warten lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sowjetische Fertigerzeugnisse auf den US-Märkten gegenwärtig mit Zöllen belegt sind, die bisweilen 10mal so hoch sind wie die Zölle für den Import aus den anderen GATT-Ländern. Aber selbst bei günstigen Tarifen, die automatisch auf die GATT-Länder ausgedehnt werden, werden die wertmäßigen Kennziffern im sowjetisch-amerikanischen Handel wie übrigens auch im Handel mit anderen westlichen Ländern wohl kaum beträchtlich steigen, jedenfalls nicht in erster Zeit. Bekanntlich machen Energieträger und Rohstoffe den weitaus größeren Teil des sowjetischen Exports in die westlichen Länder aus, daran hat sich nichts geändert, und diese Waren werden von den hohen Handelsstarifen praktisch nicht berührt.

Der Übergang zur marktorientierten Wirtschaft wird schwierig und schmerzlich sein. In der Außenwirtschaft hängen große Schwierigkeiten nicht nur mit den Barrieren zusammen, die der Westen errichtet hat, sondern auch mit der Trägheit des wirtschaftlichen Denkens in der UdSSR, mit dem Unvermögen, auf dem Weltmarkt zu arbeiten, ja mitunter einfach mit der Faulheit. Die westlichen Geschäftsleute sind verblüfft, wie gedankenlos sowjetische Unternehmer bei der Wahl ihrer Partner vorgehen, wie sie aus unerfindlichen Gründen auf vorteilhafte Abschlüsse verzichten oder, umgekehrt, notorisch unannehmable Bedingungen unbedenken akzeptieren.

Der Westen seinerseits ist über die Reaktion eines recht großen Teils der sowjetischen Gesellschaft auf die Perspektive einer Marktwirtschaft unverkennbar besorgt. Als Beispiel sei hier das vor kurzem angenommene Gesetz über das Eigentum genannt. Das Gesetz soll den Unternehmerteil der eigenen Bevölkerung stimulieren und darüber hinaus die Bedingungen für die Heranziehung von Auslandskapital erleichtern. Dabei wurde in unserem Gesetz – eine Forderung unserer Hundertprozentigen – festgeschrieben, daß Profite auf Kosten fremder

Arbeit unzulässig seien. Begreiflich, daß der Privatssektor, der jetzt in der UdSSR wiederhergestellt wird, in diesem Fall keine Mitarbeiter einstellen, keinen Profit erzielen und keine Erweiterung seines Tätigkeitsbereichs wagen darf. Dieses Beispiel ist charakteristisch. Wenn wir das erst in Entstehung begriffene Unternehmertum auf jede Weise niederdrücken, können wir schwerlich damit rechnen, daß der Westen in der sowjetischen Industrie investiert und daß sich bei uns die Prinzipien der Marktwirtschaft durchsetzen.

Brauchen wir einen konvertierbaren Rubel?

Noch ist die entschiedene Hinwendung zum Markt nicht vollzogen. Aber Zwischenlösungen wurden schon angenommen. Einige von ihnen hängen unmittelbar mit der Perspektive der Annäherung der UdSSR an das GATT und der Integration unseres Landes in die Weltwirtschaft zusammen.

Viele sowjetische Ökonomen meinen, daß die UdSSR ohne konvertierbaren Rubel gar nicht damit rechnen kann, ins GATT aufgenommen zu werden. Dabei ist die Konvertierbarkeit der Landeswährung keine obligatorische Bedingung für die Mitgliedschaft im GATT und im Internationalen Währungsfonds. Heute haben nur 61 von den 152 IWF-Mitgliedern eine absolut konvertierbare Währung. Die Valuten vieler wirtschaftlich recht repräsentativer Länder, z. B. Indiens oder Südkoreas, sind nur zum Teil konvertierbar. Wie einige westliche Experten behaupten, ist die Konvertierbarkeit des Rubels nicht der erste, sondern der letzte Schritt im Zuge der allgemeinen Liberalisierung der sowjetischen Wirtschaft.

Im Einklang mit dem in der UdSSR ausgearbeiteten

Schema soll der Rubel bis 1995 konvertierbar sein. Schon werden Valutaversteigerungen durchgeführt, bei denen ein freier Umtausch in konvertierbare Währungen nach einem Kurs vorgenommen wird, der sich nach Angebot und Nachfrage gestaltet. In den geplanten Freihandelszonen, die auf dem Territorium der UdSSR entstehen sollen, wird ein Äquivalent des Gold-Tscherwonez, d. h. eines Valutarubels mit einer auf einen bestimmten geographischen Raum begrenzt-

ten Konvertierbarkeit, in Umlauf gebracht werden.

Es ist zu erwarten, daß die UdSSR ihre außenwirtschaftlichen Verrechnungen mit den RGW-Ländern schon Anfang 1991 zu einem realistischen Valutakurs tätigt und sich der Konvertierbarkeit nähert. Was Maßnahmen zur Annäherung der Preise auf dem Inlandsmarkt an die Weltpreise angeht, so sei vor allem die jetzt in Aussicht genommene Reform der Großhandelspreise für Industriewaren erwähnt. Sie soll schätzungsweise Ende 1990 beginnen, und ein Jahr danach werden die Tarife im Verkehrs-, Kommunikationsbereich, die Voranschlags- und die Kalkulationspreise im Bauwesen, die Aufkaufpreise in der Landwirtschaft geändert, der Bereich der Vertragspreise sowie der selbständig festgesetzten Preise beträchtlich erweitert werden.

Selbst äußerlich veraltet

Die GATT-Länder haben die Pflicht, einander gleich günstige Handelsbedingungen zu bieten. Besonders wichtig ist dieses Prinzip in bezug auf die Zolltarife. Der sowjetische Tarif aber entspricht nicht den im GATT üblichen Forderungen, hat im Grunde mit der Preisbildung bei Waren, die die UdSSR importiert, nichts zu tun und ist deshalb wirtschaftlich inhaltslos. Selbst rein äußerlich ist der sowjetische Tarif hoffnungslos veraltet. Während die Tarife anderer Länder viele Tausende Positionen enthalten und jede davon die entsprechenden Sätze vorsieht, beinhaltet der sowjetische Tarif ca. 320 größere Posten; ihre Zusammenstellung ist mit der internationalen Tariftabelle nicht zu vereinbaren und spiegelt nur zum Teil die reale Struktur des sowjetischen Imports wider.

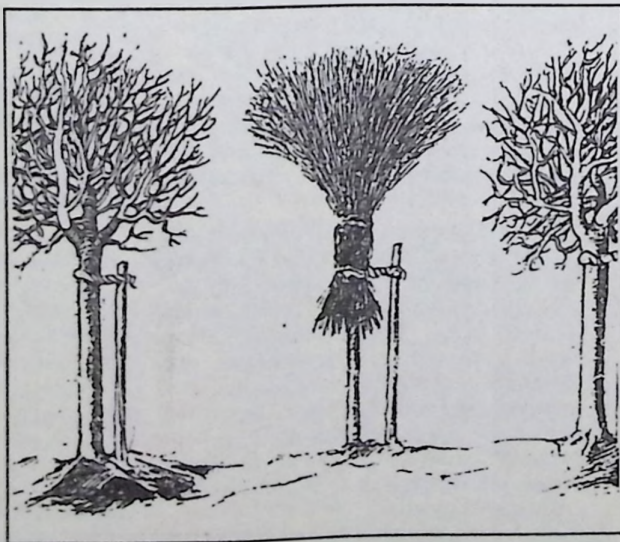
In der UdSSR wird die akute Notwendigkeit verstanden, das Tarifsysteem radikal umzubauen. Davon zeugen die

Absichten der UdSSR, allmählich die Planung des bilateralen Warenaustausches mit den GATT-Ländern aufzugeben, Gesetze der UdSSR über den Zolltarif vorzubereiten, ein Lizenzsystem stufenweise einzuführen sowie die Export- und Importströme je nach Waren, Dienstleistungen, Ländern bzw. Ländergruppen zu quotieren.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, wie akut die sowjetische Öffentlichkeit auf das System der Wirtschaftshilfe der UdSSR für einige Länder der Dritten Welt reagiert, diesen „Beistand“ in Form von Handelsaufschlägen und -vergünstigungen (z. B. zu niedrig festgesetzte Preise für exportiertes Erdöl und zu hoch festgesetzte Preise für importierten Zucker). Eine solche „Hilfe“ bedeutet eine direkte Minderung des Nationaleinkommens der UdSSR und ist ein reales Hindernis für unseren Beitritt zum GATT, zum IWF, zur IBRD usw. Hinzugefügt sei noch, daß vom Standpunkt des GATT solche Vergünstigungen und Aufschläge überhaupt unzulässig sind: Sie bedeuten eine willkürliche Überhöhung der Preise für große Warenpartien im Gegensatz zur Weltmarktkonjunktur, was sie destabilisieren könnte. Außerdem erhält die UdSSR nach Meinung von GATT-Experten mit Hilfe dieser Preispolitik alleinigen Zutritt zu den Märkten der in Frage kommenden Länder.

Wenn Fachkräfte die Bedingungen eines GATT-Beitritts der Sowjetunion besprechen, verweisen sie gewöhnlich darauf, daß die Dezentralisierung der Beschlußfassung und die Gewährung umfassenderer Rechte an Kunden und Verkäufer von keinem Erfolg gekrönt und der Handel nicht ausgebaut werden wird, falls die führenden Unternehmer keine Information haben werden, um einander zu finden und zu erfahren, wie ein für beide Seiten vorteilhafter Handel aussehen könnte. Jetzt sind auch in diesem Bereich Veränderungen zu bemerken. Zur informativen Sicherung der Entwicklung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen beabsichtigt die UdSSR, die Veröffentlichung von Außenhandelsstatistiken wesentlich zu erweitern, damit sie mindestens das in den GATT-Ländern übliche Niveau erreichen.

Ausländische Analytiker vergleichen die gegenwärtige sowjetische Wirtschaft mit einem Garten, in dem seit 70 Jahren nicht mehr gejätet wurde, und wiederholen einmal übers andere, der Garten werde keine Früchte tragen, solange nicht alles Unkraut vertilgt sei. Heute sind viele sowjetische Wirtschaftsfachleute bereit, sich diesem Urteil anzuschließen. Daher auch die mehr als sonst jemals entideologisierte Linie auf die allmähliche Annäherung der UdSSR an die regulierbare Marktwirtschaft, eingeschlossen die volle Teilnahme der UdSSR an GATT, IWF, IBRD und anderen ähnlichen Organisationen.



Zeichnung: Antony Chodorowski (Polen)

Das ganze Leben habe ich ein einziges Bild gemalt

Auf Bitte der NZ sprachen Andrej Kowaljow und Jelena Kurlandzewa mit Igor Ganikowski, der die Hochschule für Stahl und Legierungen abgeschlossen hat und heute ein weltberühmter Künstler ist.

Nque Zeit. Igor, vielleicht erzählst du am Anfang erst einmal, wie du Künstler geworden bist, denn deine Geschichte ist ja ziemlich ungewöhnlich...

Igor Ganikowski. Ich habe eine physikalisch-mathematische Oberschule besucht, danach eine technische Hochschule abgeschlossen und eine gute Arbeit gefunden. Aber irgendwie lief es so, daß man mich dort einfach nicht arbeiten ließ. Zuerst half ich einer Frau bei ihrer Dissertation, danach einer zweiten. Und als ich dann hinging und fragte, wann ich denn eigentlich mit meiner an der Reihe sei, sagte man mir, daß da noch anderen geholfen werden müsse. Also, man hinderte mich auf jede erdenkliche Weise daran, zu arbeiten. Wahrscheinlich hatte die Kunst da für mich eine Ventilfunktion, denn gerade in ihr begann ich einen Ausweg zu suchen.

Begonnen hat das alles irgendwie ganz plötzlich auf einer Dienstreise, irgendwo in Sibirien. Dort war es so stinklangweilig, daß ich einfach anfang, etwas mit dem Bleistift zu zeichnen. Irgendwelche Stilleben, die aus irgendwelchen unverständlichen Figuren bestanden. Danach habe ich mir ein kleines Sortiment Farben gekauft und einen Pinsel, ich glaube sogar einen für Leim. Wahrscheinlich ist es lächerlich, aber ich wußte nicht einmal, daß es Blendrahmen gibt.

Ich war bereit zu studieren, aber nirgends war ein Platz für mich frei, und mit der Zeit begriff ich, daß das wahrscheinlich auch besser war. Später erzählte mir jemand, daß es die „Jugendabteilung“ gebe. Ich brachte einige Bilder auf eine Jugendausstellung; das war 1978. Ein Bild haben sie akzeptiert, und schließlich haben sie auch mich in die „Nachwuchsabteilung“ aufgenommen. Ich lebte sehr zurückgezogen und habe mit niemandem Kontakt gehabt. Und dann hat man mich einmal zufällig ins Künstlerheim am Senesh-See geschickt, da einer von denen, die sonst immer hinfuhren, abgelehnt hatte. Auf genau dieselbe Art war Jewgeni Dybski dort hingelangt, und wir mußten beide in einem Atelier arbeiten. Von da an begann für mich der echte Umgang mit Künstlern, da Shenja viele kannte.

NZ. Und du hast „echte“, professionelle Künstler kennengelernt?

I. G. Ich hatte sehr lange Komplexe, daß ich nicht studiert hatte, sie aber alle etwas davon verstanden... Das hat mich lange verfolgt. Als ich noch ein Anfänger war, zeigte ich einmal meine Arbeiten Ilja Kabakow. Mein Vetter hat mal mit ihm zusammen in einer Gemeinschaftswohnung gelebt. Ich ging also zu Kabakow, das war glaube ich 1980. Ich brachte ihm meine Arbeiten. Ich erinnere mich, daß bei ihm Arbeiten von Ülo Sooster standen. Kabakow sagte mir das so: „Was in deinen Bildern vor sich geht, verstehe ich überhaupt nicht, aber mir scheint, daß in ihnen Licht ist.“ Ich fragte nach: „Farbe?“, aber er sagte wieder „Licht“. Ich hatte nichts verstanden und ging.

NZ. Deine Arbeiten rufen in erster Linie Assoziationen mit Musik hervor. Welche Musik hörst du denn gerne?

I. G. Nur klassische. Mein Lieblingskomponist ist Bach. Danach kommen Mahler, Ives, Schnittke und Schostakowitsch. Es ist eigenartig, aber bis jetzt haben meine Bilder immer nur dieselben Themen: Orgeln und Kirchen. Natürlich war damals alles ungenau und überdilettantisch. Heute denke ich, daß es sehr gut ist, wenn ein Künstler das ganze Leben lang nur ein Bild malt. Für mich sind zum Beispiel meine

musikalischen Wahrnehmungen wichtig. Wenn ich, sagen wir einmal, eine Orgel gemalt habe, wollte ich ihr Tönen wiedergeben. Und bis heute beschäftigt mich die malerische Umsetzung von Musik.

NZ. In deinen Bildern schaffst du einen ganz spezifischen Raum, in dem irgendwie die Gesetzmäßigkeiten des uns umgebenden Raumes nicht gelten. Vielleicht kommt darin deine technische Ausbildung zum Ausdruck?

I. G. Nein, meine Raumstrukturen sind bei Cezanne entlehnt. Bei ihm befindet sich jeder Gegenstand in einer anderen farblichen Ebene und dadurch entsteht eine gewisse Atmosphäre, die die Phantasie anregt. Ich versuche sehr komplizierte Kulissenlandschaften zu schaffen: Irgendein Teil kann zuerst als vorne befindlich erscheinen, und im nächsten Moment ist es hinten. Alles ist verwechselt, nichteuklidisch. Und genau diese Unverständlichkeit verzaubert und ruft in den Menschen irgendwelche mystischen Assoziationen hervor. Wenn man in diesen Raum eintritt, kann man sich lange darin aufhalten, denn er saugt einen auf.

NZ. Von unseren Künstlern bist du tatsächlich einer der ersten, die in der Weltöffentlichkeit stehen, und deine Arbeiten hängen in vielen ausländischen Sammlungen. Sag, was denkst du über die internationale Aktualität unserer Kunst?

I. G. Das, was zur Zeit vor sich geht, ist einfach ein Boom, ich denke, mit Kunst hat das nur zu 20 Prozent etwas zu tun. Was unsere Künstler machen, ist, wenn ich ehrlich bin, zum größten Teil nur übernommen. Aber all das wandelt sich, und unser Leben drückt dem Ganzen ohne Zweifel seinen Stempel auf. Man kann die

Last des hiesigen Lebens in den Arbeiten fühlen. Das ist im Westen wahrscheinlich nicht so. Tatsächlich bin ich schon ziemlich oft irgendwo gewesen. Und ich muß gestehen, daß ich mir alles mit Vergnügen anschau. Es mich aber nichts besonders erstaunt. Ich habe den Eindruck, daß wir das alles schon kennen. Natürlich ist es sehr wichtig, die Originale zu sehen, aber irgendwelche herausragenden Einsichten haben sich für mich daraus nicht ergeben. Künstler betrachten Bilder auf ihre Art, und natürlich nehmen sie sie auch emotional auf, aber sie haben zusätzlich noch den Wunsch, neue Ideen zu sehen. So etwas hat sich bei mir nicht ereignet...



Zeichnung: Viktor Bogorad

Von der 1. Reiterarmee bis zu Artikel 6

Jewgeni Koshokin,
Michail Koshokin

Unsere Autoren – Historiker, die diese 5 Jahre in den Gesamtzusammenhang von mehr als 70 Jahren Sowjetmacht stellen – setzen die Diskussion über das Schicksal der Perestroika fort.

Der Zusammenbruch eines historischen Phänomens des russischen Seins, eingefaßt vom Rahmen der letzten 72 Jahre, wird vom Untergang der Legenden von der „Diktatur des Proletariats“, der „gesellschaftlichen Überlegenheit“ und dem „entwickelten Sozialismus“ begleitet.

In den Augen der Zeitgenossen vernichtet der Tod dieser Worte unsere Existenzberechtigung. Und Leere tut sich auf. Doch das stimmt nicht: Die Legenden verbargen keine Leere, sondern eine Realität, die wir nicht erkannt haben.

Wo das Sowjetland seinen Ausgang nahm

Wir begannen mit dem Eingeständnis der geistigen Inkompetenz des eigenen Volkes, wobei wir das Axiom, daß die Macht allein vom Volke ausgeht, als bürgerlich verwarfen. Die Bauernschaft habe angeblich nicht verstanden, wen sie nominierte, wen sie wählte. Mit der Konstituierenden Versammlung räumten wir im Handumdrehen auf. Die Vernichtung der Konstituante begannen die Bolschewiki, und die letzten Mitglieder dieses unglücklichen obersten Gesetzgebungsorgans wurden von den Koltshak-Leuten mit Bajonetten zerfetzt und im Irtysh ertränkt.

Die Sowjets schienen zu triumphieren... Nur hatten sie bereits während des Bürgerkrieges keine reale Macht mehr. Der Kommissar erhielt seine Macht vom Zentrum, war ja Krieg und keinerlei Formen der Demokratie funktionierten. Die Roten siegten, da sie es verstanden, eine härtere, diszipliniertere, stärker zentralisierte Organisation aufzubauen als die Weißen. Zu jener Zeit war die Partei die tatsächlich führende und leitende Kraft der Gesellschaft, und eine andere Kraft, die die Partei hätte ersetzen können, besaßen die Roten nicht.

Die Roten hatten auch Lenin. Der Führer der Werktätigen unterwarf sich nicht der Partei. Lenin hörte mit der Weltrevolution auf, als die Partei sie noch fortsetzen wollte. Lenin hörte mit

dem Bürgerkrieg auf, als die Partei ihn noch fortsetzte. Er, der mit der bürgerlichen Intelligenz aufräumte, stellte sie in den Dienst der Sowjetmacht. Er gab Gebiete ab und rettete so Rußland. So fand die Idee der russischen Staatlichkeit unerwartet ihre neue Verkörperung im Führer der sozialistischen Revolution.

Die Idee des Staates ist metaphysisch und ihrem Wesen nach überpersönlich. Der Monarch, der die tausendjährige Tradition der Staatlichkeit bewahrt, kann die Idee des Staates verraten, der gottlose Revolutionär aber sie verwirklichen. Der Staatsmann W. I. Lenin ordnete 1921 die Reinheit der kommunistischen Ideale den nationalen Interessen unter. Die russische Bauernschaft erhielt die Neue Ökonomische Politik (NÖP). Die NÖP diente nicht direkt den Interessen des Proletariats im marxistischen Verständnis dieser Interessen: Die NÖP suchte alle vor dem Klassenkampf und dem Klassenhaß zu retten – doch das sollte ihr nicht gelingen.

Die Wirtschaft verlangte das eine, die Politik aber ging in eine ganz andere Richtung. Das Kraftfeld der russischen Staatlichkeit entstand um die Figur des Selbstherrschers. Und eine politische Kultur, die unter einem ganz anderen ideologischen Vorzeichen stand, wurde der jahrhundertalten Logik untergeordnet.

Wie sollte man den Herrscher ersetzen? Was wird den Kern der neuen Staatlichkeit bilden? Die Geschichte entschied diesen Streit bereits ganz zu Beginn der 20er Jahre. Die Menschen aber begriffen noch nicht, was geschehen war. Lenin ging einen Konflikt mit sich selbst und mit der Partei ein – er selbst war ja Teil der Partei. Doch jeder Konflikt ging zu seinen Gunsten, zugunsten des Staatsmannes aus. Und die Partei folgte ihrem Führer. Und letztlich erlitt der Staat eine Niederlage, da sich immer mehr ein neues historisches Phänomen, der Parteistaat, verfestigte.

Der Parteistaat schuf einen totalitären Raum, in dem die Rechtlosigkeit der Untergebenen Bedingung für die Existenz und die Entwicklung des Systems war. Den Kern des Systems bildeten die Parteifunktionäre, die, wenn erforderlich, die verschiedensten Ämter in den Staatsorganen bekleiden konnten. Der Apparat übernahm ehemalige Revolutionäre, doch sie konnten dort nicht ganz aufgehen, und das lag nicht an ihren persönlichen Eigenschaften. Ihre Vergangenheit gab ihnen ein zu großes politisches Kapital, und so waren sie dazu verurteilt, eine gewisse Selbstständigkeit zu bewahren. In einem totalitären System aber kann nur der Funktionär Nr. 1 eine Persönlichkeit sein.

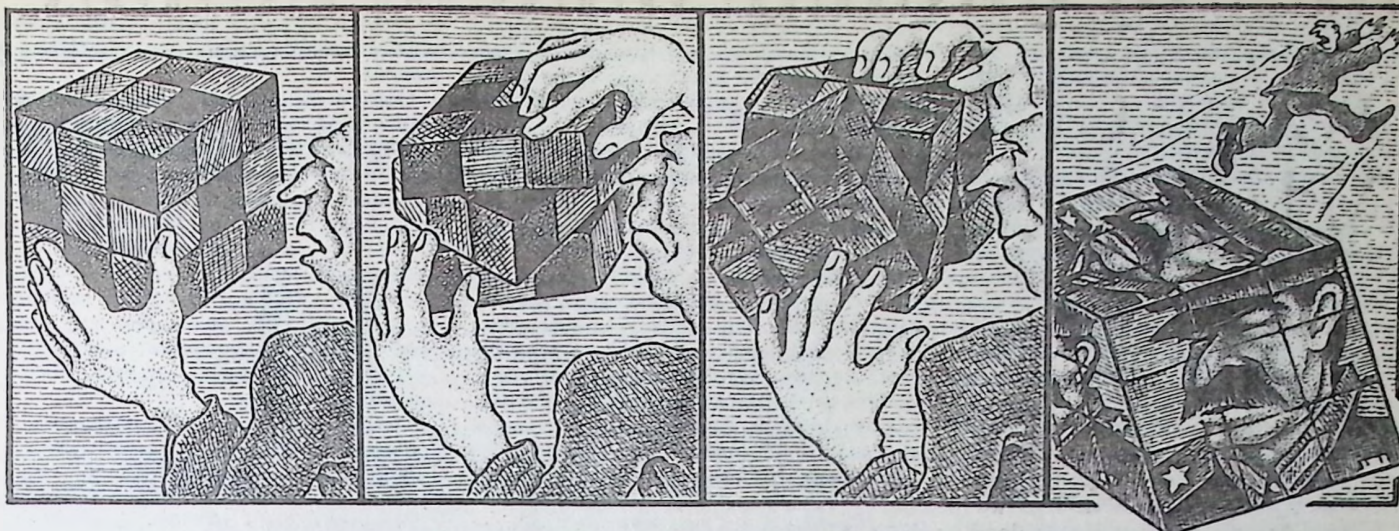
Doch um den Parteistaat zu leiten, mußte man zunächst auf die eigene Persönlichkeit verzichten. Und das eben brachte Stalin hervor. Während die anderen um den Platz des Parteiführers kämpften, behauptete sich Stalin als gesichtsloser Führer ihres Apparats. Die Realität des Parteistaates entging der Aufmerksamkeit der ehemaligen Führer der Revolution, der Leiter des Apparats



KOSHOKIN
Jewgeni,
Volksdeputierter
der RSFSR,
Dr. phil.
(Historiker),
wissenschaftlicher
Oberassistent
des Instituts
für allgemeine
Geschichte der
AdW der UdSSR



KOSHOKIN
Michail,
Dr. phil.
(Historiker),
wissenschaftlicher
Assistent des
Instituts der AdW
der UdSSR
für die USA
und Kanada



Zeichnung: Andrej Dorofjew

der Partei aber wurde zu deren Führer und schließlich zum Mann Nr. 1 in Partei und Staat.

Bereits in der Revolution und im Bürgerkrieg hörte die Partei auf, ein politisch sich selbst organisierender Organismus zu sein. Die politische Tätigkeit machte sich selbständig vom Volk: Aus Subjekten des politischen Handelns wurden die Menschen zu dessen Objekt. Sie hatten eine bestimmte Funktion zu erfüllen und waren Opfer auf Abruf.

Despotismus und Verfall der Macht

Zunächst wurden die Parteiloseren unterdrückt. Mit der Vernichtung der Opposition verloren auch die einfachen Parteimitglieder die Möglichkeit, politisch zu handeln. Nur die ehemaligen Schöpfer der Revolution waren davon ausgenommen, und Stalin wurde sich der Notwendigkeit bewußt, gerade diese Personengruppe zu vernichten.

Nach Kirows Ermordung wurde die Institutionalität der Macht schwer erfassbar, was nur für extreme Diktaturen bezeichnend ist. Die Macht der ersten Jahre der Revolution wurde durch die des Despotismus abgelöst.

Ja, ein totalitäres System war bereits vor Stalin entstanden. Doch Stalin schuf das Schrecklichste – ein politisches Machtvakuum, unter dessen Bedingungen vorhistorische Instinkte nach oben kamen. Die Macht verlor ihren rationalen Charakter.

Übrigens bestand die Partei weiter als Institut der Macht, doch sie hatte die Fähigkeit zu selbständigem Handeln eingebüßt. Die Macht der örtlichen Parteiorgane war eine Macht, die von oben bemessen, von oben gegeben und – in Wirklichkeit – von Stalin selbst delegiert wurde. Repressionsorgane schufen und förderten stets eine „allgemeine“, auch im Apparat selbst, Unterstützung für die Macht, doch auch das Schicksal der Mitarbeiter der Organe hing von

dem Kalkül und den Stimmungen des „Gleichsten der Gleichen“ ab. Die Armee verlor ihre Selbständigkeit, indem sie – gehorsam oder mit Schaudern – den Rubikon des „Falles Tuchatschewski“ überschritt. Unser Land war von der Orgie einer despotischen Macht gelähmt, die sich auf die geradezu einmalige Symbiose eines totalitären Systems und orientalischer Despotie gründete. Ihre sichtbare, tagtägliche Verkörperung war die allgemeine Komplizenschaft bei den Verbrechen und zugleich die Ungeschütztheit des Lebens des Despoten selbst. Eine Ungeschütztheit durch das Recht – nicht durch das Gesetz, das für den aktuellen Gebrauch verfaßt und verwirklicht wurde –, sondern durch das **Recht**. Einzige Rettung für den Despoten war der Terror – und so schloß sich der Kreis.

Ein Staat, der Rechtsnihilismus verkündet, stellt eine Bedrohung für alle dar: Ein formelles Amt bedeutete überhaupt nichts. Das normale Funktionieren des Apparats wurde dadurch, daß Blut abgelassen und Privilegien verteilt wurden, gewährleistet. Der Apparat hatte etwas zu verlieren, und die blanke Angst um das eigene Überleben ließ ihn handeln. Handeln... nach dem Tod des Despoten.

Chruschtschows Herrschaft brachte die Absage an die Stalinsche Despotie, doch nicht an den Totalitarismus: Anstelle Stalins füllte die Partei den totalitären Raum. Chruschtschow stellte die normale Funktion des Parteiapparats wieder her, indem er ihn vom Damoklesschwert der Repressalien befreite. Chruschtschow suchte die gesellschaftlichen Institute wiederherzustellen, wobei er zugleich das Monopol der Partei in der Politik sorgsam bewahrte: Entschieden wurden Tendenzen in der Armee, sich als politische Kraft zu behaupten, unterbunden. Die Partei ersetzte den Selbstherrscher, und die Macht begann – trotz aller bekannten Vorbehalte – die Bindung an eine bestimmte Persönlichkeit zu verlieren.

Und doch befreite sich die Bürokratie von Chruschtschow. Den verborgenen Konflikt zwischen der Bürokratie und Chruschtschow kann man nicht begreifen, wenn man nicht auf die sich dabei auftuende Frage antwortet, wann und warum Chruschtschow das Amt des ersten Mannes im Staate einnahm. Was ließ ihn diesen Schritt tun? Wirtschaftliche Probleme? Eine geradezu unwahrscheinliche Intuition, die ihm sagte, daß manches anders als gewünscht verlief? Oder spürte er, wie unklar seine Stellung war: Wer ist er, Parteichef oder Staatschef? Begann er sich vielleicht mehr als Staatschef denn als Parteiführer zu empfinden?

Der Konflikt entbrannte um die Haltung zur Ideologie. Chruschtschow sah sie nie nur unter dem Gesichtspunkt des praktischen Nutzens. Er ließ im Grunde – möglicherweise, ohne sich dessen selbst bewußt zu sein – ein Abgehen von der totalitären Ideologie zu. Der erste Durchbruch war die Trennung der Wissenschaft von der Ideologie (Genetik, Kybernetik). Schriftsteller und Künstler erhielten die Freiheit, für ihre Werke nicht mehr zu sterben. Das Eis war gebrochen, und keinerlei wütende Bearbeitungsversuche bei Treffen mit der künstlerischen Intelligenz konnten es wiederherstellen.

Für Chruschtschows Wirken als Staatsmann war die Sicht der Gesellschaft als eines Ganzen bezeichnend, keineswegs aber ein Klassen- oder ein Gruppenbewußtsein. Und in diesem Sinn war er fast der einzige Staatsmann unter jenen, die damals politische Macht besaßen. Doch die Probleme der Gesellschaft suchte er, ausgehend von Vorstellungen, die in der kommunistischen Ideologie angelegt sind, zu lösen – irgendwelche anderen Theorien kannte er einfach nicht. Chruschtschow versuchte aufrichtig, allen ein normales Leben zu sichern, doch... im Rahmen eines Systems, das sich vom Sozialismus auf den Kommunismus zubewegt. Doch das totalitäre System ist seinem Wesen nach unbeweglich, es braucht Ruhe. Ein

Konflikt war unvermeidlich, und Chruschtschows Niederlage war vorprogrammiert: Er vermochte weder die gesellschaftlichen Kräfte, die an der Reform interessiert waren, zu finden noch Hebel und Mechanismen zu deren Verwirklichung zu schaffen.

Das Problem von Staat und Partei wurde unter Breschnew beseitigt. Während Chruschtschow sich in seiner Haut irgendwie ungemütlich fühlte, da er gewisse Beziehungen zum Land hatte, unterhielt Breschnew Beziehungen nur zur Bürokratie. Er war nie Träger der Staatsidee. Breschnews bestimmender Zug als Politiker war die Degradierung durch die Allmacht, die ihren Anfang in der Einheit von Partei und Staat nimmt. Der Höhepunkt in der Entwicklung der sowjetischen Bürokratie trat ein, als sie ein Höchstmaß dessen zeigte, wozu sie fähig ist. Auf dem Erfordernis, den Staat und eine Gesellschaft der Bürger wiedererstehen zu lassen, antwortete die Bürokratie mit dem Aufbau von Fiktionen. Dazu gehörten die Berufung Breschnews zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und die Formulierung der Verfassung des entwickelten Sozialismus. Art. 6 gab ein so angenehmes Gefühl der Ruhe und den Anschein der Legitimität der Macht! Hinweise auf die Revolution nahmen immer stärker formalen Charakter an: Die revolutionäre Legende von den Kommissaren sagte niemandem zu, materielle Werte wurden nur an einem Wert an sich. Jeder Ideologe bemühte die Ideologie, wie er wollte und konnte, um gesellschaftliche und nationale Stabilität zu bewahren – und der Tod der Ideologie wurde unvermeidlich. Dem System war nur an Ruhe gelegen, und selbst die internationale Entspannung gab ausschließlich die Möglichkeit, gut zu leben, ohne etwas zu ändern, ohne etwas zu tun, indem man den nationalen Reichtum und die Naturressourcen zum Ausverkauf preisgab.

Die Bürokratie richtete den Staat zugrunde. Eine nur sich selbst genügsame Macht, losgelöst vom Volk, führte unser Land in die Sackgasse.

Aufhebung des Totalitarismus

Wie und warum wurden Veränderungen möglich? Die von oben nach unten erfolgende Zersetzung des Partei- und Staatsapparats kannte keine bürokratischen Hindernisse, erfaßte immer neue Bereiche. Der Kampf der Dissidenten und die Existenz des Westens lieferten ein so dringend erforderliches Luftloch, erlaubten es, in der Atmosphäre der zunehmenden Schizophrenie nicht ganz den Verstand zu verlieren. Doch politisches Handeln konnte nur von den Herrschenden ausgehen. Die Gärung erfaßte das Innenministerium, sie berührte das KGB und die Armee. Der Afghanistan-Schock ließ die Armee sich als Bestandteil der Gesellschaft empfinden. Afghanistan war keine Niederlage der kämpfenden Armee auf dem Schlachtfeld, es war die Niederlage einer Idee, die Niederlage einer Ordnung, die Niederlage einer kranken Gesellschaft in einem verbrecherischen Krieg. Das KGB hatte die besten Informationen über die entstandene Lage – und das in vielem dank Andropow, der immer aktiver in komplizierte politische Kombinationen eindrang. Zur Lösung des Tages wurden die nicht laut ausgesprochenen Worte: „Man muß sich für unser

Land schämen!“, und in den Jahren 1982 – 1983 erfolgte, gestützt auf das KGB und die Armee, die erste Säuberungswelle im Apparat, was Gorbatschow wichtige Ansatzpunkte gab.

Gorbatschow begann mit einem Programm der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Gesundung der Gesellschaft. Der neue Kurs wurde von starken Kräften unterstützt: vom KGB, von der Armee, vom Militär-Industrie-Komplex und von einem Großteil des neuen Apparats, den Andropow eingesetzt hatte. Die aus der Lethargie erwachende Gesellschaft verfolgte das Geschehen erwartungsvoll: oben der Kampf gegen die Korruption, unten der Kampf gegen den Alkoholismus und nicht aus Arbeitstätigkeit stammende Einkünfte. In Wirklichkeit war das bereits ein Kampf gegen den Verfall von oben nach unten, ein Kampf, in dem noch alle gemeinsam teilnahmen: Gorbatschow, Ligatschow, Jelzin, Jakowlew... Doch alles hat seine Grenzen. Auch die Selbstreinigung des Apparats stieß an ihre Grenzen. Jelzin und Gdlian wurden zu den markantesten Symbolen dieser Grenzen, die man nach den alten Spielregeln nicht überschreiten durfte. Die gestern noch treuen Leninisten, die im Grunde auch treue Stalinisten waren, wandten sich gegen die Normen der Staats- und Parteidisziplin und wurden augenblicklich zu Unpersonen, die sich... nur auf das aus langjährigem Schlaf erwachte Volk stützen konnten.

Der Aufbruch der 80er Jahre ließ die Menschen wieder zu Persönlichkeiten werden. Die Gesellschaft erlangte eine Stimme, die Politik der Offenheit und der Demokratisierung erlaubte ihr, sich zu äußern. Das Fehlen rechtlicher Garantien für die Unantastbarkeit der Person wurde teilweise durch die Massenmedien ausgeglichen, die eine Illusion der Sicherheit, Sicherheit dadurch, daß man bekannt war, schufen. Gesunder Ehrgeiz tat zusätzlich das seine: Zivilcourage begann sich zu lohnen. Die Entwicklung einer Gesellschaft der Bürger wurde von den Massenmedien, dieser vierten Gewalt im Staate, gefördert, und dank ihr erhielt das Volk in nur wenigen Monaten politische Führer. Die Offenheit begann die Andersdenkenden zu verteidigen. Die aufgewachte Gesellschaft spaltete die Partei, nahm ihr die frühere monolithische Einheit und trennte die einfachen Mitglieder vom Apparat. Der totalitäre Raum, geschaffen vom historischen Phänomen des Parteistaats, war auseinandergefallen.

Das Jahr 1990 leitete einen neuen Abschnitt in der Geschichte unseres Staates und seiner Institutionen ein. Gorbatschow, der das Amt des Präsidenten einrichtete, das zweifellos höher ist als das des Generalsekretärs, sorgte dafür, daß, was seine Einstellung angeht, für Klarheit gesorgt wurde. Indem er Jaruzelskis Weg wiederholt, schafft er die politischen Voraussetzungen für die Entstehung eines Rechtsstaates. Im Rahmen der bis heute vorhandenen amorphen Masse von Legislative, Exekutive und Judikative zeichnen sich die Konturen einer Unabhängigkeit der drei Gewalten voneinander ab. Erstmals wird die Legitimität der Macht nicht durch einen Parteimechanismus sichergestellt, sondern durch die Stimmen des Volkes und seiner Vertreter. Das Präsidentenamt soll für Stabilität und für die Abstimmung der Hand-

lungen des gesamten Staatsapparats sorgen und die Zentrifugalkräfte in der Sowjetunion stoppen.

Doch weder eine Stabilisierung noch eine Schwächung der Zentrifugalkräfte erfolgte. Es gibt eine Präsidialherrschaft, es gibt einen der Union unterstellten Herrschaftsapparat des Staates: Armee, KGB, Innenministerium. Doch es fehlt eine Konzeption für die Entwicklung der Unionsstaatlichkeit. Die Macht ist da, doch es fehlt ein Objekt für ihre Anwendung. Soll der Status quo bestehenbleiben? Er sagt niemandem zu. Eine Erneuerung der Union? Die vom Zentrum vorgeschlagenen Formen erinnern mehr an ein Mimikry.

Der Sowjetstaat, der seine früheren ideologischen Grundlagen verlor, hat sich keine neuen Fundamente geschaffen. Die Legitimität seiner Existenz wird so gut wie in allen Unionsrepubliken in Zweifel gestellt. Litauen, das die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit bekanntgab, erklärte seinen nationalen Staat. In Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Lettland und Estland wird die Priorität der Unionsgesetzgebung nicht anerkannt. Diese Verfassungskonflikte sind nur eine Form der Krise der Staatsidee.

Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in den Republiken erfolgt auf nationaler Grundlage. Die Bewegung hat auch Rußland erfaßt. Doch ist russische Staatlichkeit mit der nationalen Idee vereinbar? Wird sich ein Nationalbolschewismus durchsetzen oder aber die Idee, Bestandteil der Welt und ihr gegenüber offen zu sein, die Idee der Befreiung des Menschen, die Anerkennung des nichtethnischen Charakters der Staatsbürgerschaft der Einwohner Rußlands?

Die Fragen sind gestellt, die Antworten sind bekannt. Der Weg zur Überwindung der Krise unserer Staatlichkeit führt über die Herstellung der Souveränität der Russischen Föderativen Republik, über die Erlangung der Souveränität durch alle Republiken, über den Abschluß eines Unionsvertrages zwischen den interessierten Republiken.

Wir werden nur dann Frieden schaffen können, den unser neuer Staat gewährleisten wird, wenn wir eingestehen: Wir kränkten am Klassenkampf, wir leiden jetzt an der nationalen Krankheit. Doch jetzt müssen wir endlich gesund und uns bewußt werden, daß unser Menschsein wichtiger ist als die Klassen- und die nationale Zugehörigkeit.

* * *

„Im Gegensatz zu allen Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens geht Rußland nur in Richtung auf seine eigene Unterdrückung und die Unterdrückung aller Nachbarvölker. Und deshalb wäre es nicht nur im Interesse anderer Völker, sondern auch in Rußlands eigenem Interesse nützlich, es zu zwingen, neue Wege zu gehen“, schrieb P. Tschaadajew (1854). Im Frühjahr 1990, im 73. Jahr der Sowjetmacht, stellen wir uns immer die gleichen Fragen: Wird Rußland in seine 1000jährige Tradition zurückfallen oder wird es durch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Republiken doch einen neuen Weg finden?

Interview mit mir selbst

Wladimir Turbin

Die NZ-Redaktion bat den bekannten Literaturwissenschaftler W. Turbin, an unserer Diskussion teilzunehmen. Wir haben eine Antwort bekommen, geschrieben in einem Genre, das selbst die Kenner in unserer Redaktion verblüfft...

Heutzutage sind Interviews in. Es interviewen alle: Zeitschriften, Zeitungen, angefangen von der ehrenwerten „Prawda“ bis hin zu Blättern unbekannter Provenienz, Rundfunk und Fernsehen. Interviewt werden alle: unser neugewählter Präsident und die Eisverkäuferin, Minister und engelhaft rosige Sergeanten der Miliz. Mit der Gebärde einer Mutter, die dem geliebten Säugling die Mangelware Nuckel an das Mündchen führt, stecken smarte Jungfrauen und Knaben dem Interviewten das Mikro direkt vor die Nase: „Was sagen Sie über...? Was denken Sie im Zusammenhang mit...? Ihre Meinung zu...?“ Und die so Geforderten nehmen Stellung: Sie erwägen, billigen, sind entrüstet.

Nur ich wurde aus irgendeinem Grunde vergessen. Welch eine soziale Ungerechtigkeit. Ich bin natürlich nicht so bedeutend wie selbst ein durchschnittlicher Minister, räsonierte ich, aber warum soll ich schlechter als eine Eistante sein? Die Zeit ging dahin, ich ertappte mich immer öfter bei dem Gedanken: Wenn mich doch jemand interviewte! Aber weder die „Prawda“ noch die Boulevardblätter zeigten Interesse für meine Wenigkeit, und ich fühlte mich wie das Aschenputtel auf einem Ball: berausende Musik, eine feurige Mazurka, das Mädchen aber macht auf Mauerblümchen, sitzt einsam und elend da und tut, als interessiere sie der Tanz gar nicht.

Dennoch fand ich einen Ausweg: Ich beschloß, mich selber zu interviewen. Übrigens ist es nicht ausgeschlossen, daß viele offizielle Interviews auf die gleiche Weise zustande kommen, nur daß dabei Fragen, die ein Staatsmann braucht, von einem cleveren Journalisten gestellt werden. Ich hatte keinen

bekannten Journalisten zur Hand, spaltete mich für eine Weile und stellte mir einige höchstinteressante Fragen.

Natürlich kennt mein Gesprächspartner mich recht gut. Er weiß, daß ich Literaturwissenschaftler und Dozent an der Philologischen Fakultät der Moskauer Universität bin. Fragen, mit denen er mich bestürmte, orientierten sich deshalb an meinem Beruf.

Frage. Seit Beginn der Perestroika sind fünf Jahre vergangen. Neue Bücher sind herausgekommen, und früher geschriebene Werke zu einem neuen Leben erwacht. Welches Buch ist Ihrer Meinung nach am bedeutendsten?

Antwort. Alexander Solshenizyns „Archipel Gulag“.

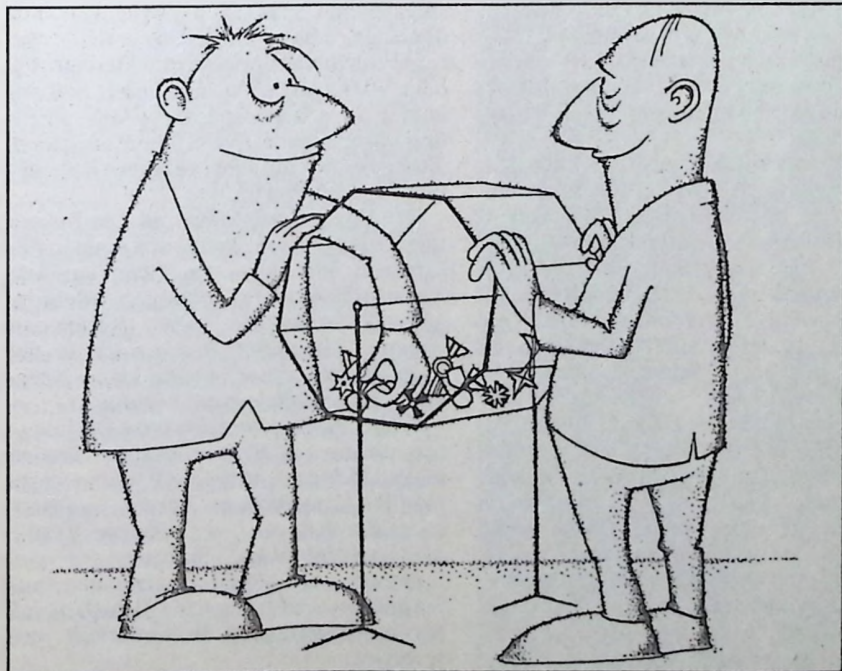
Der Autor gab seinem Buch diesen Untertitel: „Versuch künstlerischer Studien“. Indes enthält das Buch keine Studie, der ein allumfassendes, konsequent durchgezogenes methodologisches Prinzip zugrunde gelegen hätte. Das ist nicht nötig. Das Genre des Buches ist ein tragisches Panorama. Etwas Ähnliches wurde in der russischen Literatur angedeutet. Ich meine Anton Tschechows „Insel Sachalin“. Während dort eine Insel war, haben wir es hier mit einem ganzen Archipel zu tun, der von innen und von außen ausgeleuchtet wird. Es ist, als fahre ein Scheinwerferstrahl über das Modell einer riesigen Großmacht und entringe der Finsternis bald eine einsame Figur, bald Gruppen, bald ganze Mengen, wie sie dahintorkeln, von Soldaten geführt, vom Hundegebell und gräßlichen Flüchen begleitet.

„Der Archipel“ ist eine Heldenat.

Solshenizyn seinerseits ist nicht so sehr ein literarisches Phänomen wie vielmehr eine Gabe des Schicksals. Es ist erstaunlich, wie komplett sein Schicksal ist; er hat alles erlebt, was ein Russe seiner Generation zu erleben hatte: Krieg, Dahinvegetieren hinter Stacheldraht, Balancieren am Rande des Todes in einer Krebsklinik. Ausweisung. Viele hatten dieses oder jenes oder sogar sowohl dieses als auch so manches andere davon erlebt. Bei Solshenizyn ist das Quadrat komplett. Und da heißt es noch, daß Kasimir Malewitschs „Schwarzes Quadrat“ ein schlechtes Bild sei. Warum? Das leidensreiche Leben dieses Schriftstellers ist eben ein schwarzes Quadrat: Nach Pythagoras ist ein Quadrat das Zeichen der Vollständigkeit und Abgeschlossenheit; wofür Schwarz steht, braucht man, glaube ich, nicht zu erklären. Wir lesen Solshenizyn und lernen seinen Lebenslauf kennen. Wir betrachten das „Schwarze Quadrat“ von Malewitsch, können jedoch Urheber und Werk in keiner Weise miteinander verbinden, nicht das Leben im Werk erkennen, vom Werk auf das Leben schließen. Dabei hatte Malewitsch bereits in den 20er Jahren Solshenizyns tragisches Schicksal vorausgesagt: Unser leidgeprüftes Vaterland trat in eine Periode seiner Geschichte ein, in der das schwarze Quadrat zu einer idealen Inkarnation jener düsteren Prüfungen wurde, die den gewöhnlichen Sterblichen bestimmt waren.

Frage. Wie ist Solshenizyn als Stilist?

Antwort. Meine Meinung mag merkwürdig



Zeichnung: Zdenek Velebny (Tschechoslowakei)

scheinen, aber... Als Stilist ist Solshenizyn eher zaghaft. Offenbar ging das Ganze ihm gegebene Potential an Kühnheit für die Zivilcourage drauf. Ihm gebührt unser Lob, aber eine solche Kühnheit ist doch, wenn ich meine bescheidene Meinung äußern darf, oberflächlich, sie gefährdete die Grundfesten des Totalitarismus nicht.

Die Kunst ist eine Denkart. Neue Formen in der Kunst sind ein Symptom, ein Anzeichen dafür, daß sich das soziale Denken insgesamt erneuert. Der Totalitarismus fürchtete am meisten, daß etwas ästhetisch Neues, Unerwartetes aufkam: Im Neuen schwelen Fünkchen der individuellen Freiheit, realisiert sich das Streben nach Kreativität. Solshenizyn aber hat keine ästhetische Intuition, keine Tollkühnheit. Sein Mut reichte eben noch, in seinen altmodisch dicken Roman das Bild eines laufenden Rads einzuführen. Dabei fühlt man fortwährend, daß sich der Schriftsteller an diesem von ihm gefundenen Dreh kindisch freut und didaktisch ergötzt: Seht doch, wie kühn ich bin! Wir schauen zu, wir ersterben in Ehrfurcht. Und wir – pardon! – langweilen uns.

„Der Archipel“ entwuchs als Buch der Notwendigkeit. „Das rote Rad“ ist ein mit jeder erdenklichen Sorgfalt gestaltetes Referat darüber, wie Rußland ohne die in seinen Entwicklungslauf hineingetragene Revolution wäre. Der einen, „schlechten“ Politik wird die Alternative einer anderen, „guten“ Politik, der Oktoberrevolution werden die Oktobristen gegenübergestellt, und eben von ihrer Position werden alle sarkastisch abgekanzelt. Ab und zu taucht der Zar auf, und auch diesem armen Menschen liest der Romancier die Leviten. Im Off hört man jedoch einen Seufzer, den bekannten Seufzer eines Russen, der trauert, daß nicht er der Zar ist: Wenn ich der Zar wäre, würde ich euch allen zeigen, wie man ein Reich regiert!

Solshenizyn ist wenig erfinderisch und bedroht deshalb das vom Totalitarismus vererbte Denken in keiner Weise. Er schimpft mit dem Regime in *dessen eigener Sprache*, setzt sich mit ihm in *dessen eigenen Begriffen* auseinander. Nun, er ist eben ein Sohn seiner Generation, jener Generation, die unter dem Holzhammer der Propaganda Formeln ins Bewußtsein aufgenommen hatte vom Schlage: „Das Wichtigste in der Kunst ist der Inhalt... Das Volk braucht keinerlei literarische Novitäten, viel wichtiger ist die Position des Schriftstellers als Staatsbürger... Während der Schriftsteller an seinem Werk arbeitet, denkt er weder an Genres noch an sonst etwas in der Art, Epitheta und so...“

Frage. Stimmen Sie dem nicht zu?

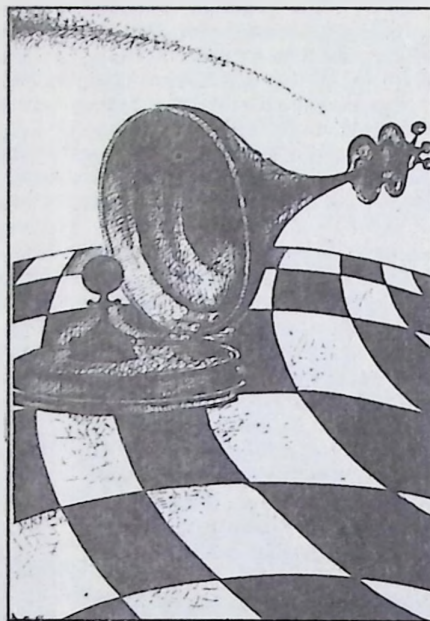
Antwort. Ich bin absolut nicht einverstanden, mehr noch, ich sehe darin die völlige Abhängigkeit von der uns aufgezwungenen Pseudo-Ästhetik. Beim Hören sol-

cher Erwägungen müssen Shdanow und Suslow irgendwo in den Abgründen der Hölle direkt jubeln und schadenfroh kichern: Ihre Sache lebt fort!

Mit der Demoralisierung des Volkes ging eine düstere De-Ästhetisierung seines ganzen Lebens, eine De-Philologisierung einher.

Uns fällt nicht einmal ein, daß wir mitten in einem gewaltigen Kunstwerk leben, das wir gemeinsam schaffen.

Ja, das Land lebte in einem gigantischen Epos, das es selbst schrieb. Ich will nicht noch einmal vom großen Epos sprechen



Zeichnung: Jewgeni Sintschinow

mit den dazu gehörenden Bildern einer uneinnehmbaren Festung, feindlicher Horden oder eines Schwerts: Das archaische Schwert, ein Attribut jedes epischen Helden, wurde das Emblem eines bewußten Amtes, und das strafende Schwert der Revolution streckte mit einem wahrhaft epischen Schwung Gerechte und Ungerechte nieder.

Es gibt aber ein sozusagen kleineres Epos, nämlich die Fabel. Oder sogar ein Mikroepos: das Sprichwort. Wir haben das Sprichwort in Büchern und Sammelbänden eingefangen und haben besagte Bücher zu bewundern: Sie sind der Quell der Volksweisheit. Ab und zu schmücken wir unsere Reden mit ihnen und glauben, daß wir uns dieses Schatzes bemächtigt haben. Dabei ist es eher so, daß die Sprichwörter eine Macht über uns ausüben. Ein grober Fehler von uns ist, daß wir aus irgendeinem Grund glauben, ein Sprichwort richte sich an nur einen Menschen. Warum denn an nur einen? Warum sehen wir bis heute nicht, daß sich das Volk in seinen Sprichwörtern an die Geschichte, an Länder und Staaten richtet und ihren kommenden Zustand, ihre künftige Lebensweise errahnt? Das ganze Leben unseres Volkes wurde 50 Jahre lang vom

Spruchwort erfaßt: *Man solle weder dem Gefängnis noch dem Elend abschwören*. Ja, nur ein wahrhaft großes Volk konnte sein Los in dieser lapidaren und naiven Art voraussagen: Da ist alles drin, die Kollektivierung (Elend) und die Gulag (Gefängnis). Oder: „*Raum ist in der engsten Hütte*.“ Wovon handelt dieses Sprichwort? Ebenfalls von uns. Ein halbes Jahrhundert haben wir im Schatten dieses Sprichworts gelebt: Die Enge ist ein Leitmotiv unserer Lebensweise. Die Enge der Gemeinschaftswohnungen, der Internate und Baracken. Die unvorstellbare Enge der vollen Gefängniszellen und der „Stolypin“-Waggons, in denen die Häftlinge ostwärts befördert wurden. Die Enge der Geschäfte mit den endlosen Schlangen der Ausgehungen. Wo wäre sie nicht, die Enge? Angefangen mit dem Entbindungsheim, wo die Neugeborenen beinahe aufgestapelt werden, bis zu Massengräbern. Kurzum, dieses Sprichwort hat uns die Enge ins Haus gebracht, und beinahe unsere ganze Literatur, die als solche gelten kann, wurde zu einer Art Chronik der Enge: die Gemeinschaftswohnungen von Bulgakow, Sostschenko, Erdman, von Ilf und Petrow; die Baracken Andrej Platonows. Oder nehmen wir den uns überraschend zufallenden Roman „Imaginäre Größen“ von Nikolai Narokow-Martschenko („Drushba Narodow“ Heft 2/90), den Solshenizyn übrigens ein passant und giftig verrissen hat. In diesem Buch haben die Figuren nur die eine Wahl: zwischen der schon wirklich teuflischen Enge einer Gemeinschaftswohnung und der fast genau solchen Enge von Gefängniszellen. Darin verdichten sich verschiedene Abaraten der Enge zu einem einheitlichen Bild, zum Bild eines von allen Seiten eingequetschten, beengten Menschen. Was die Kränkung betrifft, die sich nach dem entsprechenden russischen Sprichwort aus der Enge nicht ergibt, so haben wir in dieser Hinsicht das Sprichwort widerlegt. Ich habe aber auch nicht behauptet, daß wir immer in *Übereinstimmung* mit einem Sprichwort leben. Wir leben in *einem Zwiegespräch* mit ihm, auf diese Behauptung lege ich Wert.

Die Enge in der Metro, in den Bussen und Trolleybussen. Jetzt auch noch in der Literatur. Wir haben von allem viel: viele Zeitschriften, viele Zeitungen, Meinungen, Zwischenrufe. Das Sprichwort mahnt: Man müsse Raum auch in der Enge finden, um einander keine Kränkung, keine Kränkungen zuzufügen.

Frage. Aber so kontrovers die Diskussionen, die unser intellektuelles Leben zerfleischen, auch sind, tritt eine Frage, nachgerade die dramatischste, hervor: Rußland, seine Berufung und verschiedene Kräfte, die sein Schicksal beeinflussen.

Antwort. Ich glaube zu verstehen, was Sie meinen. Gut denn, ich will mich mit all der unentbehrlichen Bestimmtheit aussprechen.

Uferlos ist heute das Gerede von Ruß-

lands besonderer Rolle, von seiner historischen Berufung und Mission. Worin soll diese bestehen?

Liegt Rußlands Berufung darin, die Gebote Christi zu wahren und der Welt zu vermitteln? „Rechtgläubigkeit“ ist ein verpflichtendes Wort. Nehmen wir es als Axiom, die Rechtgläubigkeit ist die integrale, die vollkommenste und mystischste Variante des Christentums. Aber dann...

Gott oder Geschichte, auf jeden Fall irgendwelche höheren Kräfte haben hier in Rußland zwei Legenden zusammengeführt und einander gegenübergestellt: die hebräische, alttestamentarische und die neutestamentarische, christliche. Der Streit zwischen ihnen, dieser Dialog, der vor zweitausend Jahren begann, wird gerade hier fortgeführt.

Die Berufung der Juden in Rußland ist eine befragende Berufung: „Wir haben das Neue Testament abgelehnt. Mag sein, daß wir dabei einen verhängnisvollen Fehler begingen. Dann helfe uns, ihn zu korrigieren. Zeigt uns ein Christentum nicht nur als rein theoretisches Ideal, sondern auch im Alltag! Als Handlungs-, als Lebensweise!“ Unsere Pflicht, unsere historische Pflicht liegt darin, auf diese gesetzmäßige Frage klar und korrekt zu antworten. Denn das ist ein großes Fragen.

Da ich nun einmal Dozent bin, würde ich, um bei meinen gewohnten Vokabeln zu bleiben, sagen, der Dialog mit der alttestamentarischen Kultur sei eine Vorprüfung, die wir ablegen müssen, bevor wir uns dem Examen stellen und das Christentum in der ganzen Welt predigen.

Frage. Und wir haben diese Vorprüfung...

Antwort. Wir benehmen uns nicht einmal wie Studenten, eher schon wie faule Schulkinder: Wir können nicht ruhig sitzen, sagen einander vor, benutzen unsere Spickzettel. Eine große philosophische Frage übertragen wir auf die Ebene des höchst banalen Kampfes um die Macht, auf die Ebene der Wirtschaft und des Alltags. Der eine rechnet auf die genaueste aus, wie viele Juden in dem und dem Jahr dem ZK angehörten; ein anderer antwortet ihm im Ernst: Ja, dafür gab es in der jüngsten Zusammensetzung des ZK nur einen Juden, und auch der war Alexander Tschakowski, der vieljährige Chefredakteur der „Literaturnaja Gaseta“. Der eine holt die idiotischen „Briefe der Weisen vom Zion“ aus der Versenkung und sagt einmal übers andere: „Seht ihr? Seht ihr?“ Ihm wird ebenso beharrlich geantwortet, das sei eine Fälschung, von der Polizei fabriziert.

Gut, lassen wir für einen Augenblick – nur für einen Augenblick! – zu, daß die dummen „Briefe...“ in irgendeiner Hinsicht echt und in der Tat ein Programm der Aggression seien. Aber wie niveaulos, wie kleinkariert doch dieses Programm ist! Wenn aufgestellt, dann von Menschen ohne Phantasie und ohne Schwung, von Menschen mit dem Blickfeld des einzigen Polizisten und des einzigen Kurzwarenhändlers in einem kleinen Ort, die einander zuzwinkern und immer wieder versichern, der andere sei ganz ungewöhnlich weise. Können wir denn nicht die jüdischen Geschäftemacher, die besagte Briefe angeblich geschrieben haben, im Streit besiegen? Besiegen durch unsere Ausstrahlung,

Arbeitsliebe, Begabung, Herzlichkeit, Großzügigkeit? Du meine Güte, ist das ein Unglauben an die eigenen Kräfte!

Es ist bitter zu sehen, wie wir uns dagegen wehren, die Arbeit, die uns Gott auferlegt hat, auszuführen, wie wir diese Arbeit immer wieder aufschieben. Inzwischen kippen die tief sinnigen Berechnungen und kriminalistischen Ermittlungen in einen ekelerregenden Antisemitismus um. Er schwappt auf die Straße über, in die Enge der immer noch bestehenden Gemeinschaftswohnungen und immer noch zu wenigen Straßenbahnen. Daher die langen Schlangen vor den Botschaften der USA, Kanadas und Neuseelands. Unser Christentum aber ist, wie sich erweist, immer noch der Politik untergeordnet, nur vielleicht in etwas aufgefrischten Formen.

Frage. Wir haben so viele Mängel im Alltag, im täglichen Umgang miteinander. Was ärgert Sie am meisten?

Antwort. Das offensichtliche, zynische Mitlesen von Briefen, die ich aus dem Ausland bekomme, durch irgendwelche Instanzen.

Ich war in der Schweiz, hielt dort Vorlesungen, fand eine herzliche Aufnahme. Selbstverständlich haben sich daraus gute Kontakte ergeben. Menschen fragen mich nach gewissen Dingen und hoffen schlichten Gemütes, eine möglichst baldige Antwort zu bekommen: Davon hängen Diplomarbeiten und Dissertationen ab. Aber die Antwort aus Moskau kommt erst nach drei Monaten.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um urbi et orbi zu verkünden, daß Prof. Lorenzo Amberg aus Zürich, die Studentin Ruta Widmer aus Bern und ich

a) keine Pläne für einen Überfall der Schweiz auf die UdSSR schmieden,

b) einander weder Heroin noch Marihuana verkaufen,

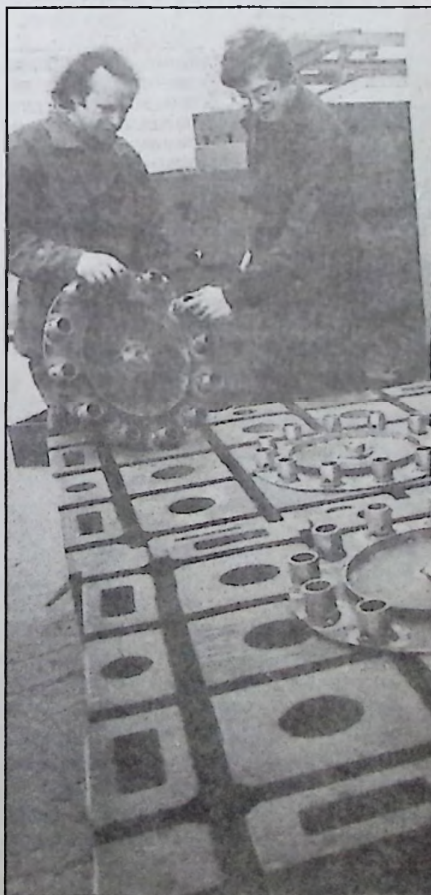
c) keine vom Gesetz untersagten Operationen mit Schweizer Franken und Rubeln betreiben.

Liebe Mitbürger, hören Sie doch bitte, bitte auf, unsere Briefe durchzuschneffeln! Das ist wirklich nicht so aufregend: Puschkin, Fet, Sostschenko oder wiederum Andrej Platonow. Das ist nun einmal unsere Arbeit, in ihren Gedichten, Romanen und Novellen herumzuwühlen. Dazu Gedanken miteinander auszutauschen. Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie uns in Ruhe lassen.

Es interessiert mich übrigens, wie diese Leute – wie heißt der Beruf eigentlich? – bezahlt werden? Im Akkord, je nach der Briefzahl?

Frage. Fühlen Sie, daß Sie im komplizierten Perestroikaprozeß Ihren Platz gefunden haben?

Antwort. Ja, ich habe meinen Platz gefunden. Die Methodologie ist das, was ich mir entgegen unverzeihlichen Kompromissen in anderen Dingen bewahrt habe. Ich habe meine eigene Methode des Kunststudiums, der Erforschung des Lebens des Wortes, seiner Brechungen in der sozialen Realität und seiner Einwirkung auf die Geschichte einzelner Menschen und Völker. Deshalb habe ich es jetzt leicht: Die Perestroika eröffnet den Kunsthistorikern und Philologen Aussichten, von denen man nicht einmal träumen konnte.



DIE FORSCHUNGS-PRODUKTIONS-VEREINIGUNG „WISCHOM“, MOSKAU, BIETET AN:

Unterbauplatten PS-1,2 x 1,5 EM aus Gußeisen Marke S415-32. Von allen Seiten mechanisch bearbeitet. Sie werden mittels Seitenöffnungen von 33 mm Durchmesser zusammengefügt. Die Platten eignen sich für Gelände jeder Größe zum Testen und Einfahren von Landmaschinen, Prüfständen, Reduktoren mit Elektromotoren und anderen Maschinen. Die zu testenden Muster werden mittels Bolzen in einer T-Nut montiert. Das Gewicht einer Platte: 1 Tonne. Preis: 3000 Rubel. Auskünfte bei: 127247, Moskau, Dmitrowskoje-Chaussee 107
Telefon: 485 47 54

Die Zeitschrift „Iswestija ZK KPSS“ hat das Stenogramm des ZK-Plenums veröffentlicht, das am 9. Dezember 1989 stattgefunden hatte. Ein halbes Jahr ist seitdem vergangen, die Diskussionsthemen haben an Aktualität verloren, das Plenum gehört der Geschichte an. Die Praxis der Perestroika hat die behandelten Probleme gelöst, jedoch auf ihre Art und Weise, entgegen der Meinung der meisten Redner des Plenums.

Besonders wird das am Beispiel des berühmten Artikels 6 der Verfassung deutlich. In der Diskussion ging es darum, ob dieser Artikel beim 2. Kongreß zur Debatte gestellt werden sollte. Die meisten waren dagegen. Die meisten waren für die Beibehaltung dieses Artikels als Basis für die Parteimacht. Es verging aber kaum ein halbes Jahr, und der Artikel 6 ist praktisch ohne Wirkung. Wir leben in einer Situation eines sich entwickelnden Mehrparteiensystems. Die Delegierten des Plenums können in ihren Ausführungen nachlesen und sich mit krauser Stirn fragen: Worin und warum haben wir uns geirrt? Innenminister Bakatin, der als einer der wenigen beim Plenum die Anerkennung des real existierenden Mehrparteiensystems und die Abschaffung des Artikels 6 gefordert hat, kann jetzt stolz auf die von ihm selbst geprüfte Gleichung verweisen: Mut + Informiertheit = richtige Politik.

Die Frage des Artikels 6 ist zwar eine prinzipielle, jedoch nicht die einzige wichtige Frage, die im vergangenen halben Jahr ihre Aktualität eingebüßt hat. Dazu gehört auch das Wirtschaftsprogramm der Regierung. Die von Nikolai Ryshkow beim Plenum vorgetragenen Gedanken klingen angesichts der jüngsten Beschlüsse über die Radikalisierung und Beschleunigung der ökonomischen Reformen überholt, partiell und wirklichkeitsfremd. Das trifft auch auf den Beschluß des Plenums hinsichtlich der Gründung eines Russischen Büros der KPdSU zu. Er konnte die ideologisch-regionalen Separierungsprozesse in der Partei nicht aufhalten. Im April 1990 fand in Leningrad der Initiativkongreß der KP Rußlands statt, die sich Anfang des Sommers konstituieren will. Und man kann nicht behaupten, diese Partei werde auf der „Plattform der KPdSU“ oder zumindest auf der Plattform des Politbüros stehen.

Beim Lesen der Plenumsmaterialien stellen sich einige Fragen. Ist erstens der kollektive Geist des Zentralkomitees überhaupt fähig, die Entwicklung wenigstens für die kommenden sechs Monate vorauszusagen? Ein Mensch kann sich irren, auch die „kollektive Persönlichkeit“, das ZK. Es ist aber traurig, wenn sich die meisten ZK-Mitglieder, die beim Plenum sprachen,

irren und den tatsächlichen Gang der Ereignisse nicht voraussehen können. Gibt es denn zweitens im Zentralkomitee jene Einheit, zu der es alle Kommunisten und das ganze Sowjetvolk so inständig aufruft? Ist der Charakter dieser Einheit, wenn es sie überhaupt gibt, nicht eher formell und disziplinarisch? Alle Beschlüsse des Plenums wurden praktisch einstimmig angenommen, dabei war das Plenum von dramatischen Ereignissen gekennzeichnet. Die Sekretäre der Gebietskomitees von Kemerowo und Minsk, Melnikow und Malofejew, äußerten sich negativ über eine Politik, für die „wir von der ganzen bourgeoisen Welt, von unseren einstigen und heutigen Feinden gelobt und sogar vom Papst gesegnet werden“. Mehr noch: Man erklärte, es sei notwendig, „die Perestroika in die richtige Bahn zu lenken“. Das aber würde bedeuten, daß der bisher eingeschlagene Weg falsch war. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU reagierte sehr heftig auf derartige Angriffe, die seine ganze Politik in Frage stellten. Dann folgten Erläuterungen, daß dieser jenes nicht gesagt habe, und wenn, dann habe er es nicht so gemeint. Als dann abgestimmt wurde, waren wieder alle einstimmig dafür. Sieht so aber die „Einheit auf prinzipieller Grundlage“ aus?!

Die dritte, eine furchtbare und vielleicht auch eine ketzerische Frage ergibt sich aus den beiden ersten: Leitet denn die Partei tatsächlich die Perestroika? Steht sie wirklich an der Spitze des Fortschritts unserer Gesellschaft? Beim Plenum äußerte ein Redner folgende Meinung: „Es ist an der Zeit, mit der Konstatierung dessen aufzuhören, daß die Partei hinter der Perestroika in der Gesellschaft zurückgeblieben ist. Man sollte aufhören zu jammern und aus diesem Gedanken Kapital zu schlagen. Das machen alle: Die leitenden Funktionäre in unserer Partei, aber auch alle Gegner der Partei und der Perestroika. Sie sagen alle dasselbe. In dieser Hinsicht sollten das Zentralkomitee und das Politbüro beispielgebend sein. Genosse Gidaspow (Leningrad) hat recht, wenn er erklärt, daß das Zurückbleiben der Partei, übrigens ein sehr interessanter Gedanke, durch ihre hohe Organisiertheit und Diszipliniertheit bedingt ist, so paradox das auch auf den ersten Blick klingen mag.“

Das ist tatsächlich ein äußerst interessanter Gedanke, der von einer sehr interessanten Beobachtung begleitet wird. Die Beobachtung läuft darauf hinaus, daß führende Parteifunktionäre in einigen Ansichten mit den Feinden von Partei und Perestroika übereinstimmen. Und der Gedanke, wenn ich ihn richtig verstanden habe, besteht darin, daß nicht die Partei hinter der Perestroika zurückgeblieben ist, sondern das Volk aufgrund fehlender Organisiertheit und Parteidisziplin die falsche Richtung eingeschlagen hat. Dann äußerte der Redner die Hoffnung, man könne „alles noch ins Lot bringen“ und „die Partei zum politischen Sieg über die in der Gesellschaft erstarkenden Kräfte des Bösen und des politischen Abenteueriums führen“. Das heißt also, die Avantgarde ist aufgrund der ihr eigenen Organisiertheit und Disziplin immer noch in der Lage, die irrenden Kräfte zu bändigen (oder, wenn es diesen Kern nicht gibt, dann gibt es nur die Avantgarde einerseits und Abenteurer andererseits?).

Natürlich könnte man sagen, daß die Materialien des Plenums etwas zu spät veröffentlicht wurden. Andererseits erfolgte das wunderbar rechtzeitig, gestattet es doch, Meinungen mit Tatsachen und Projekte mit der Wirklichkeit zu vergleichen.



Aus der jüngsten Geschichte der KPdSU

Leonid Ionin

Berechnender Altruismus

Ein Geschäftsmann, den die Kataklysmen in unserem Land nicht ängstigen...

NZ-Korrespondent Gennadi Arijewitsch unterhielt sich mit Ben Brahms, dem Geschäftsführer der britisch-amerikanischen Firmengruppe SPEC



NZ: Viele westliche Geschäftsleute, die an einer Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert waren, sind angesichts der Schwierigkeiten und bürokratischen Hindernisse enttäuscht. Ihre Firma ist dagegen äußerst erfolgreich. Soweit mir bekannt ist, erweitert das Gemeinschaftsunternehmen SPEC-TRUM zur Entwicklung und Montage von automatisierten Arbeitsplätzen seine Tätigkeit. Eben erst wurde mit einigen Krasnojarsker Betrieben das neue Konsortium SPECKRAS gegründet. Kennen sie vielleicht ein besonderes Geheimnis?

Ben Brahms: Wir kennen keine besonderen Geheimnisse und werden mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, von denen wir uns aber nicht entmutigen lassen. Unsere Anstrengungen lohnen sich. Wir streben an, unter den Bedingungen der Perestroika westliche Investitionen in die sowjetische Wirtschaft zu stimulieren, die Industrie zu unterstützen, sie konkurrenzfähiger zu machen und die Qualität ihrer Erzeugnisse dem Weltniveau anzunähern.

NZ: Es scheint, als ob sich ihre Firma in der Sowjetunion mit Wohltätigkeit beschäftigt, als ob sie unsere Industrie aus altruistischen Erwägungen heraus hilft. Reinen Altruismus nimmt man einem Geschäftsmann aber nicht ab.

B. B.: Das ist richtig, wir sind nicht aus altruistischen Gründen auf den sowjetischen Markt gekommen. Wir haben begriffen, daß die Zeit hierfür sehr günstig ist, daß in Rußland im wirtschaftlichen Bereich und im Außenhandel großartige Veränderungen erfolgen, daß der sowjetische Markt sehr perspektivreich ist. Während meiner 25jährigen Geschäftstätigkeit habe ich gelernt, daß es sehr wichtig ist, ehrlich und rechtzeitig die Forderungen eines Auftraggebers zu erfüllen. Das bringt Gewinn und erweitert den Kundenkreis. In dieser Hinsicht habe ich in Ihrem Land ein leichtes Arbeiten: Die Leute sind keinen guten Service gewöhnt. Wenn man sie qualitätsgerecht und rechtzeitig mit den versprochenen Waren beliefert, dann beten sie einen an. Die Formel des Erfolgs ist ganz einfach: beiderseitiger Nutzen. Der Nutzen meiner Partner ist für mich nicht von geringerer Bedeutung als mein eigener. Beide Seiten müssen ein Erfolgserlebnis haben.

NZ: Die sowjetischen Partner legen große Hoffnungen auf das Konsortium hinsichtlich der Erschließung des Binnen- und Weltmarktes sowie im Bereich der Erweiterung ihrer Möglichkeiten für die Herstellung qualitativ hochwertiger Erzeugnisse (Möbel, Wohnung usw.), aber auch im Hinblick auf die Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitarbeiter. Worin besteht nur ihr „Erfolgserlebnis“?

B. B.: Wir rechnen mit Gewinn. Sibirien gehört zu den reichsten Regionen der Welt. Dort lassen sich mit geringen Kosten große Erfolge erzielen. Alles liegt an der Oberfläche. Steinkohle läßt sich im Tagebau gewinnen. Unsere Partner sind die reichsten Leute der Welt. Nehmen wir den Generaldirektor von „Krasnojarskugol“. Seine jährliche Förderleistung entspricht dem Umsatz von Irland. Das Krasnojarsker Hüttenwerk verarbeitet Rohstoffe, darunter Aluminium, in einem Umfang, der der gesamten Produktion Westeuropas gleichkommt. „Krasnojarskstroj“, dem größten Baubetrieb, wird es doch nicht schwerfallen, die erforderliche finanzielle Infrastruktur zu schaffen. Außerdem sind wir bereit, ihnen dabei zu helfen.

NZ: Sie sind schon lange auf dem sowjetischen Markt präsent, haben sich aber erst in jüngster Zeit den Joint Ventures zugewandt.

B. B.: Natürlich. Es muß alles erst einmal geprüft werden. Wir waren allerdings nicht tatenlos. Aktiv beschäftigten wir uns auf dem Gebiet der Automatisierung von Büroarbeit und der Produktionsleitung. Kürzlich eröffneten sich neue Möglichkeiten, und wir beteiligen uns seitdem auch an anderen Dingen, z. B. am Bau von Hotels. Wir sind der Ansicht, daß wir Anlagen gegen Rubel verkaufen können, um diese in den Bau zu investieren. Wir beteiligen uns ebenso an der Herstellung von Kinofilmen mit bekannten Darstellern aus verschiedenen Ländern. Einige davon sollen beim nächsten Filmfestival in Cannes erstmals vorgestellt werden. Die Perspektiven sind gut, besonders wenn sie durch politische Stabilität gesichert werden.

NZ: Sie sprechen von politischer Stabilität? Wollen Sie uns schmeicheln? Oder haben sie keine Angst vor den Kataklysmen in verschiedenen Teilen des Landes?

B. B.: Und wie wir uns davor fürchten! Wir bauen beispielsweise ein Hotel in Litauen. Was soll damit werden? Beim Business ist eine positive Bilanz wichtig. In diesem Fall stecken wir so tief drin, daß von Rückversicherung keine Rede sein kann. Ich bin der Meinung, daß Ihr Land Stabilität und Aufblühen verdient hat. Ich glaube daran. Sie verfügen über gebildete und qualifizierte Menschen, ein hohes wissenschaftliches Potential und reichhaltige Ressourcen. Aber die Menschen leben schlecht. Das ist unverständlich und verwunderlich, das ist einfach ungerecht.

NZ: Mir scheint, Sie sind nicht ganz aufrichtig. Gerade Ihnen müßten doch die Schwächen unserer Wirtschaft und die Unvollkommenheit ihrer Organisation gut bekannt sein, nicht wahr?

B. B.: Ich meine, daß man nichts halb machen soll. Effektivität läßt sich nur erzielen, wenn man eine bestimmte Richtung, eine bestimmte Linie einhält. Ich werde häufig mit einer Situation konfrontiert, daß sich ein Gesetz von heute auf morgen verändert hat. Ich spreche von den Steuer- und Zollgesetzen, von den Steuertarifen und den Tätigkeitsbedingungen von Gemeinschaftsunternehmen. Für viele Bereiche gibt es überhaupt keine Gesetze. Das ist schwierig, selbst für einen gewieften Geschäftsmann.

Jetzt werden neue Bestimmungen und Gesetze angenommen. Viele von denen, die sie ausarbeiten, sind keine Profis. Es wird viel gestritten, und viele inkompetente Vorschläge werden unterbreitet. Vieles gelingt nur halb, und halbe Maßnahmen bringen nur halbe Erfolge, in einigen Fällen gar keine.

Und überhaupt ändert sich alles sehr schnell. Früher kam es vor, daß man zu einem Funktionär einer Außenhandelsorganisation kam, um sich mit ihm zu unterhalten. Er aber schaut einen nur an und schweigt. Wenn er doch etwas sagen sollte, dann stammt es aus einem vorprogrammierten Szenarium. Außer Rabatt interessiert ihn nichts. Er ist vielleicht ein kluger Mensch, hält sich aber nur an seine Instruktionen. Beim Business braucht man aber mehr als nur eine Ebene der Bewegungsfreiheit. Jetzt ist das anders. Zu SPECTRUM kamen junge Leute, gute Ingenieure, die sich aber plötzlich mit Problemen konfrontiert sahen, die sie nur mit großer Mühe bewältigen konnten. In einem Jahr haben sie gelernt, was Business bedeutet. Jetzt machen sie sich gut und man hat gern etwas mit ihnen zu tun. Je schneller die Wirtschaft ihre Freiheit erlangt, desto schneller stellt sich auch der Erfolg ein.

Sind wir der Wahrheit wirklich so überdrüssig?

Alexander Pumpjanski

Moskauer Schönheitswettbewerb. In der Jury war auch der beliebte Humorist Michail Sadornow vertreten. Mädchen zeigten ihre sichtbaren und nicht sichtbaren Vorzüge. Die Jury maß und klassifizierte. Der Spaßmacher trieb Späße. Und trieb es zu weit. Anderntags hatte das Außenministerium der UdSSR den Protest einer ausländischen Macht auf dem Tisch liegen. Noch einen Tag später verurteilte ein Vertreter des Außenministeriums der UdSSR, selbst übrigens für seinen Humor berühmt, Sadornows Äußerung und gab die unmißverständliche Versicherung ab, daß die Äußerung nicht die Politik der sowjetischen Regierung zum Ausdruck bringt. Daraus folgt offensichtlich, daß das gesamte übrige Werk des Humoristen die Politik der sowjetischen Regierung zum Ausdruck bringt. Das heißt, es ist offizieller Humor. Vielleicht sogar nicht einmal mehr Humor, sondern nur noch offiziell.

Eigentlich wollte ich Michail Sadornow sofort anrufen und ihm gratulieren, ließ dann aber rechtzeitig davon ab. Mir wurde betrüblich zumute. Solange wir Zuschauer und Leser nichts von der wichtigen staatlichen Mission wußten, die er erfüllte, hatten wir die Freiheit, nach Herzenslust über seine Späße zu lachen. Jetzt aber taucht unweigerlich die bedrohliche Frage auf: Über wen lachen Sie bitte?

Das Thema dieser Bemerkungen ist das Wechselverhältnis zwischen Presse und offiziellen Instanzen. Oder, was im vorliegenden Fall dasselbe ist, zwischen Wahrheit und Politik.

Ich decke kein großes Geheimnis auf, wenn ich sage, daß bei einer gewissen Kategorie von Lesern, die über besondere Seh- und Hörfähigkeiten verfügen, weil sie Augen und Ohren des Staates sind, längst nicht alle unsere Veröffentlichungen Begeisterung und heiß empfundene Dankbarkeit auslösen. Manchmal entwickeln sich die Ereignisse wie folgt:

Das Redaktionstelefon gibt einen alarmierenden Klingelton von sich: der erste Vorbote unangenehmer Nachrichten („Da braut sich was zusammen!“). Wenig später kommt der Bote. Seine geschliffenen Umgangsformen und diplomatische Ausdrucksweise machen besonders deutlich, daß ein gewisses Land mit einem in einer bestimmten Nummer veröffentlichten Artikel nicht zufrieden ist. Jener Artikel verzerrt das Bild, habe ungenügend berücksichtigt, werle einen Schatten, richte Schaden an.

Wenn Vorhaltungen direkt gemacht werden, ist das unangenehm aber eigentlich der normale Lauf der Dinge. Bitte sehr, sagen wir bei weitem nicht nur aus Höflichkeit, wir drucken Ihre Gegendarstellung gerne ab. Es gibt zum Beispiel die schöne Form des Briefes an die Redaktion. Für die Leser wird es bestimmt nützlich sein, beide Seiten zu hören. Die Wahrheit leidet darunter nicht.

Oft genug aber ist es nicht so.

Kritik an Veröffentlichungen bekommen nicht wir, sondern das Außenministerium oder das ZK zu hören. Oder ein sowjetischer Botschafter schickt ein panisches Telegramm nach oben. Der Inhalt ist

immer ein und derselbe: Nach Erscheinen einer gewissen Bemerkung in dieser Zeitschrift ist die heldenhafte und schwere Arbeit der Botschaft für die Katz. Gastland und internationale Beziehungen sind in Gefahr!

Nicht auszuschließen ist, daß man im Ausland wirklich annimmt, hinter jeder Veröffentlichung in der sowjetischen Presse stehe unbedingt irgendeine Instanz. Unsere einheimischen Bürokraten glauben, in der Instanz immer den Hahn zu finden, mit dem einem eigenwilligen Presseorgan der Sauerstoff abgedreht werden kann.

Eigentlich eine absurde Situation. Niemandem kommt es in den Sinn, sich bei der Eisernen Lady über die „Times“ zu beschweren oder wegen der „Time“ beim Außenministerium oder im Hauptquartier der Republikaner vorstellig zu werden. Über eine sowjetische Zeitung oder Zeitschrift kann man sich dagegen ganz nach Belieben beschweren. Und es geschieht ihr ganz recht. Das ist der Preis für die durchgreifende Kollektivierung der

Massenmedien hierzulande.

Hier habe ich wohl einen typischen Fehler gemacht, indem ich einen westlichen Ausdruck (natürlich meine ich nicht die Kollektivierung) unkritisch übernommen habe. Massenmedien gibt es im Westen. Bei uns aber war die Zeitung immer Agitator, Propagandist und, als ob das noch nicht genug sei, auch noch kollektiver Organisator. Der klassischen Definition zufolge fiel objektive Information nicht ins Ressort der Presse. Das hätte nämlich eine andere Rolle und andere Beziehungen zwischen Presse, Öffentlichkeit und Macht vorausgesetzt. Die Zeitung als Informationsmittel ist letztendlich nur dem Leser rechenschaftspflichtig. Er ist ihre höchste Instanz. Je umfassender die Information ist, die eine Zeitung ihrem Leser bietet, desto besser entledigt sie sich ihrer Verpflichtungen. In unserem Koordinatensystem war die Zeitung dazu aufgerufen, zu agitieren, zu propagieren und die Massen für gewisse Großtaten zu organisieren. Vor wem mußte sie sich verantworten? Vor der Macht! Den Leser stellte man sich als Dummerchen vor, das nicht weiß, was es will und deshalb agitiert, propagiert und kollektiv organisiert werden muß. Und für das es sich ehrlich gesagt auch nicht empfiehlt, allzuviel mitgeteilt zu bekommen. Alle Beschuldigungen, die brennende Tatsachen oder übertrieben scharfe Publikationen zum Anlaß haben und wie sie mit Vorliebe unsere flammenden Plenumsredner vorbringen, gehen von der Voraussetzung aus, daß der sowjetische Leser unheilbar an Magenschwäche leidet, nichts selbst verdauen kann und löffelfchenweise mit von jemand anders Vorverdautes gefüttert werden muß. Sonst gebe er nämlich, man brauche nur hinzusehen, den Löffel ab.

Wieviel Leid kann nicht die Presse unserem armen Land zufügen: Die Bevölkerung vergiften, alle auf einmal, und die sowjetischen Positionen in der internationalen Arena gefährden. Obwohl die Presse in anderen Ländern als vierte Gewalt bezeichnet wird, hat sie diese dämonische Kraft dort doch wohl nicht.

Die Frage ist einfach, ob man die Wahrheit öffentlich schreiben darf. Darf man das immer? Und was ist, wenn die Wahrheit in Widerspruch zur Politik gerät?



Dieser Tage habe ich eine bedenkenswerte Antwort auf diese Fragen gehört. In einer gewissen Instanz fand eine Konferenz statt, dem Zeitgeist entsprechend schon keine Instruktion mehr, sondern eher eine Art Journalistenrat. Ein Kollege stellte die rhetorische Frage, es war eigentlich keine Frage, sondern eher ein Seufzer, warum wir 50 Jahre lang die Wahrheit über Katyn verschwiegen hätten. Was haben wir damit eigentlich erreicht, denn die Wahrheit mußte ja doch mal ans Licht? (Das eine oder andere haben wir natürlich erreicht. In den Augen der Polen und aller anständigen und ehrlichen Menschen haben wir Verbrecher gedeckt und uns für die Seite des Verbrechens entschieden. Eine unverzeihliche Sünde, die nicht entschuldigt und nicht vergessen werden kann. Indem wir nicht mit der Vergangenheit, für die wir wirklich nicht verantwortlich sind, abgerechnet haben, schleppten wir die Dunkelheit mit in die Zukunft und zogen die Vergeltung in die Länge.) Ein anderer Journalist erinnerte daran, daß sich in diesen Tagen ein weiteres dramatisches Datum zum 40. Male jährt, der Ausbruch des Korea-Krieges. Sollten wir nicht langsam doch die Wahrheit darüber sagen, wer ihn angefangen hat und wie? Da erklang die Antwortformel, tadellos in ihrer schlichten Offenheit. Der geladene Redner, Amtsträger einer anderen Instanz, erwiderte: „In letzter Zeit ist schon so viel Wahrheit gesagt worden, daß das Volk ihrer schon überdrüssig ist.“

Sprach's und verstummte.

Stimmt doch auch. Nicht gleich so viel Wahrheit auf einmal. Der nichts gewöhnte arme Sowjetmensch verträgt doch nichts. Jetzt haben wir doch schon über Katyn gesprochen, so daß man mit Korea durchaus noch bis zum 50. Jahrestag warten kann. Und natürlich nicht gleich die ganze Wahrheit auskippen, sondern ein Teelöffel dreimal täglich.

Trotzdem ein merkwürdiges Geschöpf, dieser Sowjetmensch. Jahrzehnte der Lüge hat er heroisch ausgehalten. Fünf Jahre Kontakt mit der Wahrheit, und schon droht ihm der tödliche Ausgang. Dabei geschieht bei uns doch alles für den Menschen und im Namen des Menschen.

Leider ist auch in unseren Tagen der Glasnost die Frage, ob die Politik der gute Seelenhirte der Wahrheit, dieser blinden und unvernünftigen Kreatur, sein soll, noch nicht von der Tagesordnung verschwunden. Der entscheidende Fortschritt besteht nur darin, daß die direkten Verbote zusammen mit der Hauptabteilung Literatur als Organ der ideologischen Zensur inzwischen der Vergangenheit angehören. Der eiserne wurde gegen den Samthandschuh ausgetauscht. Man wird nicht mehr angebrüllt, sondern leise ermahnt: „Keinen Schaden anrichten!“ Die weise Politik erkennt im Prinzip das Recht der Publizistik auf die freie Meinungsäußerung an, appelliert aber gewissermaßen immer auch an ihren gesunden Menschenverstand: „Seht zu, Kinder, daß ihr kein Unheil stiftet!“ Für den Schreiber ist das sogar schmeichelhaft. Seine Feder, früher mit einem Bajonett verglichen, wird heute in die Nähe des Skalpells gerückt.

Journalisten sind keine Saboteure, zumindest nicht alle. Wir sind mit dem Prinzip einverstanden, aber was bedeutet es in der Praxis?

Vor einem Jahr erschien in der Redaktion der „Neuen Zeit“ ein seriöser älterer Herr mit einer atemberaubenden Biographie. Es war der ehemalige Chefredakteur der „Scinteia“, der rumänischen „Prawda“. Ehemaliger Botschafter Rumäniens in Washington. Autor mehrerer poli-

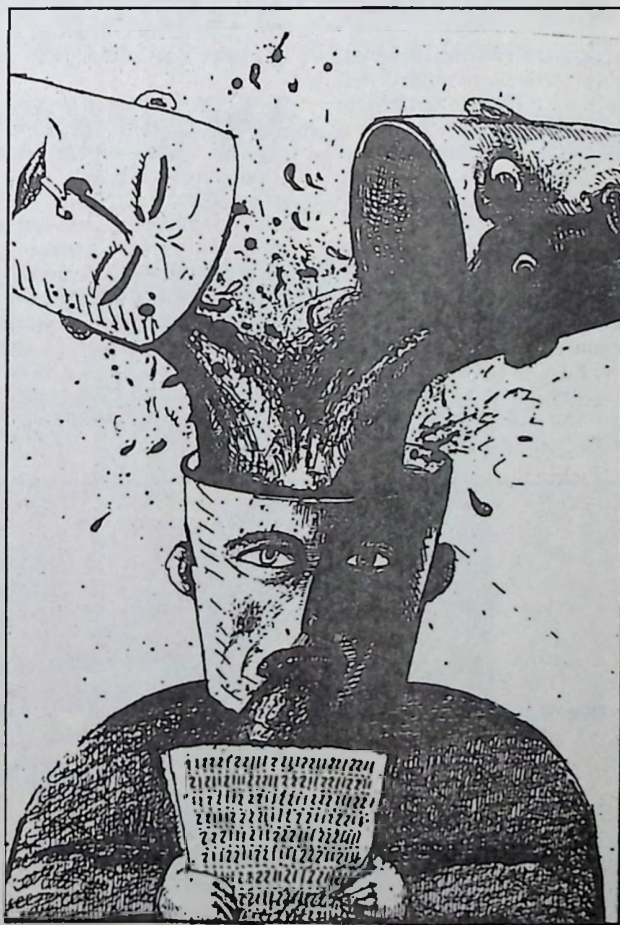
tologischer Arbeiten, die in seiner Heimat, inzwischen aber mehr im Westen, aufgelegt worden sind. Ein Mann, der sich öffentlich gegen die Politik Ceausescus ausgesprochen hat. Es war Silviu Brucan. Er war nach Moskau gekommen, weil er versuchen wollte, eine seiner letzten Arbeiten auf Russisch herauszubringen. Während hier der Entscheidungsprozeß noch lief, wollte er der Redaktion unserer Wochenzeitschrift, die eine gewisse Breite und einen gewissen Realismus ihrer Einschätzungen aufweist, einen kürzeren Artikel über die Situation in Osteuropa vor dem Hintergrund des Wettlaufs zwischen Ost und West anbieten, den der Osten eindeutig verliert. Natürlich war darin kein einziges konkretes Wort über Rumänien gesagt, schließlich kannte unser Gesprächspartner die Spielregeln. Seine Überlegungen umfaßten größere Kategorien. Der Artikel war intelligent, polemisch und tadellos korrekt geschrieben. Mit keinem Wort erwähnte Brucan, wie wichtig es für ihn und seine Leser in Rumänien wäre, daß sein Name in der sowjetischen Presse erscheint, aber allein schon, daß er unsere Redaktion aufsuchte, sagte mehr als alle Worte.

Die rumänischen Leser haben diesen Artikel nicht zu Gesicht bekommen. Er fiel einem Redakteur in die Hände, der jene erprobte Schule durchgemacht hat, welche die Technik der persönlichen Sicherheit über alles stellt und deshalb das Prinzip „Alle Macht den Sowjets“ predigt, welches ihn der Notwendigkeit enthebt, selbst zu entscheiden. Dieser Redakteur holte an geeigneter Stelle Rat ein, und man riet ihm ab, Brucan zu drucken, denn natürlich könne das „unsere Beziehungen zu Rumänien schaden“. Wieder einmal hatte die Alltagsweisheit triumphiert. Aber inzwischen muß man sich schon fragen, ob nicht jener politische Rat und der Gehorsam jenes Redakteurs den sowjetisch-rumänischen Beziehungen geschadet haben?

Und wie war es, als uns die Prager Kuratoren unserer tschechoslowakischen Ausgabe für einen kleinen Hinweis auf den Dissidenten Havel in ihrer sanften aber eisernen Manier einen Verweis aussprachen? Als sie uns so beharrlich einredeten, daß Materialien über den sowjetischen Umbau nur sehr schwer ins Tschechische zu übersetzen seien. Keine Frage, daß sie auf Russisch gut und nützlich seien, aber unter den Bedingungen der Tschechoslowakei können sie eigentlich nur Schaden anrichten, was sonst.

Und wie war es, als in der DDR mit allerhöchster Verfügung die Ausgaben der „Neuen Zeit“ verhaftet wurden, weil sie die ersten (und, wie sich herausstellte, auch letzten) Szenen aus Schatrows Schauspiel „Weiter, weiter, weiter!“ enthielten? Was hat Honecker und Hager so ausnehmend mißfallen, daß sie sich gleich in einem zornigen Brief an das ZK der KPdSU entladen mußten? Das Zitat von Rosa Luxemburg über Demokratie und Diktatur, dem die Rückkehr auf das Territorium des ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden verwehrt wurde? Oder das ganze Pathos dieses Bühnenstücks, die Verteidigung von Freiheit und Humanismus, ohne die der Sozialismus zur Entartung verurteilt ist? So ein Brief muß immer verantwortet werden. Von der Zeitschrift natürlich, die mit ihrem Schatrow und ihrer Roten Rosa so viel Schaden angerichtet hat.

Es hat eigentlich auch niemanden gewundert, daß die Genossen Ceausescu oder Honecker sich als Aushilfszensoren für die sowjetische Presse betätigten. Damals hat keiner gesagt, daß diese Situation erniedrigend und schädlich sei, die Pressefreiheit verletze und das Recht der sowjetischen Leser auf



Zeichnung aus „Die Zeit“ (BRD)

Information zurechtstutze. Es wäre auch töricht, darauf herumzureiten. Die Journalisten müssen ihre Rechte selbst verteidigen, das kann ihnen keiner abnehmen.

Nehmen wir aber einmal die Bedingungen der Aufgabe an und versuchen, von der politischen Zweckdienlichkeit abzugehen.

Daß die Genossen Ceausescu, Honecker, Shiwkow, Jakes, man könnte diese Liste fortsetzen, das heißt, noch dürfen wir sie nicht fortsetzen, für die sowjetische Presse heilige Kühe waren, ist allen bekannt. Was auch immer sie getan, gesagt oder angerichtet haben. Warum? Es lohnt sich direkt einmal, die Erklärungen dafür auseinanderzunehmen, sie sind einfach bezaubernd.

– Wir können uns nicht in die Angelegenheiten unserer Brudervölker einmischen. Wir haben das Prinzip der freien Wahl doch nicht umsonst verkündet.

Wer sind denn eigentlich unsere Brüder? Und für wen gilt hier die Wahlfreiheit? Für Regimes, die eindeutig mit der Demokratie auf Kriegsfuß stehen?

– Eine neue Runde der polemischen Auseinandersetzung zwischen Parteien und Staaten kann jetzt niemand gebrauchen. Uns reichen die traurigen Erfahrungen mit Jugoslawien, Albanien, China.

Die Erfahrungen sprechen allerdings dafür, daß nicht die Polemik zum Abbruch der Beziehungen, sondern dieser zur Polemik geführt hat. Außerdem hat es überhaupt keine Polemik, das heißt einen zivilisierten und freien Meinungsstreit, einen Abgleich der Positionen, gegeben. Es hat Geschimpfe gegeben, unzumutbares obendrein, Gezänk im Namen von Staaten und Parteien. Die Presse war das Megaphon für diesen parteistaatlichen Wortdonner. Die Presse hatte nicht die geringste selbständige Funktion, und das war tragisch, denn inmitten des allgemeinen Wahnsinns konnte sich keine einzige normale menschliche Stimme Gehör verschaffen, um etwa zu sagen: „Hört doch endlich auf! Verwechselt doch nicht eure pseudoideologischen oder privaten Anmaßungen mit staatlichen Interessen. Besinnt euch!“

Niemand hat es gern, wenn man ihm fremden Willen aufzwingt. Muß man dann aber seine eigenen Wertvorstellungen opfern? Auf internationaler Ebene kann und muß wohl auch Höflichkeit beachtet werden. Warum müssen dann aber die Menschen schweigen, wenn ihnen Tiananmen oder Timisoara mißfallen? Volksdiplomatie kommt ohne ein Amt für offizielle Diplomatie aus. Die Presse ist dem Volk nicht gegeben, damit sie ihre Gedanken versteckt.

Jetzt das raffinierteste Argument. Ganz vertraulich heißt es dann: Natürlich ist dieser Politiker ein Diktator, aber schließlich haben wir ihn doch damals in den Sattel gehoben, wie können wir ihn dann heute kritisieren? Wenn der nun böse wird und in seiner Wut irgendwas anstellt?

Ziemlich merkwürdige Vorstellungen von Ehre. Daß der Vasall seinen Lehnsherrn kujoniert, das ist selbst für die Feudalmoral ungewöhnlich. Außerdem sprechen diese Protuberanzen eines pervertierten Denkens und einer verkehrten Moral lediglich dafür, daß wir möglichst schnell Klarheit darüber herstellen müssen, wer „wir“ eigentlich sind und von welchem Erbe wir uns lossagen. Sonst

müssen nämlich unsere Kinder und Enkel alle die Rechnungen bezahlen, die wir hätten begleichen müssen, es aber vermieden haben, sei es aus Schüchternheit, sei es aus Sentimentalität.

Politik kann nicht auf der großen Lüge, sie darf aber auch nicht auf den kleinen Notlügen der Vernunft beruhen. Übrigens wäre es für Genossen Honecker vielleicht gar nicht einmal unnütz gewesen zu erfahren, was die sowjetische Öffentlichkeit wirklich von ihm hält. Der Teufel steckt im Detail, vielleicht hätte er Korrekturen vollzogen und es wäre ihm erspart geblieben, als Heimatloser und Kranker um Aufnahme bei einer barmherzigen Kirche zu ersuchen. Nichts hat der Sowjetunion in ihren Beziehungen zu den „sozialistischen Bruderländern“ mehr geschadet, als der Wunsch, keinen Schaden anzurichten. In der Praxis hat das zu Liebedienerei vor Feudalfürsten geführt und dazu, daß man der eigenen Presse das Maul stopfte.

Die Wahrheit kann der Politik nicht schaden. Wenn die Wahrheit der Politik schadet, dann ist mit der Politik etwas faul. Zu dem Erdbeben in Osteuropa ist es nicht deshalb gekommen, weil in den letzten fünf Jahren ein offenes Wort gesprochen worden wäre, sondern deshalb, weil die sozialpolitischen Konstrukte in dieser Region auf einem untauglichen Fundament aus Gewalt und Lüge ruhten. Über solch eine Festung ist schon früher einmal gesagt worden: Die Mauern sind brüchig, du klopfst einmal dagegen und alles bricht zusammen. Und genauso ist alles im Handumdrehen zusammengebrochen.

Die Presse kann für die Politik entsetzlich unbequem sein. Genau

damit erweist sie ihr einen unschätzbaren Dienst. Eine Politik, die versucht, die Presse mundtot zu machen, begeht Selbstmord.

Die Exekutive beugt sich den Tatsachen. Die Legislative beugt sich der Demokratie. Die Judikative beugt sich dem Gesetz. In

einem normalen System passen diese drei Gewalten sehr genau aufeinander auf, aber sie alle, ob einzeln oder zusammen, brauchen noch ein kleines Element mit Eigenwert, ohne daß es keine Tatsachen, keine Demokratie und keine Gesetzlichkeit gibt, die Wahrheit. Die vierte Gewalt ist keine Gewalt der Menschen oder Institutionen. Es ist die Gewalt der Wahrheit.

Was soll nun aber ein Vertreter des Außenministeriums der UdSSR machen, wenn sich über ihn ein Schwall von Protesten ergießt, weil irgendwo in der Presse oder im Fernsehen jemand mit einer Äußerung danebengegriffen hat? Ich habe einen Vorschlag. Nichts! Man kann eine Standardantwort für alle Fälle formulieren: „Im Außenministerium der UdSSR werden offiziell keine Pressematerialien gelesen und die Ansichten irgendeines Journalisten zu irgendeinem Thema sind für uns absolut uninteressant. In der UdSSR ist die Presse vom Staat getrennt. So wie die Kirche.“

Journalisten oder Humoristen widerlegen zu wollen, ist einfach albern. Genauso absurd wäre es, wenn plötzlich die Überschrift auftauchen würde „TASS ist ermächtigt zu erheitern.“

Niemand ermächtigt einen Journalisten, die Wahrheit zu sagen, oder das, was er dafür hält. Niemand und nichts. Außer sein eigenes Gewissen.

CHINESE BAR

im INTOURIST-Hotel

*Echte chinesische Küche in Moskau?
Ist denn sowas möglich?
Und ob!*

*Sie waren noch nicht bei uns?
Wir laden Sie ein –
in die CHINESE BAR
ins INTOURIST-Hotel!*

CHINESE BAR in Moskau
Uliza Gorkogo 3 – 5, Moskau, UdSSR
INTOURIST-Hotel, 19. Stock
Telefon: 203 16 31

Präsentiert von
Dr. jur. habil.

Valeri SORJKIN

und NZ-Beobachter

Rostislaw SOLOTARJOW

Auf welche Weise wird ein Staat reich? Die Antwort auf diese Frage ist längst bekannt, wenn nicht seit Adam, dann zumindest seit Adam Smith' Zeiten. Dank Puschkin kennen wir sie auch in Rußland seit langem: Eugen Onegin hat sich in dieser Frage recht gut ausgekannt. Seitdem haben es viele Länder gelernt, reich zu werden. Nur bei uns sieht es damit nicht gerade gut aus. Ungeachtet der einst erklungenen Appelle: „Bereichert Euch!“ und „Lernt Handel zu treiben!“. Es haben sich jedoch Leute gefunden, die fanden, daß es viel vorteilhafter wäre, die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit zu verteidigen, als sich auf dem Markt einem Risiko auszusetzen...

Tatsächlich kann man diese Prinzipien in einer armen Gesellschaft an nicht gerade reiche Bürger mit großem Vorteil verkaufen. Nur, daß je mehr man von diesen Prinzipien sprach, sie den Leuten immer teurer zu

stehen kamen. Sie wurden auch für die Gesellschaft immer teurer, kann man doch durch die Armut der Bürger nicht reich werden. Diese Prinzipien wurden, wie ein Schriftsteller bemerkte, Ketten immer ähnlicher. Interessant an der Sache ist, daß die Träger der Prinzipien und die Träger der Ketten, der Last des Defizits und der Armut völlig verschiedene Menschen waren. Im Leben ist jedoch immer Platz für Lösungen. Auf geht's, alle zusammen, immer weiter, mehr und besser!...

Die Ökonomie des Defizits ist jedoch wie ein „schwarzes Loch“: Soviel Mittel und Kraft man auch hineinsteckt, es kommt doch nichts dabei raus. In einem solchen „schwarzen Loch“ ist auch der Markt ein Schwarzmarkt. Und die gesamte Wirtschaft wird von dem Schatten, den die Berge ungedeckten Geldes werfen, eine Schattenwirtschaft. Anstatt Waren – auch nur ihre Schatten... Auf einem solchen Markt ist nicht Geld im Umlauf, es ist ja doch wertlos, sondern Titel der Macht. Dafür, so sagt man, gibt es bei uns die Macht des Geldes nicht, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Natürlich, bei uns ist alles umgekehrt.

Diejenigen, die in den 50er, 60er und 70er Jahren diese Paradoxe begriffen hatten, waren für die Machthaber überflüssige Leute. Man durfte das Privileg dieses Begreifens aber nicht mit anderen teilen. Dafür hatte man ihnen gleichsam schon die Freiheit entzogen. Auf Bewährung. Diejenigen, die sich die Freiheit herausnahmen, sich zu äußern, wurden dann im wahrsten Sinne des Wortes mit Freiheitsentzug bestraft.

Auch Lew Timofejew, der im Ausland seine Gedanken zu all diesen schmerzlichen Problemen veröffentlichte, entging diesem Schicksal nicht. Die Perestroika war „schuld“, daß er nicht 11 Jahre in Unfreiheit zubringen „durfte“. Zwei Jahre hat er allerdings abgesessen. Für das Recht, seine Gedanken darlegen zu dürfen, mußte er auch nach seiner Haftentlassung kämpfen. Jetzt gibt der 53jährige Wirtschaftswissenschaftler, der sich der Publizistik verschrieben hat, die unabhängige Zeitschrift „Referendum“ heraus.

Heute veröffentlichen wir einen Ausschnitt aus einem Buch, das 1977 von Lew Timofejew geschrieben wurde: „Die Technologie des Schwarzmarktes oder Die bäuerliche Kunst zu

Politische
Gedanken

des **20.**
Jahrhunderts

hungern“. Das Buch wird bald in der Zeitschrift „Oktjabr“ erscheinen.

In unserem Ausschnitt geht es um Privilegien. Um dieselben Privilegien, gegen die schon seit einiger Zeit mit unterschiedlichem Erfolg gekämpft wird. Noch herrscht die Losung: „Wegnehmen und aufteilen!“. Man scheint sich jedoch langsam darüber klar zu werden, daß man gänzlich auf das System der Unabhängigkeit des Menschen vom Staat, vom Fütterungssystem (und „Zufütterungssystem“) zu einer normalen Ökonomie, zum Markt übergehen muß.

In den letzten Jahren hat sich in unserem Leben viel verändert, leider nicht immer zum Besseren. Wenn der Kranke jedoch um einen Spiegel bittet, so ist das gewöhnlich ein Zeichen der baldigen Genesung.

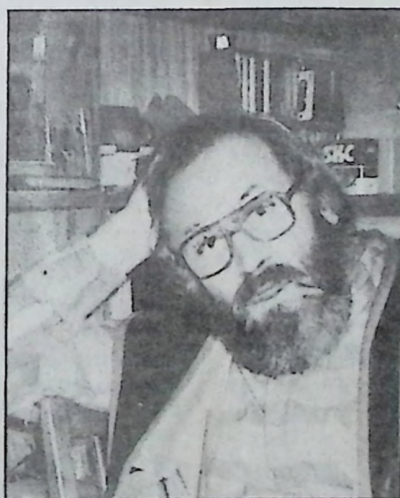
Die Technologie des Schwarzmarktes

Lew Timofejew

Unter den Bedingungen eines ständigen materiellen Defizits und strenger Verbote von Privatinitiativen, wenn der Staat die elementarsten Bedürfnisse des Menschen nicht befriedigen will und kann, sind wir alle wider Willen auf den Schwarzmarkt angewiesen, wo alles gekauft wird: die Bevölkerung erwirbt für sündhafte Preise Fleisch, Kleidung, Baumaterial und andere Sachen; beim Volk kauft man für einen Spottpreis die Arbeitskraft von Erwachsenen und Kindern, Alten und Frauen und mit der Arbeitskraft auch das gesamte Leben des Beschäftigten voll und ganz.

Der Mensch fühlt sich auch selbst wie ein lebendiges Symbol des Schwarzmarktes und sieht in den anderen einen Schwarzmarktpartner... Diese Beziehungen, die von oben nach unten die ganze sowjetische Gesellschaft zusammenhalten, werden weder von der Soziologie noch der sozialen Psychologie untersucht. Man findet sie lediglich in der Literatur, die an sich ein feineres und weniger von der direktiven Leitung abhängiges Instrument ist als die Gesellschaftswissenschaften.

Schauen wir doch einmal mit den Augen eines Schriftstellers auf die bäuerliche Runde, die sich am einem Tisch zusammenge-



funden hat, der in jedem beliebigen russischen Dorf gedeckt hätte werden können: „Pjotr Iwanowitsch lädt sich keine schlechten Gäste ein, er ist nicht der Mann, der jeden beliebigen mit Wein bewirtet. Da kommt zuallererst die Obrigkeit: der Vorsitzende des Dorfsowjets und der Kolchosvorsitzende, dann der Vorsitzende der Dorfkonsumentenossenschaft mit dem Buchhalter, dann der Chef der Holzaufbereitungsstelle – der bekommt einen Ehrenplatz, der Sohn von Pjotr Iwanowitsch arbeitet nämlich dort.“

Dann kommen die weniger wichtigen: das Sägewerk, der Lastwagen. Der Pferdepfleger Anton, ohne den man leider nicht auskommt. Wenn man das Dach neu decken will, muß man Arkadi vom Sägewerk seine Referenz erweisen. Auch den Pferdepfleger braucht man. Man sollte denken, daß im Zeitalter der Maschinen niemand weniger

gebraucht wird, als er. Das ist aber nicht so, der Chauffeur ist der Chauffeur, Pferdepfleger bleibt Pferdepfleger. Wenn der Winter kommt und das Holz ausgeht, das Heu, dann ist er schon nicht mehr einfach Anton, sondern schon Anton Pawlowitsch...

Heute war Grigori Wassiljewitsch, der Schuldirektor der wichtigsten Gast bei Pjotr Iwanowitsch. Der Hausherr umgab ihn mit ausgesuchter Sorge und Beflissenheit. Das war selbstverständlich

wegen Antonida. Antonida sollte in der Schule arbeiten, das war, damit man ihr keine Steine in den Weg legt.

Warum Pjotr Iwanowitsch jedoch den Tierarzt Afonka eingeladen hatte, das konnte Pelageja nicht verstehen. Afonka hatte jetzt wenig zu sagen, er war nicht mehr Parteisekretär. Schon im Frühjahr hatte man ihn abgesetzt, es hatte sogar in der Kreiszeitung gestanden. Ob der jemals wieder hochkommt? (Zitat aus dem Roman „Pelageja“ von Fjodor Abramow — d. Red.)

Es kann doch nicht sein, daß die aufmerksame, kluge Pelageja nicht begriff, warum der Tierarzt Afonka geladen war! Wie wird er denn wieder hochkommen? Ist er noch kein Säufer, ist noch nicht alles verloren: Es werden sich einflußreiche Freunde finden, die selbst für einen Besoffenen einen Posten parat haben.

Parteisekretäre, auch wenn es nur ehemalige sind, werden von den Machthabern nicht so leicht fallengelassen. Afonka ist ein eingeweihter Mensch. Gestern war er Parteifunktionär, heute können wir ihn auf jedem beliebigen anderen Leitungsposten wiederfinden. Es scheint zwar, daß er nur der Diener seiner Herrn ist, des Rayonpartei Komitees, des Gebietspartei Komitees und von denen noch weiter oben, er ist jedoch auch selbst Chef, nicht weniger bedeutend als der Kolchosvorsitzende oder der Vorsitzende des Dorsovjets. Er ist zwar nur ein kleiner, aber ein Boss. Macht. Herrschende Struktur. Er kauft auf dem Schwarzmarkt nicht nur Waren für sich und seine Familie, sondern auch billige Arbeitskräfte für den Bedarf des Staates. Mit Hilfe solcher Afonkas betrügt man den Bauern im Kolchos und zwingt ihn noch, in seiner „Freizeit“ in der Nebengewirtschaft zu schuften.

Was ist denn das für eine neue, in der Geschichte einmalige gesellschaftliche Struktur, die Parteibürokratie? Was wissen wir von ihr?

Afonka ist der Staat, eines seiner Staubkörnerchen. Der Staat, das sind Menschen, die personifizierte Idee. Oder sogar ein einziger Mensch, ein Führer oder ein Monarch. Wer verkörpert denn in unserem Land die Idee des sozialistischen Staates? Die Parteibürokratie, drei Millionen Mitarbeiter des Parteiapparates und die zugehörigen propagandistischen und repressiven Einrichtungen. Sie bilden die Herrschaftsstruktur, die Hüter der Stabilität des entstandenen sozialpolitischen und ökonomischen Systems. In dem Maße jedoch, wie sich die Idee selbst überlebt und gänzlich das Vertrauen des Volkes einbüßt, verliert sie auch die Ergebnisse der herrschenden Struktur selbst. Sie hüten schon nicht mehr die Idee, sondern nur die eigene Macht und die persönlichen Privilegien. Die herrschende Struktur tritt auf dem Schwarzmarkt immer weniger als Auge des Staates auf, sondern vielmehr als persönlich interessierter Partner.

Wer hat unter den Schwarzmarktbedingungen die meisten Vorteile? Für wen ist der Vorteil so groß, daß er in allen Veränderungen, jeder Initiative, etwas verändern zu wollen, das schlimmste Unheil sieht? Wer kann, weil er das ökonomische Leben der Gesellschaft nicht sinnvoll organisieren vermag und will, den Bauern oder den Arbeiter zwingen, sich auf den Schwarzmarkt der Überstundenarbeit zu begeben? Wer verfügt real über die größten gesellschaftlichen Güter und Leistungen, die früher oder später alle obligatorisch zu Gegenständen des Handels auf dem Schwarzmarkt werden? Wer verteilt die profitabelsten Posten im System, diese Futterkrippen des 20. Jahrhunderts, indem sie dort treu ergebene Afonkas einsetzen und alle Vorzüge ihres Standes genießen? Wem verkauft man denn letztendlich Fleisch, Schuhe und Bücher nicht über den Hintereingang eines normalen Geschäfts mit erheblichen Aufpreisen, sondern einfach in einer Spezialverkaufsstelle mit Rabatt? Wer ist denn das? Natürlich kein anderer als die Berufspolitiker aller Schattierungen und Ränge, die Parteileitung, die niemand gewählt hat, die aber die ganze Fülle der Macht im Lande besitzt.

Alle Pläne, die ökonomischen wie die politischen, alle Bemühungen der gegenwärtigen Staatsmacht sind bei uns im Land darauf ausgerichtet, die politischen und materiellen Privilegien der Parteibürokratie beizubehalten. Das ist die Aufgabe Nr. 1, alle anderen Aufgaben, das materielle und geistige Wohlergehen des Volkes eingeschlossen, ist von zweitrangiger Bedeutung bei der Zukunftsplanung.

Es gibt erheblich mehr Privilegien, als es bei der Gegenüberstel-

lung der direkten Einkünfte den Anschein haben mag. Es ist schwer, sie alle mit einer Elle zu messen.

Man kann die verschwindend geringen Preise für Nahrungsmittel in Spezialverkaufsstellen für Parteifunktionäre mit den Marktpreisen für die Arbeiter vergleichen. Wie soll man aber die Ausgaben für alle Lebensmittel der einen und der anderen gegenüberstellen, wenn der Arbeiter oft nirgends Fleisch, Milch und andere lebenswichtige Erzeugnisse zu kaufen bekommt?

Man kann die lächerlich kleine Miete, die die Parteielite bezahlt, mit den riesigen Ausgaben des Bauern für den Bau eines eigenen Hauses vergleichen. Wie aber soll man die Kluft zwischen der luxuriösen Wohnung und Datsche für die Funktionäre mit den Nachtasylen der Arbeiterwohnheime für nicht weniger als zehn Millionen Obdachlose messen (selbst diese Bettenplätze reichen nicht für alle und sind deshalb Quelle von Intrigen, Erniedrigung, Korruption und Gemeinheiten)?...

Für die medizinische Betreuung zahlt keiner Bargeld, der Parteifunktionär jedoch läßt sich in einer Spezialpoliklinik behandeln, die Schwester kommt zu ihm nach Haus, um Blut abzunehmen, der Bauer dagegen wird mit gebrochenem Arm noch Dutzende Werst zu Fuß bis zum nächsten Krankenhaus oder zur nächsten Bushaltestelle zurücklegen müssen, auch ein krankes Kind muß er selbst zum Arzt tragen...

Der Platz auf dem Friedhof wird schon zu Lebzeiten festgelegt: Je höher der Rang in der Parteihierarchie, umso besser der Friedhof. Auch das Grab wird nicht schon bei der ersten Schneeschmelze völlig überschwemmt absacken, wie das auf den nachlässig angelegten Stadtfriedhöfen geschieht, die eigentlich schon gar nicht mehr diese Bezeichnung verdienen, weil man sie voller Ekel so weit wie möglich von der Stadt weg angelegt hat, in der Gegend der Müllhalde und Gemüselager.

In der abgeschlossenen Welt der heimlichen Ausbeutung und unsauberen ökonomischen Machenschaften, in die jeder von uns entgegen seines eigenen Willens und Wunsches eingesogen ist, ist die Parteibürokratie der König des Schwarzmarktes. Die Parteifunktion selbst bekommt Schwarzmarktwert, und am Tisch eines jeden beliebigen Pjotr Iwanowitsch, wo schon nicht mehr Menschen sitzen, sondern das Sägewerk, das Auto und das Pferd, thront, wenn schon nicht der Parteisekretär, ein kleiner Fisch, so doch der Sekretär des Rayonpartei Komitees am Kopf des Tisches.

Allein die ausführliche Auflistung der Privilegien und Vergünstigungen für die Parteibürokratie könnte ein ganzes Buch füllen. Ein Buch über ein soziales und ökonomisches System, wo das erarbeitete Geld nicht mehr Gradmesser der gesellschaftlichen Anerkennung ist, sondern nur Maske, hinter der sich die herrschende Struktur Güter aneignet, ohne dafür etwas zu geben.

Es wäre sehr interessant, eine solche Arbeit zu schreiben, doch das ist nicht einfach, weil die ökonomischen Grenzen der herrschenden Struktur stark verwischt sind. Ihre verschiedenen Schichten sind unterschiedlich an der Aneignung und an der Verteilung des Mehrwerts beteiligt.

Ein Teil des Mehrwerts wird in wissenschaftlich-technische Entwicklungen und Forschungen gesteckt, die eigentlich als Ergebnis selbst Werte und Güter für die Gesellschaft schaffen sollten. Im sozialistischen Staat bestimmt die herrschende Struktur selbstverständlich auch die allgemeintechnische Politik, finanziert also vor allem die wissenschaftlichen und technologischen Ideen, die ihre stabile Lage absichern: Forschungen und Entwicklungen, die mit der Rüstungsindustrie verbunden sind, — in den exakten Wissenschaften und in der Technik; Untersuchungen, die bei der Bearbeitung und Verdummung der Massen hilfreich sind, in den Gesellschaftswissenschaften.

Mit der Parteibürokratie hat sich die Technostruktur eng liiert, diejenigen, die direkt die Produktion leiten, die wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz. Sie alle bekommen ihren Anteil am Mehrwert, umso mehr, je besser sie für die Stabilität des Systems arbeiten, je höher ihre Tätigkeit von der Parteibürokratie bewertet wird, die der einzige Auftraggeber und Käufer der Arbeiten ist.

Wir leben in einem System, in dem Geld schon nicht mehr Gradmesser der gesellschaftlichen Anerkennung ist

Sehr interessant sind die Vergünstigungen für die untersten Ränge der Partei- und Staatshierarchie, dort, wo die Bürokratie schon fast mit der Bauernschaft verschmilzt (oder wo es die Bauernschaft zur Bürokratie hinzieht). Diese Vergünstigungen und Privilegien betreffen die Führung einer Nebenwirtschaft.

Die Nutzung der Produktionsfonds der Wirtschaften, wo sie arbeiten, für die Bedürfnisse der eigenen Nebenwirtschaft, ist für die Spezialisten und Leitungsfunktionäre der Kolchose, Sowchose und Dorfsowjets eine ganz normale Angelegenheit.

Wenn man nicht unbedingt die Extreme vergleicht, z. B. den hohen Parteifunktionär einerseits und Aksinja Jegorowna mit der Familie Tjukin (aus dem Roman von Fjodor Abramow) andererseits, so kann man von einer mehr- oder minderprivilegierten Lage der verschiedenen Gesellschaftsschichten und sogar der verschiedenen geographischen Regionen sprechen. Wobei der Umfang der Privilegien von den politischen Aufgaben der Parteibürokratie abhängt...

Die herrschende Struktur setzt willkürlich Preise für die wichtigste Ware des ökonomischen Systems fest, die Arbeitskraft. Und sie bezahlt den Teil der Gesellschaft besser, von dem sie sich politische Unterstützung erhofft. Das ist eine überaus wichtige Erkenntnis für uns: Je bedeutender die Rolle der einen oder anderen gesellschaftlichen Gruppe bei der Unterstützung des Parteibürokratenstaates, umso weniger hängt deren Wohlstand von den Mißerfolgen und Erfolgen der Ökonomie ab.

Der Warenbestand in den Spezialverkaufsstellen hängt nicht von deren Produktionsniveau im Land insgesamt ab.

Und das Schicksal der herrschenden Struktur selbst hängt überhaupt nicht von der ökonomischen Situation im Lande ab. Die ökonomischen Mißerfolge in der einen oder anderen Wirtschaftszweig beeinflussen selten und nicht unbedingt die Karriere einiger weniger Beamter. In der Regel bekommen sie nur einen etwas kleineren Posten oder werden in die gleiche Funktion in einer anderen Organisation oder Stadt eingesetzt. Ihre Ablösung ist nichts anderes als ein Ritual, das entschlossenes Vorgehen im Reich der völligen ökonomischen Verantwortungslosigkeit vorzutauschen soll.

Niemand ist für etwas wirklich verantwortlich. Niemand weiß etwas, was über die Zahlen aus dem letzten Bericht, der an die übergeordnete Stelle ging, hinausgeht. Die Soziologen befragten Partei- und Wirtschaftsfunktionäre nach ihrer Meinung über die früheren und zukünftigen Veränderungen auf dem Land und stellten fest, daß „von 545 Äußerungen nur 15 eine allgemeine Einschätzung der früheren und zu erwartenden Veränderungen enthalten... Die geringe Zahl der allgemeinen Einschätzungen der Veränderungen auf dem Land lassen die Schlußfolgerung zu, daß die Leiter eher zur Analyse der konkreten Erscheinungen des Lebens auf dem Lande neigen als zur Erörterung von allgemeinen Problemen, die die Dimensionen der sozialökonomischen Veränderungen auf dem Lande, deren Tiefe und Bedeutung betreffen“. (Aus einem Artikel von R. Rywkina im Sammelband „Sibirisches Dorf heute“. Nowosibirsk 1975)

Sie verstehen nicht einmal, woher ihre Privilegien kommen, auf welche Weise die Lebensmittel in die Spezialverkaufsstellen gelangen, wer ihre funktionsgebundenen Vergünstigungen bezahlt. Sie kennen und verstehen die Gesellschaft nicht, die sie führen: neun von zehn Befragten sind z. B. der Meinung, daß sich in einigen Jahren die Nebenwirtschaften der Kolchosbauern auf ein Minimum reduzieren oder ganz wegfallen werden... Was werden sie dann aber essen? Darüber machen sie sich keine Gedanken. Sie wissen, daß sie, solange sie an der Macht sind, auch genug zu Essen haben werden...

Niemand ist für etwas verantwortlich. In den Ebenen des Schwarzmarktes, wo die Persönlichkeit eines Parteifunktionärs Ware ist, besteht die größte Nachfrage nicht nach dem Vermögen, ökonomische und politische Perspektiven zu analysieren,

nicht nach ökonomischem Talent und Initiative, sondern nach der Begabung unterwürfiger Ausführungstreue.

Derjenige, der das zum Verkauf bietet, braucht keinen Bankrott zu fürchten, egal wie die Lage auf dem anderen, dem wichtigsten Markt ist, wo Brot, Autos, Wohnungen und Arbeitskräfte zirkulieren. Selbst ein wirtschaftspolitischer Versager, der jedoch treu jeden Befehl ausführt, wird einen guten Stand bei der Obrigkeit haben: Wenn es notwendig ist, wird sich für ihn auch ein besserer Platz finden. Ein kluger Wirtschaftspolitiker jedoch, der dem System nicht loyal gesinnt ist, wird sich keinen Tag halten können... Oder anders, es wird zu einer offenen Konfrontation seiner Begabung mit dem existierenden Wirtschaftssystem kommen, in deren Ergebnis er unterliegen wird. Dann wird er nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Versager leben, sich damit abfinden.

Das sowjetische System ist eine Diktatur des Versagertums, eine Diktatur der Angst, die die Versager vor dem Talent empfinden. Diese Angst vor den offenen Marktbeziehungen, die Angst, auf dem Markt zu versagen – ein Gefühl, das uns allen gut bekannt sein sollte –, gerade diese Angst nährt in der ganzen Welt die sozialistischen Ideen. Bei uns hat diese siegreichende Angst schon Züge einer Staatlichkeit angenommen... Natürlich lassen sich

Die Diktatur des Versagertums hat Angst vor dem Talent, und diese Angst wird immer mehr zur staatlichen Ideologie

Versager nicht so leicht von Begabten unterscheiden. In jedem von uns steckt ein Teil sowohl des einen als auch des anderen. Wichtig ist, wer von den beiden mehr Überlebenschancen hat, mit wem man es in diesem Leben leichter hat. Die Zugehörigkeit zur herrschenden Struktur wird schon von Kindesbeinen an vorbestimmt. Nach Angaben von Soziologen der Volksbildung erfüllen gerade die Schüler, die keine Begabung in Mathematik, Philologie, Biologie und anderen Fachwissenschaften zeigen, am liebsten die Aufträge von Lehrern und Pionierleitern („beschäftigen sich mit gesellschaftlicher Arbeit“). Aus den Komsomolaktivisten macht man hörige Komsomolfunktionäre, und diese werden, wenn die Zeit gekommen ist, Parteifunktionäre, die dann das Schicksal ihrer ehemaligen Klassenkameraden lenken, die Begabung für Mathematik, Biologie und Wirtschaftspolitik zeigten...

Talent ist gezwungen, den Versagern zu dienen und nach deren Gesetzen zu leben. Wenn das Talent, um sich zu realisieren, ökonomischen Freiraum braucht, freie Initiative und Demokratie, so haben die Versager nichts, was sie realisieren könnten. Sie begnügen sich mit dem Schwarzmarkt, dem System der Verbote von Initiativen und der Diktatur der Parteifunktionäre.

Wie der Bauer, der sich mit Hilfe seiner Nebenwirtschaft ernährt, sich nicht um die Belange des Kolchos sorgen braucht, was er auch nicht tut, braucht sich auch der Parteifunktionär, der sich auf dem Schwarzmarkt der Posten ernährt, nicht um den Erfolg der gesamten Wirtschaft zu kümmern. Er hat seine „Nebenwirtschaft“, die funktionsabhängigen Privilegien und Vergünstigungen. Er braucht nicht darüber nachzudenken, womit handeln und wogegen tauschen. Seine Pflicht ist es, so viel wie möglich zum Vorteil des Staates beiseite zu bringen, der Staat wird sich dann schon um ihn kümmern. Er vergißt sich dabei selbst übrigens auch nicht...

Die Abgeschlossenheit, die Begrenztheit der gesellschaftlichen Interessen der Parteibürokratie in der Sphäre, wo funktionsgebundene Vergünstigungen nur im Austausch gegen Hörigkeit und Ergebenheit (und im Endeffekt im Austausch gegen das Vermögen, die Verbote zu beachten und alles Lebendige und Talentierte niederzutreten) gewährt werden und nicht von der Wirtschaftstätigkeit abhängen, ist die Stärke der herrschenden Struktur, jedoch eine akute Schwachstelle des Systems im ganzen.

Das feudale Gebaren der herrschenden Struktur, ihre ökonomische Verdorbenheit und Inkompetenz würden ständig die Möglichkeiten ab, die schon heute die maschinelle Großproduktion im Lande hat und die unter den Bedingungen relativ freier Marktbeziehungen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte einen kolossalen Impuls geben würden und den Volkswohlstand erheblich anheben könnten.

Minister im Exil

Unbekannte Seiten in der Geschichte der sowjetischen Aufklärung

Der ehemalige Minister der Provisorischen Regierung Sergej Tretjakow, der sich nach der Revolution in Paris aufhielt, nahm 1930 seine Arbeit für die sowjetische Aufklärung auf. Anfangs versuchte die Führung der OGPU, ihn im Prompartija-(Industrie-Partei) Prozeß zu benutzen. Später erhielt er einen überraschenden Auftrag aus Moskau.

ZWEITER TEIL

Am 25. November 1930 begannen in Moskau die Sitzungen der Sonderkammer des Obersten Gerichts der UdSSR im Fall Prompartija. Den Vorsitz führte Andrej Wyschinski. Die Anklage wurde von Nikolaj Krylenko vertreten. Alle 8 Angeklagten hatten sich bedingungslos schuldig bekannt.

Die Angeklagten malten ein grandioses Bild der wirtschaftlichen Zerstörung Sowjetrußlands durch „Schädlinge“ aus und boten Stalin damit ein bequemes Alibi, das für Jahrzehnte reichte.

Der Angeklagte Leonid Ramsin behauptete felsenfest, daß es Tretjakow war, der bei Zusammenkünften der führenden Männer von Prompartija und Torgprom (Handel und Industrie) in Paris den Plan für eine Intervention gegen die Sowjetunion vorgelegt hatte.

Der Schriftwechsel mit den in Rußland verbliebenen alten Bekannten Nolde und Susdalgew, den Tretjakow an die sowjetische Aufklärung weitergeleitet hatte, kam offenbar ganz gelegen. Bei der Sitzung am Abend des 1. Dezember läßt Wyschinski den Zeugen Alexander Nolde rufen. Der sagt aus, auf Anweisung von Torgprom Schädlingsarbeit in der Leinen-Industrie betrieben zu haben. Er nannte den Ingenieur Susdalgew, der bei der Finanzierung von Sabotageakten beteiligt gewesen sei.

Zur gleichen Zeit legte Sergej Tretjakow bei einer Zusammenkunft mit einem sowjetischen Aufklärer in Paris einen ausführlichen Bericht vor.

„Ich behaupte auch jetzt noch, daß ich persönlich niemanden von den Angeklagten im Fall Prompartija gesehen und keine Gespräche mit ihnen geführt habe.“

Ich habe alles Mögliche unternommen, um die Rolle der im Prompartija-Prozeß erwähnten Schädlinge aufzuklären.

P. Rjabuschinski hat Fedotow gesehen; Nobel oder eine ihm nahestehende Person hat Ramsin und Konowalow hat Kuprijanow gesehen. Denissow leugnet, mit Ramsin bekannt zu sein. Die Gespräche waren informativen Charakters und vom Standpunkt der Sowjetmacht natürlich schädlich. Trotzdem würde ich nicht behaupten, daß die auf Sabotage gerichtete Verschwörung solche grandiosen Ausmaße erreicht hat und daß die der Torgprom nahestehenden Personen und ihre führenden Leute Ramsin und anderen größere Summen gezahlt haben. Allerdings unterliegt es keinem Zweifel, daß Summen ausgezahlt worden und überwiegend über Nobel gegangen sind.

Es ist nicht klar, woher das Geld kam und ob die französische Regierung damit etwas zu tun hatte. Vom Augenblick der Torgprom-Gründung an, das

heißt ab 1920, kam das Geld vorwiegend von Denissow, der damals sehr reich war, später, nach dem Industrie-Kongreß 1921, von verschiedenen Personen, unter anderem auch von mir. Zu jener Zeit wurden Summen im großen Stil verausgabt. Auf jeden Fall erhielten zwischen 1920 und 1924 die Kosaken Bogajewski und Melgunow mindestens 500 000, Sawinkow etwa 200 000 und Kutepow mindestens 250 000 Franc.

Kontakte zur französischen Regierung bestehen seit längerem, seit die russische Emigration sich in Paris niedergelassen hat. Ich bestehe darauf, daß wir von der französischen Regierung in dieser Zeit kein Geld erhalten haben. Wir haben versucht, ein gemeinsames Aktionsprogramm mit der französischen

Regierung gegen die UdSSR aufzustellen, und die Verhandlungen zogen sich sehr lange hin. Gegen Ende 1923 oder Anfang 1924 wurde deutlich, daß Deutschland der Staat ist, der Sowjetrußland geographisch am nächsten von allen anderen steht und außerdem haben sich die Deutschen, insbesondere Ludendorff und Hoffmann, dafür verbürgt, schnell mit dem Bolschewismus in Rußland aufräumen zu wollen, sahen davon jedoch ab, weil es um die Beziehungen Deutschlands zum Westen absolut nicht zum besten stand. Es wurde beschlossen, den Deutschen eine Annäherung an Frankreich und einige Zugeständnisse anzubieten, damit sie in Rußland intervenieren. Der Plan war natürlich töricht, dennoch wurde ein



Sergej Tretjakow. Selbst ihm nahestehende Personen wußten nicht, daß er fast zehn Jahre für Moskau arbeitete

Versuch unternommen. Die Zusammenkunft mit Ludendorff land in Köln oder in Wiesbaden statt, verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre, brachte aber keine Ergebnisse.

In der Regierungszeit von Edouard Herriot, nach der Anerkennung der Sowjetmacht durch Frankreich also, hat es keine Kontakte gegeben, weil Torgprom niemanden hatte, mit dem sie diese hätte aufrechterhalten können. Nach dem Übergang der Regierung an Poincare veränderte sich die Lage, aber auch nicht sofort. Ich möchte mich mit der Behauptung zurückhalten, daß es 1928 Kontakte zur französischen Regierung und zum französischen Generalstab gegeben hat. Aus den Worten von Denissow kann man schließen, daß es solche gab, denn er hat mir gegenüber offen erklärt, daß er mehrfach persönlich mit Poincare zusammengetroffen sei und mit ihm Fragen der sogenannten wirtschaftlichen Intervention besprochen habe, die ihrer Tendenz nach international aufgezogen werden sollte. Von einer militärischen Intervention sei nicht die Rede gewesen. Auch Geld habe man abgelehnt.“

Daß Tretjakows Name bei dem Prozeß in Moskau fiel, hätte beinahe zu seiner Aufdeckung geführt.

Fortsetzung.
Anfang siehe Nr. 18

Bei ihrer Abendsitzung am 4. Dezember, nach Abschluß der gerichtlichen Ermittlungen, ging die Sonderkammer zur Anhörung der Plädoyers der Parteien über. Als erstem wurde dem staatlichen Ankläger das Wort erteilt.

Nach klassischen Regeln hätte Krylenko Beweise und Indizien für die Straftaten der Angeklagten analysieren müssen. Wie er wußte, registrierte man im Ausland mit Befremden, daß alle Angeklagten gestanden hätten, obwohl während des Prozesses kein einziger Beweis dafür vorgelegen habe! Die Anklage hatte kein einziges objektives Indiz in der Hand, nur Geständnisse.

– Was für Indizien kann es da denn noch geben? – fragt Krylenko rhetorisch. – Gibt es beispielsweise Dokumente? Ich habe danach gefragt. Wie sich herausstellt, sind Dokumente, da wo es sie gab, vernichtet worden. Natürlich sind solche Dokumente wie Briefe der Torgprom und ähnliches vernichtet worden. Ich habe gefragt: Vielleicht ist ja zufällig irgendein Dokument übriggeblieben? Es wäre vergeblich, darauf zu hoffen.“ Natürlich vernichtet ein Delinquent alle Indizien. Woher will man dann aber wissen, daß er ein Delinquent ist? Weil er verhaftet worden ist und gestanden hat, erklärt der Ankläger. Mir nichts dir nichts verhaftet die OGPU schon niemanden.

Der Vorsitzende und die Gerichtsbeisitzer waren mit der Logik des Anklägers völlig zufrieden.

Dann holt Krylenko seinen wichtigsten Trumpf aus dem Ärmel:

„Trotzdem sind nicht alle Dokumente vernichtet worden. In den Materialien, welche die Tätigkeit der Textil-Gruppe betreffen, gibt es Briefe von Tretjakow an Lopatin und von Lopatin an Tretjakow.“

Lopatin war 1927 gestorben, deshalb saß er nicht auf der Anklagebank. Bei den Prozessen aber wird er als einer der Hauptsaboteure genannt.

In Paris trafen Moskauer Zeitungen mit Verspätung ein. Am 11. Dezember brachte man Zeitungen mit Krylenkos Anklagerede in die UdSSR-Vertretung. Einer der dortigen Agentenführer, der sich mit Tretjakow befaßte, las eine dieser Zeitungen vor dem Schlafengehen. Als er auf die Sätze stieß, in denen von Tretjakows Briefen die Rede war, erlitt er beinahe einen Kälteschock, wie er sich in seiner verschlüsselten Mitteilung ausdrückte. Am nächsten Morgen schickte er folgenden Brief ans Zentrum:

„Da Sie beschlossen haben, daß Krylenko beim Prozeß so eine Erklärung abgibt, warum haben Sie es nicht für nötig befunden, uns zu warnen? Wenn man uns vorher in Kenntnis gesetzt hätte, wären wir vorbereitet gewesen und hätten alle Beziehungen zu ‚Iwanow‘ abbrechen können, da die Entscheidung des Zentrums nun einmal so lautete, oder, wenn das Zentrum trotz Krylenkos Erklärung nicht beabsichtigt

hätte, die Verbindungen zu ihm abzubrechen, hätten wir ‚Iwanow‘ immerhin noch selbst warnen können. Jetzt muß er der Torgprom erklären, wie sein Briefwechsel mit Lopatin in die Hände der OGPU gelangt ist.

Wenn man das allgemeine Mißtrauen der Emigration gegenüber allem und jedem in Rechnung stellt sowie den Umstand, daß diese Briefe die einzigen Dokumente sind, die bei diesem Prozeß angeführt wurden, unterliegt es keinem Zweifel, daß man auf Seiten der Emigranten bei den Beziehungen zu ihm mehr als vorsichtig sein wird.“

In der Folgezeit gingen sowjetische Aufklärer Kontakten mit Tretjakow aus dem Weg. In Emigrantenkreisen war jedoch keinerlei Aufregung über Krylenkos Erklärung zu verspüren. Der Verbindungsmann traf mit Tretjakow zusammen und erkundigte sich beiläufig, ob er Krylenkos Rede gelesen habe. Tretjakow schüttelte gleichgültig den Kopf. In Paris kam niemand auf die Idee, daß die OGPU die Briefe von Tretjakow erhalten habe. In Emigrantenkreisen vermutete man, daß ihre Korrespondenz nach Lopatins Tod konfisziert worden sei.

Der Prompartija-Prozeß ging zu Ende, und die Aufklärung hätte die normale Arbeit mit Tretjakow wiederaufnehmen können, wenn nicht zu diesem Zeitpunkt von der Berliner Agentur, wo ein großer Teil der Arbeit mit weißen Emigranten zusammenlief, eine überraschende Information in Paris eingegangen wäre:

„Infolge eines Hinweises von A/65 an A/67 konnte die Existenz eines sogenannten Sondersektors bei der Torgprom ausfindig gemacht werden. Die wichtigste Rolle in diesem Sektor spielt Sergej Tretjakow.

Der Sondersektor hat einen vereinigten Ausschuß gebildet, der im Zusammenhang mit dem Prompartija-Prozeß tätig ist.

Sammelberichte, die aus der Anklageschrift und aus Aussagen der Angeklagten zusammengestellt wurden, sind unverzüglich an die Torgprom weitergeleitet und den Franzosen übersandt worden (vor allem in die russische Abteilung des Ministeriums für Handel und Industrie, denn diese Abteilung gilt als Zentrum der wirtschaftlichen Sabotage).“

Das Zentrum fragte sofort in Paris an:

„Solche interessanten und detaillierten Angaben wie von A/67 haben wir von ‚Iwanow‘ nicht erhalten. Klären Sie, ob wirklich so ein Sondersektor existiert und ob ‚Iwanow‘ darin arbeitet.“

Einer von zwei Agenten hatte unrichtige Informationen geliefert. Wie sollte man das aber überprüfen?

Anfang Januar 1931 traf ein Pariser Agentenführer mit Tretjakow zusammen. Eine ausführliche Aufzeichnung ihres Gesprächs ist in Tretjakows Personalakte erhalten.

„Die Angaben von A/67 und ‚Iwanow‘ gehen in absolut allen Punkten auseinander.

Wer von den beiden war nun zuverlässig?

– Sie sagen, Sie hätten unwiderlegbare Anhaltspunkte über meine Arbeit bei der Torgprom, – sagte Tretjakow –, darauf kann ich nur sagen, daß Sie mir entweder glauben können oder nicht. Ich erkläre Ihnen absolut aufrichtig: Ich war noch nie vorher so sehr Ihr Mann, in jeder Beziehung, wie jetzt. Sie verweisen nicht zum erstenmal auf Angaben, die Sie für unwiderlegbar halten und deren Quelle mir nicht bekannt ist. Und jedes Mal habe ich kein Recht, an Ihren Worten zu zweifeln. Dennoch meine ich, daß Sie die Emigration und ihre Organisationen prinzipiell überschätzen. Von meiner Warte aus haben sie auch schon früher nichts Besonderes dargestellt und bei der gegenwärtigen politischen Lage in Europa sind sie bloß noch Asche. Unsere Lage ist mehr als erbärmlich.

Er legte eine Pause ein und sah sich um. Ich hörte ihm zu, ohne ihn zu unterbrechen.

– Was meine Arbeit angeht, ich melde Ihnen alles, was ich weiß. Ich habe noch nie etwas erfunden und werde auch nichts erfinden, denn ich halte diesen Weg für verhängnisvoll. Sie sind mein Auftraggeber und ich führe Ihre Aufträge aus. Unserer beider Pflichten kenne ich, wie Sie wissen, ganz genau. In dieser Funktion mache ich alles für Sie, was in meinen Kräften steht.

– Alles, was Sie da sagen, Sergej Nikolajewitsch –, sagte ich Tretjakow, ist wunderbar, aber ich möchte Sie um eine Illusion ärmer machen. Unsere Behörde glaubt nur Tatsachen.

Er faßte meine Bemerkung auf seine Art auf, denn auf einmal sagte er mit einem tragischen Unterton in der Stimme:

– Wissen Sie was, wenn Sie noch deutlichere Beweise meiner Ergebenheit brauchen, dann will ich jetzt sofort alles, was Sie mir diktieren, niederschreiben und unterzeichnen. Bitte sehr.

Mit diesen Worten holt er ein weißes Blatt Papier aus der Tasche und gibt es mir. Es enthält weiter nichts als seine Unterschrift.

– Nehmen Sie dieses Blatt als Beweis dafür, daß ich ganz und gar Ihr Mann bin. Sie können darauf schreiben, was Sie wollen.

Eine solche Wende hatte ich am wenigsten erwartet, und sie verfehlte auch nicht den nötigen Eindruck auf mich.

Ich neige inzwischen zu der Annahme, daß die Angaben, die wir von A/67 und A/15 erhalten haben, reine Erfindung sind.“

Diese Unterredung und besonders das unterschriebene Blancoformular mußten die Führung der Aufklärung beeindruckten. Tretjakow hatte damit bewiesen, daß er Moskau nur mitteilen wird, was er selbst ganz sicher wußte, daß er keine zweifelhaften Informationen liefern und keine Verwirrung stiften werde. Außerdem demonstrierte er seine aufrich-



Jakow Agranow. Seit Mai 1919 in der Tscheke. Wurde mit der Bildung des Volkskommissariats für Inneres 1934 1. stellvertretender Volkskommissar. Erschossen.



Wsewolod Balizki. Von 1931-1934 stellvertretender Chef der OGPU, später Volkskommissar für Inneres der Ukraine. Erschossen.



Georgi Prokofjew. Hatte führende Funktionen in der OGPU. Durch Anordnung des ZEK zum 2. stellvertretenden Volkskommissar für Inneres ernannt. Erschossen.



Genrich Jagoda. Ab 1924 stellvertretender Vorsitzender der OGPU, seit 1934 Volkskommissar für Inneres. Erschossen.



Nikolai Jeshow. Löste Jagoda auf diesem Posten ab. Volkskommissar bis Ende 1938. Erschossen.

tige Ergebnis für Sowjetrußland, indem er diesen Blancoscheck unterschrieb, denn damit hatte er alles riskiert, auch sein Leben. Seine Unterschrift hätte für den schönsten Skandal gereicht, denn Tretjakows Leumund in Frankreich war makellos. Die Haltung gegenüber Tretjakow verbesserte sich spürbar. In Moskau ist man der Meinung, daß seine Materialien ab Mitte 1931 immer interessanter werden. Da hatte ein führender Mann in der sowjetischen Aufklärung die Idee, deren Umsetzung aus Tretjakow einen der wertvollsten Informanten in Paris machte. Dieser kam, ohne mit seiner Überzeugung hausieren zu gehen, zu dem Ergebnis, daß die Torgprom wirklich kein Gegenstand gesteigerten Interesses sei. Einen echten und gefährlichen Gegner sah er im Russischen Soldatenbund (ROWS). Tretjakow öffnete der sowjetischen Aufklärung den Zugang zu den wichtigsten Geheimnissen des ROWS.

Seit Mitte der 20er Jahre waren die stärksten Kräfte der Auslandsabteilung der OGPU auf die Bekämpfung der weißen Emigration konzentriert. Der Bürgerkrieg war zu Ende, doch seine Logik bestimmte die Handlungen der ehemaligen Gegner immer noch. Sie sahen sich übrigens auch weiterhin als Gegner. Ein Frieden oder selbst ein Waffenstillstand wurde nicht geschlossen.

Der Russische Soldatenbund galt als permanenter Gefahrenherd. Sowjetische Agenten meldeten, daß die Führung des ROWS auch in den 30er Jahren nicht von ihrem strategischen Ziel, für den bewaffneten Angriff auf die Sowjetunion zu rüsten, abgerückt sei.

In Moskau ging man davon aus, daß im Falle eines Krieges in Europa der Gegner unbedingt die Regimenter der ehemaligen Freiwilligenarmee unter Führung alternder Generale unter seine Fahnen rufen würde, zumal diese ihre Strukturen auch in der Emigration beibehalten hatte. Die ehemaligen Offiziere fühlten sich weiterhin im Kriegsdienst, auch wenn sie schon längst auf Taxifahrer umgesattelt hatten. Einige von ihnen wurden nachgeschult und hatten Kampfeigenschaften der Roten Armee und die Lage in der UdSSR studiert.

In Moskau ging man davon aus, daß die Führung des ROWS und einiger anderer militanter Emigrantenorganisationen Terroraktionen innerhalb der Sowjetunion und gegen sowjetische Repräsentanten im Ausland durchführen würde.

Die sowjetische Aufklärung hat immer versucht, Personen anzuwerben, die Zugang zu den Geheimnissen des ROWS hatten, so daß durchaus hochrangige Mitarbeiter des Soldatenbunds zu ihren Agenten zählten. Im Sommer 1933 läßt die sowjetische Aufklärung in Paris eine ihrer erfolgreichsten Operationen anlaufen.

In all diesen Jahren lebte Sergej Tretjakow, der sich mit seiner Frau verkracht hatte, allein. Einem Mitarbeiter der sowjetischen Aufklärung war aufgefallen, daß der Familie Tretjakow ein Haus in der Rue du Colisee gehörte, wo auch der Stab des ROWS untergebracht war. Die Familie Tretjakow, das heißt, die Frau und ihre beiden Töchter, bewohnten den zweiten Stock. Der ROWS hatte das Erdgeschoß gemietet. Die Wohnung im ersten Stock hatte man vermietet, und hier sollte Tretjakow seinen Posten beziehen. Seine Zimmer würden sich dann direkt über den Arbeitszimmern der Soldatenbund-Generäle Miller und Schatilow befinden. Er sollte ein Abhörgerät installieren und alle Gespräche aufzeichnen, die in der Höhle des Löwen geführt wurden.

Man überredete Tretjakow, zu seiner Familie zurückzukehren, und finanzierte die Wohnungsrenovierung. Aus Moskau forderte man das „primitivste aber sensibelste Abhörgerät samt Gebrauchsanweisung“ an. Im Briefwechsel zwischen der Auslandsabteilung der OGPU und der Pariser Agentur hieß die Wanze „Petjka“.

Ihre Plazierung erwies sich als kompliziert genug, jedoch am 12. Januar 1934 startete der Dauerlauschangriff auf das Arbeitszimmer des Soldatenbundchefs Jewgeni Miller, der im Norden Rußlands einst weiße Truppen befehligt hatte.

Für Sergej Tretjakow brachen Jahre schwerster Arbeit an. Fast täglich verbrachte er mehrere Stunden mit aufgestülpten Kopfhörern und schrieb nieder, was er verstehen konnte. „Petjka“ war alles

andere als eine ideale Wanze, so daß die Arbeit mit ihm nach und nach zu einer Tortur wurde.

In Millers Arbeitszimmer wurden natürlich nicht dauernd Geheimverhandlungen geführt, die für die sowjetische Aufklärung von besonderem Wert waren, aber das Mosaik, das man aus Tretjakows Informationen zusammenstellen und durch andere Agenten überprüfen konnte, bot immerhin die Möglichkeit, sich über die Tätigkeit des ROWS ein hinreichend genaues Bild zu machen.

Regelmäßig rapportierte Tretjakow seinem Verbindungsmann:

„12. Januar: Ich schalte mich um 11 Uhr morgens ein. Das Gespräch ist schon im Gange, aber nur mit Mühe zu verstehen. Offenbar der Bericht irgendeines Franzosen. Dann geht man zu allgemeinen politischen Themen über. Miller fragt: ‚Wie steht es um unsere Angelegenheiten in Rußland?‘ Darauf folgt eine Einschätzung von Regierung und Roter Armee, auch über die Einheiten zur besonderen Verwendung wird gesprochen. ‚Wenn es nur irgendeinen Krieg gäbe, dann würde es besser gehen‘, sagt der Gast.“

„15. Januar. Bericht von Fürst Trubezkoi. Man spricht über die Enthüllungen von Wladimir Burzew in der letzten Nummer des ‚Obstscheje Delo‘, wo der ROWS aufgefordert wird, über die Summen Rechenschaft abzulegen, die für die Fahndung nach Kutepow gesammelt wurden. Burzews Angaben zufolge ist der Löwenanteil des Geldes in den Taschen der weißen Emigrantenchefs verschwunden.“

17. Januar. Ich schalte mich um 10 Uhr 40 ein, das Gespräch ist bereits im Gange. Orechow, den ich an seiner Stimme erkenne, berichtet über die Ereignisse in Deutschland. Miller (verärgert): ‚Was geht uns das Regime in Deutschland an? Uns interessiert nur, ob sie uns helfen, mit den Bolschewiken fertig zu werden oder nicht.“

„13. Februar. Schatilow zu Miller: ‚Im letzten Jahr haben wir bloß 18 Personen abgesetzt und konnten trotzdem keine Verbindung nach Moskau herstellen.“

Die letzte Mitteilung ist sehr wertvoll. Sie wird unverzüglich ans Zentrum weitergelei-

tet. Auch die Antwort erfolgt sofort: „Wir haben Ihre Post erhalten. Was die Unterredung zwischen Miller und Schatilow angeht, der zufolge 1933 18 Personen auf unserem Territorium abgesetzt worden sein sollen: Wir überprüfen das und unterrichten Sie mit der nächsten Post, wer von diesen 18 uns bekannt ist.“

Anfangs wurde die Abhöraktion als „Fall Maulwurf“ bezeichnet, dann umgetauft in „Gespräch um eine Taste“ und hieß dann schließlich „Information unserer Tage“. Im April 1934 meldet ein mit Tretjakow zusammenarbeitender Aufklärer dem Zentrum, daß die Agentur eine Information von solcher Genauigkeit nicht einmal von den Spitzenagenten erhält, die direkt innerhalb des ROWS arbeiten.

Die vor kurzem gegründete Hauptabteilung der Staatssicherheit des NKWD wollte vor allem an Informationen über die Aussetzung von Aufklärungs- und Terroristentrupps in der UdSSR herankommen: Aktionstaktiken, Aufgaben, Ziele und Einschleusmethoden. Als im Juli 1934 die Entsendung einer Gruppe von drei Personen über General Sholondkowski, den ROWS-Emissär in Rumänien, eingefädelt wurde, war das NKWD schon vorgewarnt. Auch die Arbeit von General Barbowitsch, der Personen von jugoslawischem Territorium einschleuste, konnte mit Tretjakows Hilfe fast vollständig enthüllt werden.

„28. Dezember. Ich schalte mich um 10 Uhr 05 ein. Bis 10 Uhr 35 ist alles ruhig, dann kommt Trubezkoi und erklärt, daß er zwei Briefe von Sholondkowski erhalten habe. Im ersten schreibt jener, daß zwischen dem 20. und 30. Dezember eine Vertrauensperson mit einem Empfehlungsschreiben in Paris eintreffen soll. Er bittet darum, dem Mann zu glauben und ihm sofort 24 000 Francs auszuzahlen. Im zweiten Brief teilt Sholondkowski mit, daß aus Rußland äußerst alarmierende Nachrichten eingetroffen seien. Es sehe so aus, daß die von Barbowitsch entsandten Personen stark gelitten hätten. Das mache ihm, Sholondkowski, große Sorgen und er bittet, ihm jetzt nicht zu schreiben, weil er seine Adresse ändern wolle. Sholondkowski ist der Meinung, daß die Lage sehr ernst, aber nicht hoffnungslos sei.“

„31. Dezember. Wie gewöhnlich. Um 11 Uhr 40 kommt Miller, Trubezkoi ist bei ihm. Zwischen den beiden entspinnt sich folgende Unterhaltung.

Miller: Also, ist er angekommen? Haben Sie ihn gesehen?

Trubezkoi: Ja, er ist angekommen. Ich habe ihn gesehen, und wir haben uns auf Französisch unterhalten. Er heißt Kern (vielleicht auch Stern). Ich habe ihm einen Scheck angeboten, aber er hat bloß gelacht und gesagt, daß Schecks für diese Tätigkeit ungeeignet seien.

Miller: Er hat recht. Wir müssen ihm Bargeld geben. Sie werden ihm das Geld selbst geben und nehmen seine Empfangsbestätigung auf einen fiktiven Namen an, Iwanow, Petrow oder irgend so etwas. Ich will nach Bukarest schreiben, weil die ganze Sache mich doch ziemlich mitnimmt. Mir gefällt nicht, daß in den Listen der Erschossenen auch unsere Leute auftauchen, die

wir nach Rußland geschickt haben. Wir stehen vor einer paradoxen Situation: Wir finanzieren uns unsere eigene formvollendete Niederlage. Wir können natürlich nichts daran ändern, sondern müssen zahlen, das verstehe ich recht gut.“

Als Miller eine Bekanntmachung der neuen Generation der Nationalunion sieht, in der diese zu Terroraktionen gegen führende Politiker in der UdSSR, vor allem gegen Kirow, aufruft, befiehlt er dem Chef der Gegenaufklärung im ROWS, Erdeli, sich unverzüglich von dieser Parole zu distanzieren. Im Hauptquartier des ROWS taucht ein schäumender Vertreter der Nationalunion auf und fordert eine Erklärung. Die Unterredung ist aufgezeichnet und nach Moskau weitergeleitet worden. Weil sie von großer operativer Bedeutung war, wurde auch die Führung des NKWD informiert.

„Streng geheim

NKWD-UdSSR

Hauptabteilung Staatssicherheit

Auslandsabteilung

Besondere Mitteilung an die Genossen Jagoda, Agranow, Prokofjew, Gai und an die Abteilung des NKWD im Gebiet Leningrad, Genosse Fjodorow.

Die Auslandsabteilung der Hauptabteilung Staatssicherheit hat Informationen darüber erhalten, daß General Miller vom Vorsitzenden der Pariser Filiale der neuen Generation der Nationalunion Paremski aufgesucht worden ist. Auf dessen Frage, warum der ROWS sich von dem Artikel „Wovor sie Angst haben“ in der Zeitung „Sa Rossija“ distanzieren, erklärte Miller, daß der ROWS angesichts der guten Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich gezwungen war, diese Erklärung abzugeben, sonst hätten dem ROWS große Unannehmlichkeiten gedroht, aber er persönlich und der ROWS teilten die Ansichten völlig, wie sie im Organ der neuen Generation der Nationalunion ausgesprochen worden seien.

Miller sagte, man müsse vorsichtig sein, denn wenn die sowjetische Regierung darauf bestehe, müßten militante antibolschewistische Organisationen geschlossen werden, und das würde dem Kampf gegen die UdSSR großen Schaden zufügen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs fragt Paremski Miller, ob jener eine Vertrauensperson in Finnland habe, der man übertragen könne, Broschüren nach Leningrad zu liefern. Miller nannte General Dobrowolski.

Stellvertretender Leiter der Auslandsabteilung der Hauptabteilung Staatssicherheit des NKWD.“

Die Pariser Residentur war sehr zufrieden mit ihrem Agenten, der wieder zu seiner Höchstform aufgelaufen war.

„Zentrale

Wir halten es für erforderlich, auf die von „Iwanow“ gezeigte Arbeitsmoral und Arbeitsqualität hinzuweisen. In der Nacht zum 23. November ist er schwer erkrankt, trotzdem hat er ungeachtet seines äußerst

schlechten Gesundheitszustandes seine Aufzeichnungen fortgesetzt.“

„Paris

Für seine gewissenhafte und ergebene Arbeit zahlen Sie „Iwanow“ eine Unterstützung für seine Genesung aus. Ihren Umfang setzen Sie selbst fest, er sollte jedoch ein Monatsgehalt nicht übersteigen.“

„Zentrale

Ich habe „Iwanow“ für seine gewissenhafte Arbeit mit einer Summe von 2000 Franc belohnt. Er arbeitet erstaunlich gut und aufmerksam, nicht aus Angst, sondern weil es ihm eine Ehrensache ist.“

Die einander ablösenden Mitarbeiter im zentralen Apparat der sowjetischen Aufklärung folgten den Anweisungen der Vorgesetzten und legten der Personalakte von „Iwanow“ Kopien von Berichten und Briefen Sergej Iwanows sowie chiffrierte Mitteilungen von Residentur und Zentrale bei, die auf seine Arbeit Bezug nahmen. Dabei handelt es sich um reine Geschäftspapiere, die zum Ausdruck bringen, wie die Kadersituation im NKWD sich von Jahr zu Jahr ändert, dabei aber immer trockener und genormter klingen. Wenn man die formell abgefaßten Mitteilungen liest, ist es nicht leicht, sich vorzustellen, was in dem ehemaligen Großindustriellen und Minister einer Großmacht vorging, während er Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr sich allmorgendlich in seinem Arbeitszimmer einschließt, um seine Kopfhörer aufzusetzen und zu lauschen, worüber sich ein Stockwerk tiefer seine ehemaligen Gesinnungsfreunde unterhalten. Sie waren gemeinsam aus Rußland geflohen, hatten gemeinsam den Kampf gegen die Sowjetmacht aufgenommen und standen jetzt aber doch auf verschiedenen Seiten der Barrikade.

„Professor Saizew, führendes Mitglied des ROWS, reist, nachdem er die Tschechoslowakei und Deutschland aufgesucht hat, in den Fernen Osten ab.“

General Miller hat von seinem Vertreter Ern aus Paraguay einen Brief erhalten, in dem jener schreibt, daß die Übersiedlung von weißen Emigranten zur ständigen Wohnsitznahme in Paraguay mit einem Skandal geendet hätte.

Ern schreibt, daß ein japanischer Vertreter nach Paraguay gekommen sei und der dortigen Regierung angeboten habe, alle russischen Emigranten aus Paraguay in den Fernen Osten zu überführen. Die Verhandlungen mit den Behörden sind noch nicht abgeschlossen.“

Mitte der 30er Jahre war ein Abhörgerät etwas relativ Neues und deshalb konnte, obwohl der ROWS über eine eigene Gegenaufklärung verfügte, keine Rede davon sein, verborgene Mikrophone aufzuspüren. Tretjakow hätte also in Ruhe weitermachen können, aber in der Arbeit von Geheimdiensten birgt jeder Zufall die Gefahr der Entdeckung in sich. Alle Unwägbarkeiten vorherzusehen ist nicht möglich.

Leonid Mietschin

(Schluß folgt)



Erstmals wurde in der Geschichte der DDR eine Frau zur Präsidentin der Volkskammer gewählt. Die 44-jährige Dr. med. Sabine Bergmann-Pohl wird provisorisch auch die Funktion des Staatspräsidenten ausüben.

Die neue Parlamentspräsidentin ist Fachärztin für Lungenerkrankungen. Fünf Jahre lang leitete Frau Bergmann-Pohl die Bezirksverwaltung für Lungenerkrankungen und Tuberkulose in Berlin.

Die politische Karriere von Sabine Bergmann-Pohl begann 1961, als sie Mitglied der CDU wurde. Zwei Gründe gaben dafür den Ausschlag: religiöse Überzeugungen und die Weigerung, Mitglied der SED zu werden. Frau Bergmann-Pohl gehört dem CDU-Landesvorstand Berlin an.

Als erste und vorrangige Schritte betrachtet sie die Formierung eines handlungsfähigen Kabinetts und die Belebung der Wirtschaft, um den Menschen den Glauben an die Zukunft wiederzugeben. Die neue Volkskammerpräsidentin sagte: „Ich hoffe, daß ich es schaffe, ... daß wir zu einem gemeinsamen deutschen Volk zusammenwachsen. Es geht um Harmonie, Vertrauen und Zusammenarbeit.“

Sie äußerte ihr Mitgefühl für die Opfer des Stalin-Terrors in der DDR, die im geteilten Deutschland zu Leiden und Verzicht verurteilt waren. An die Abgeordneten gewandt sagte sie: „Das arme Pflänzchen Demokratie, das mehr als

50 Jahre überwinterter, ist uns nun anvertraut. Tragen wir mit unserer Arbeit den Frühling in das Land. ... Im übrigen verlasse ich mich da auch ein bißchen auf Gottes Hilfe.“

Als unsere Zeitschrift im Oktober vorigen Jahres unter der Überschrift „Wie viele vergessene Gräber“ den Brief des Orientalisten Alexej Kiritschenko veröffentlichte, ahnte die Redaktion nicht, was das für Folgen haben konnte. Erstmals wurde in der sowjetischen Presse das den meisten Lesern unbekannte Problem der Soldaten und Offiziere der kaiserlichen japanischen Armee angesprochen worden, die 1945 im Gebiet der Mandschurei und in Korea in Gefangenschaft gerieten und nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Von den 600 000 Gefangenen, meint Kiritschenko, ist etwa jeder Zehnte in der Sowjetunion



gestorben und hier begraben worden. Ihren Angehörigen wurde bisher jedoch nur die Genehmigung erteilt, 24 Friedhöfe zu besuchen, wo etwa 4000 Japaner begraben sind. „Lange Zeit ignorierte man dieses Problem, als würde es nicht existieren“, schrieb Kiritschenko, „dabei hat es in Japan nichts von seiner Aktualität eingebüßt, und es ist meiner Meinung nach ein viel ernsthafteres Problem als das der ‚nördlichen Territorien‘, weil es viele Men-

schen berührt, wenn man dazu noch das besondere Verhältnis und die Achtung der Japaner gegenüber ihren Vorfahren berücksichtigt.“

Die Veröffentlichung in der NZ löste in Japan einen Sturm der Emotionen aus, dessen Folge es war, daß der Präsident der Japanischen Assoziation ehemaliger Kriegsgefangener Dr. Rokuro Saito einen Brief an unsere Redaktion schrieb und Kiritschenko eine Einladung nach Japan erhielt, wo man ihn, Presseberichten zufolge, wie einen Nationalhelden empfing.

J. Assejan

Wer der ehemaligen Führer der Tschechoslowakei ist persönlich für den Einmarsch der Truppen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages 1968 verantwortlich? Eine Antwort auf diese Frage soll eine kürzlich von der Gene-



ralstaatsanwaltschaft der CSFR eingeleitete Untersuchung geben. Dabei soll auch Vasil Bilak vernommen werden. Bis vor kurzem war er für Ideologie und internationale Beziehungen verantwortlich. Er galt als die Nummer 2 in der Hierarchie des ZK der KPTsch. Man nannte ihn den „tschechoslowakischen Suslow“.

Bilak begann als Sekretär einer Kreisleitung der KP in der Slowakei ab. Als Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch gehörte Bilak zum Kreis der Auserwählten, die an allen wichtigen Verhandlungen mit Vertretern der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages in Dresden, Moskau, Budapest und Cierna nad Tisou teilnahmen... Es wird angenommen, daß er zu jenen tschechoslowakischen Parteifunktionären gehörte, die sich in geheimen Besprechungen mit der sowjetischen Führung für den Truppeneinmarsch der Verbündeten in die CSSR aussprachen. Bislang haben die Nachforschungen noch keine schriftlichen Zeugnisse zutage gefördert. Ob es sie überhaupt gegeben hat?

Eine Woche nach dem Einmarsch der Truppen in Prag sagte Bilak vor Journalisten, man hätte derartige Aktionen verhindern können. Vielleicht kann die Untersuchung feststel-

Oberhaupt der olympischen Bewegung

Weder die früheren IOC-Präsidenten Avery Brundage und Michael Morris Killanin, die mehrmals Moskau besuchten, noch das derzeitige Oberhaupt des Internationalen Olympischen Komitees Juan Antonio Samaranch, der drei Jahre als Botschafter Spaniens in Moskau weilte, hatten beim Durchsetzen der Selbständigkeit des NOK der UdSSR Erfolg.

Vielleicht wird Samaranch mehr Glück haben als seine Vorgänger, und das Nationale Olympische Komitee der UdSSR hört in nächster Zukunft auf, nur eine von oben gelenkte Abteilung des Staatlichen Sportkomitees zu sein, wie es fast 40 Jahre seit seiner Gründung 1951 der Fall war. Diese Aufgabe, das NOK in Übereinstimmung mit der Olympischen Charta in eine wirklich souveräne, vor allem aber aktive und nützliche Organisation zu verwandeln, die in der Lage ist, einen eigenen Beitrag zum Massensport und zur olympischen Bewegung zu leisten, hat sich der am 19. April gewählte neue Vorsitzende des Olympischen Komitees der UdSSR Vitali Smirnow gestellt. Der 56-jährige ist seit 30 Jahren Mitglied dieser Organisation. 1971 wurde er in das IOC gewählt und war sein erster Vizepräsident. Seit 1974 arbeitet er in seiner Exekutive. Als professioneller Sportfunktionär und als erster stellvertretender Vorsitzender des Organisationskomitees war Smirnow eine Schlüsselfigur bei der Moskauer Olympiade. Jetzt leitet er das Staatliche Sportkomitee der RSFSR. Experten der olympischen Bewegung meinen, daß die Wahl eines Mannes zum Vorsitzenden des sowjetischen Olympiakomitees, der über eine stabile internationale Autorität im Weltsport verfügt, der richtige Weg zum Ausbau der Beziehungen zwischen der internationalen olympischen Bewegung und den Sportorganisationen der Unionsrepubliken, Regionen und Gebiete unseres Landes ist.



len, ob seine Erklärung von damals aufrichtig war.



Der neue Moskauer Stadtsowjet hat sich bereits konstituiert, der Wahlkampf geht jedoch weiter. Noch sind 35 Mandate zu besetzen. Zu denen, die sich darum bewerben, gehört die parteilose Dokumentarfilmerin Jolana Mamontowa, die sich als Vertreterin des Blocks „Demokratisches Rußland“ zur Wahl nominieren ließ. Seit fast 20 Jahren arbeitet sie im Zentralen Dokumentarfilmstudio, wo sie die Arbeit organisiert. Gegenwärtig arbeitet sie zusammen mit ihren Kollegen an der Produktion von zwei aktuellen Streifen „Wahl der Position“ (über den Volksdeputierten Juri Afanasjew) und „Metamorphose oder Blick aus dem Gefängnis“ (über den aufsehenerregenden Fall Tschurbanow). Ihre zwölfjährige Tochter Natascha lernt Violine in einer Musikschule. Vielleicht steht deshalb die Forderung nach Entideologisierung von Bildung und Erziehung sowie die Ausarbeitung eines speziellen Programms „Moskau und seine Kinder“ an erster Stelle in ihrem Wahlkampfprogramm.

1989 flog der Harvard-Ökonomieprofessor Jeffrey Sachs (USA) zwölfmal nach Polen, fünfmal nach Bolivien, war mehrmals in Argentinien, Brasilien,

Mexiko, Ekuador, Peru, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. Überall erteilt er Ratschläge, wie sich Krisensituationen in der Wirtschaft überwinden lassen. Im Frühling dieses Jahres will er der Inflation in Polen ein Ende setzen. Die Solidarnosc war schon immer von Sachs begeistert. Jetzt, da sie an der Macht ist, bietet sie ihm die Möglichkeit, seine Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.



Die Einmaligkeit des Talents von Professor Sachs besteht darin, daß er schnell das Wesen eines Problems erfaßt und die für den jeweiligen Ort zum jeweiligen Zeitpunkt optimale Lösungsvarianten vorschlägt. Sein Stern ging 1985 auf, als er auf Bitten der bolivianischen Regierung einen Plan zur Überwindung der chaotischen Wirtschaftslage ausarbeitete. Allein die Inflation belief sich auf jährlich

24 000 Prozent. Sachs verschrieb die Ärznelohnkürzungen und drastische Einschränkung der Staatsausgaben. Die Regierung befolgte seine harten Ratschläge. Ergebnis der Therapie: Bolivien konnte ab 1987 die Inflation auf 15 Prozent jährlich drücken und hofft, in Kürze auch seine Auslandsschulden zu begleichen, die noch kürzlich 140 Prozent des nationalen Bruttoprodukts ausmachten.

Sachs' Interesse für die Ökonomie erwachte bei einer Reise in die DDR, als er noch Student war. Sieben Tage lang verbrachte er dort bei einem Brieffreund, der ihn die ganze Zeit von den Vorzügen des Sozialismus und den schrecklichen Nachteilen des Kapitalismus zu überzeugen versuchte. Sachs hatte zwar schon früher etwas von Marx gehört, nun jedoch entschloß er sich, dessen Werke zu studieren. Nachdem er sich den Kopf über den für das freie Unternehmertum unannehmbaren Marx'schen Theorien zerbrochen hatte, legte Sachs sie zur Seite und begann mit dem Studium der Ansichten anderer Wirtschaftswissenschaftler. Er begeisterte sich für Ökonomie und machte beim Studium große Fortschritte. Er war der Drittbeste unter den 1650 Absolventen der Harvard University von 1976. Auch in der Lehre war er sehr erfolgreich und wurde schon mit 29 Jahren Professor.

Nun verbringt Sachs mehr Zeit in Flugzeugen als in der eigenen Universität. Die meiste Aufmerksamkeit widmet er gegenwärtig Polen. Er meint, es sei das Gefährlichste, eine gemischte Plan-Markt-Wirtschaft zu schaffen. Das würde jede Entwicklung des Landes blockieren. Er berät die Regierung Mazowiecki, wie diese Variante zu verhindern sei.

N. Smimowa

Ein Mann, für den es keine Geheimnisse gibt

Vor zwanzig Jahren schrieb sich der Leiter der Abteilung für soziale Alltagsprobleme der „Literaturnaja gaseta“ Anatoli Rubinow hundert Briefe, die er in verschiedene Briefkästen der Hauptstadt einwarf. Einige Wochen später erfuhren die Leser der „LG“, daß die fortschrittliche sowjetische Post mit ihrer „gediegenen technischen Ausstattung“ die Briefe langsamer befördert als zuzeiten von Lew Tolstoi. Anatoli Rubinow wiederholte sein Postexperiment sechsmal. In diesen zwanzig Jahren hat die Post, die ständig große Erfolge zu vermelden hat, einen Weg ins Mittelalter zurückgelegt, da ein Brief in eine nahegelegene Stadt bis zu sechs Wochen unterwegs ist.



Seit fast einem Vierteljahrhundert kämpft Anatoli Rubinow auf den Seiten der „LG“ darum, daß unser Leben ein wenig besser wird. Er hindert das Fernmeldeministerium daran, Zeittarife für die Telefonbenutzung einzuführen. Er versucht, für uns möglich zu machen, im nötigen Augenblick ein Taxi anzuhalten oder den Krankenwagen zu erwarten, solange dem Patienten noch geholfen werden kann. Er versucht, uns vor Vergiftungen durch Wurst zu bewahren, die aus irgendwelchem Schund gemacht wird, oder daß einer die ihm zustehende Wohnung auch bekommt, die das örtliche Exekutivkomitee einem der „eigenen“ zuschanzen will. Man kann nicht sagen, Anatoli Rubinow wäre sehr erfolgreich. Wer sich an seinen Beitrag über Käse erinnert, wird jetzt laut seufzen, denn Käse ist inzwischen völlig von den Ladentischen verschwunden. Es hat sich in unserem Alltag fast nichts geändert, jedenfalls nicht zum Besseren. Also waren die 25 Jahre umsonst? Aber nein! Wer weiß, womit uns die Behörden noch alles gequält hätten, würden sie sich nicht vor Anatoli Rubinow fürchten. Ihm ist es zu verdanken, daß das „ukrainische Postexperiment“ abgeblasen wurde, das man auf die ganze Union auszudehnen gedachte: Man wollte die Postboten abschaffen, jeder sollte sich seine Zeitungen und Korrespondenzen selbst abholen.

Doch darum geht es nicht allein. Der Begründer der Rubrik „Wenn ich Direktor wäre...“ Anatoli Rubinow und die „LG“ haben den Lesern dabei geholfen, staatsbürgerliche Souveränität zu erlangen, um ihre Rechte zu kämpfen, sich nicht vor den Inhabern schwarzer „Wolgas“ und weitläufiger Dienstzimmer mit Regierungstelefonen zu fürchten.

Wonach strebt „Aprel“?

Neue Schriftstellerassoziation gegründet

Andrej Nujkin:

Ich sehe „Aprel“ („April“) als ideologischen und geistigen Verband von Menschen, die sich ernsthaft und uneigennützig um die Geschichte des Landes und der Gesellschaft sowie seine geistige Hygiene sorgen. Diese Leute haben begriffen, daß man sich nicht von einer Gesellschaft isolieren darf, die so schrecklich krank ist.

Die Situation auf diesem Gebiet ist katastrophal. Im Unterschied zum ökonomischen Bereich ist sie jedoch mit bloßem Auge nicht zu erkennen. Wenn die Menschen kein Gewissen haben, spüren sie das nicht, führen sogar ein ruhigeres Leben.

Bei uns wurde das gesamte Wertesystem auf den Kopf gestellt, jene Skala also, an der normale Menschen unter den schwierigsten Bedingungen des Lebens ihre Handlungen maßen, sie als gut oder böse einschätzten. In diesem Bereich kam es zu fantastischen Verzerrungen! Arbeitsame Menschen werden für ihre Initiative bestraft. Schurken genießen hohes Ansehen. Korrupte Funktionäre werden beneidet... Der Begriff Ehre wurde befleckt, die Würde gänzlich in den Schmutz getreten. Und das erfolgte in allen Schichten der Gesellschaft, von den obersten Machthabern bis hin zu den Obdachlosen. Vielleicht sieht es diesbezüglich bei den Obdachlosen noch besser aus, weil einige von ihnen zu Parias wurden, um ihre Würde zu bewahren.

Will man die Gründe für unseren moralischen Verfall finden, muß man sich immer wieder der Stalinzeit zuwenden. Karamsin sagte einst, daß der Geist des Denunziantentums, der Herzlosigkeit und Grausamkeit, den Iwan der Schreckliche in der Gesellschaft säte, aufgegangen ist und sich noch viele Generationen später bemerkbar macht. Stalin säte noch mehr Böses und Unmoralisches, und mit dieser „Ernte“ müssen nicht nur wir, sondern auch noch unsere Nachfahren fertig werden.

Wir müssen uns auch über die Rolle des Heiligen, im atheistischen Sinne dieses Wortes, in der menschlichen Seele Gedanken machen. Es muß analysiert werden, wie der Mensch zerstört wurde, als man ihn Idealen unterordnete, die sich letztlich als falsch und heuchlerisch erwiesen. Es ist wichtig zu begreifen, wie die öffentliche Meinung zerstört werden konnte, jener Mechanismus, mit dessen Hilfe die Gesellschaft ihre moralischen Werte bewahrt.

Da das in unserer konfliktreichen Zeit

nicht einfach ist, sind organisatorische Weisheit und Solidarität gefragt. Nur so sind wir den Schlägen gewachsen, die jetzt von allen Seiten kommen und nicht nur auf „Aprel“ abzielen, sondern vor allem auf die geistige Erneuerung und Läuterung der Gesellschaft. Wir müssen die Mitglieder der Gesellschaft „Aprel“ schützen, die an der Peripherie leben. Damit sind nicht nur Schriftsteller gemeint, sondern alle, die uns geistig nahe stehen, denn wir wollen uns nicht auf den beschränkten Kreis der Inhaber von Mitgliedsbüchern des Schriftstellerverbandes beschränken.

Der Gründungskongreß von „Aprel“ ist nur der Anfang dieses Weges.

Michail Schatrow:

Die Bewegung „Aprel“ muß im Zusammenhang mit den Veränderungen betrachtet werden, die im April 1985 begannen. Wenn man vom lebendigen Schöpfungstum der Massen spricht, dann ist „Aprel“ die lebendige Kreativität vieler Schriftsteller, die ihrem Bündnis nicht jenen offiziellen Charakter verleihen wollen, der für den Schriftstellerverband typisch ist. Sie wollen kein Literaturministerium haben, sondern eine Organisation schaffen, die eine Interessengemeinschaft, eine Vereinigung von Menschen aufgrund ihrer ideologischen und schöpferischen Positionen darstellt.

Leider haben sich sowohl in der Partei als auch in den Künstlerverbänden Leute unter einem Dach zusammengefunden, die entgegengesetzte ideologische Positionen vertreten und die Aufgaben, vor denen das Land steht, aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Dabei geht es nicht um die Taktik, wie dieses oder jenes Ziel erreicht werden soll (hier ist Pluralismus gefragt), sondern natürlich um die Strategie. In der Gesellschaft „Aprel“ haben sich Schriftsteller zusammengefunden, die die demokratischen Veränderungen verteidigen. Sie alle sind sehr unterschiedlich und streiten oft miteinander, aber alle sind sich darin einig: Wir brauchen ein völlig anderes Land, das seiner großen Vergangenheit würdig ist, all dessen, was die Humanisten Rußlands, die Kulturschaffenden aller Völker, die heute zur UdSSR gehören, im 19. Jahrhundert geleistet haben.

„Aprel“ ist eine von vielen Organisationen, die im Rahmen des Schriftstellerverbandes existieren wird. Die Beziehungen zwischen ihnen sollen jedoch nicht in Beschimpfungen ausarten. Man muß seine Positionen nicht mit Beleidigungen verteidigen, sondern mit seinen Büchern.

Amnesty International kämpft für die Freilassung von Gewissenshäftlingen und setzt sich für ein gerechtes und schnelles Verfahren für alle politischen Häftlinge ein. AI ist gegen Todesstrafe und Foltern.

Jahrelang haben sowjetische Justizorgane Amnesty International bekämpft. Bis 1988 kamen immer noch Artikel und Bücher heraus, die „Verbindungen“ dieser Organisation zur CIA nachwiesen. Im März 1989 jedoch weilte zum ersten Mal eine Amnesty-Delegation in Moskau, wo Mitte der 70er Jahre ihre Sektion, kaum gegründet, zu existieren aufhörte, weil ihre Mitglieder verhaftet worden waren. AI-Generalsekretär Ian Martin war in unserer Redaktion und gab uns ein Interview. Im April dieses Jahres besuchte er uns zum zweiten Mal. Anlaß war der bei „Progress“ erscheinende Bericht von Amnesty International „Wenn der Staat mordet – Todesstrafe gegen Menschenrechte“. Es enthält auch einen Abschnitt über die UdSSR. Die AI-Leitung plant, ihre Repräsentanten demnächst in die UdSSR zu schicken, um zu prüfen, ob sich hier eine Sektion der Amnesty International gründen läßt.

Wieder ist Ian Martin, ein beharrlicher NZ-Leser, in unserer Redaktion. Wir unterhalten uns darüber, warum die sowjetische Presse, nachdem sie sich in den ersten Jahren der Perestroika vernehmlich für die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt hatte, sich jetzt darüber ausschweigt. Sind wachsende Kriminalität und soziale Instabilität nicht der richtige Rahmen für humanistische Appelle?

In Zeiten des Umbruchs – sagt Ian Martin – sind Gefühle der Schutzlosigkeit und der Angst ganz natürlich. Auf diejenigen, die die Todesstrafe für ein geeignetes Mittel der Abschreckung halten, welches die Verbrechenrate senken hilft, wird jetzt wieder mehr gehört. Aber gerade wenn die Gesellschaft von Emotionen überrollt wird, ist es besonders wichtig, daß niemand diese entsetzliche Waffe, die Todesstrafe, in der Hand hat. In so einer Situation ist die Wahrscheinlichkeit eines irrtümlichen Gebrauchs oder eines Mißbrauchs der Todesstrafe als Institution besonders gegeben. Die Hinrichtung ist die einzige nicht wiedergutzumachende Strafe. Viele haben sich gewundert, daß Amnesty die Erschießung von Nicolae Ceausescu verurteilt hat. Natürlich hat er vielfach in verbrecherischer Weise gegen Menschenrechte verstoßen, und wir rufen immer dazu auf, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Amnesty International ist aber immer und unbedingt für ein gerechtes Verfahren. Ceausescu ist so schnell hingerichtet worden, daß wir nicht einmal mehr Einspruch erheben konnten. Wie das Urteil auch immer ausfallen mag, es darf kein Todesurteil sein.

Rumänien hat seitdem auf die Todesstrafe verzichtet. In der DDR wurde sie schon 1987 abgeschafft. In Ungarn und in

Amnesty International in der UdSSR

Über 100 Sowjetbürger sind bereits Mitglied dieser früher bei der Obrigkeit unbeliebten Menschenrechtsorganisation

der Tschechoslowakei wird seit 1989 niemand mehr hingerichtet, so daß man die Höchststrafe nun auch de jure abschaffen will. In Polen hat es seit 1988 keine Hinrichtungen mehr gegeben, und die Einführung eines Moratoriums ist im Gespräch. In Jugoslawien ist beabsichtigt, die Todesstrafe 1991 aus dem Strafregister zu entfernen. Und in der UdSSR? Im Dezember 1988 wurde der Entwurf einer neuen Strafgesetzgebung veröffentlicht. Es war vorgesehen, die Zahl der Verbrechen, auf die in Friedenszeiten die Todesstrafe steht, von 18 auf 6 zu reduzieren. Die Prüfung dieses Entwurfs schiebt der Oberste Sowjet der UdSSR nun schon seit einem Jahr vor sich her. Zumindest ein Moratorium über die Verhängung der Todesstrafe bei den zu streichenden 12 Straftatbeständen hätte man erwarten können, solange, bis der Gesetzgeber sein letztes Wort gesagt hat. Aber nicht einmal das ist erfolgt.

Angaben zufolge, die in Ihre Zeitungen gelangt sind – sagt Ian Martin – wurden seit Veröffentlichung dieses Entwurfs 31 Todesurteile verhängt. Davon 4 gegen Frauen, 2 gegen Männer über 60, in einem Fall wegen Raubes, Urteile, die, wäre das neue Gesetz bereits in Kraft, nicht mehr möglich gewesen wären. 1989 wurden 5 Hinrichtungen gemeldet. Wir vermuten, daß weitere 4 stattgefunden haben, allerdings sind das Schätzungen, denn die genauen Zahlen sind uns nicht zugänglich. Ich habe mit vielen sowjetischen Offiziellen gesprochen, und noch keiner von ihnen hat gesagt, daß die Statistik über Todesurteile und Hinrichtungen geheimgehalten werden müsse. Deshalb hoffe ich, daß die Geheimhaltung dieser Zahlen demnächst aufgehoben wird.

Die Statistik der Todesurteile und Hinrichtungen wurde 1934 in der UdSSR aus, wie ich meine, naheliegenden Gründen unzugänglich gemacht. Müssen unsere Rechtsorgane dieses stalinistische Erbe heute eigentlich immer noch pflegen?

Aus Informationsbulletins der Amnesty International erfuhr ich, daß diese Organisation sich für 50 Sowjetbürger einsetzt, die wegen ihrer Gewissensentscheidung eingesperrt werden. Die Hälfte von ihnen sind Personen, die aus prinzipiellen Gründen den Wehrdienst verweigern und dafür bestraft werden. Acht Personen sind zwangsweise in psy-

chiatrische Anstalten eingeliefert worden. Mit solchen Statistiken muß man immer vorsichtig umgehen und dabei verschiedene Kriterien und Ansätze berücksichtigen. Richard Schifter, Assistent des Außenministers der USA für Menschenrechte, nimmt beispielsweise an, daß es in der UdSSR 25 Gewissenshäftlinge gibt, während die Moskauer Helsinki-Gruppe weitaus höhere Zahlen nennt. Für meine Begriffe sollten diese Angaben nicht als der Weisheit letzter Schluß und auch nicht als Nestbeschmutzung angesehen werden, sondern als Aufforderung, diese Fälle genau zu analysieren und gegebenenfalls auch zu revidieren. Zum Glück wissen wir jetzt, was das KGB, das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft in früheren Jahren alles angereichtert haben, so daß es sich möglicherweise gar nicht mehr lohnt, nunmehr wissentlich zehn Jahre alte Urteile zu verteidigen, über die sich Menschenrechtler in aller Welt aufregen.

Unseren Informationen zufolge – berichtet Ian Martin – gibt es mehrere Personen, die ungerechte Strafen noch aus der Zeit vor der Perestroika verbüßen. Das widerspricht der neuen Situation in Ihrem Land. Damals hatte man ihnen Landesverrat oder den Versuch, die UdSSR illegal zu verlassen, vorgeworfen. Es gibt Fälle, da hinter einem kriminellen Tatbestand eindeutig politische Fälle verborgen werden. Es gibt nicht allzu viele

von diesen Leuten, ich nenne hier nur Bogdan Klymetschak, Alexander Goldowitsch, Boris Bolotow. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Mstislaw Wink seit 1979 in einer psychiatrischen Anstalt festgehalten wird.

Es gibt jedoch auch neuere Fälle, die zu Sorge und, ehrlich gesagt, auch zu Verwunderung Anlaß geben. Im März 1989 wurde beispielsweise der Pfingstler Pawel Solowjow in der ukrainischen Stadt Slawjansk zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, angeblich wegen Randalierens.

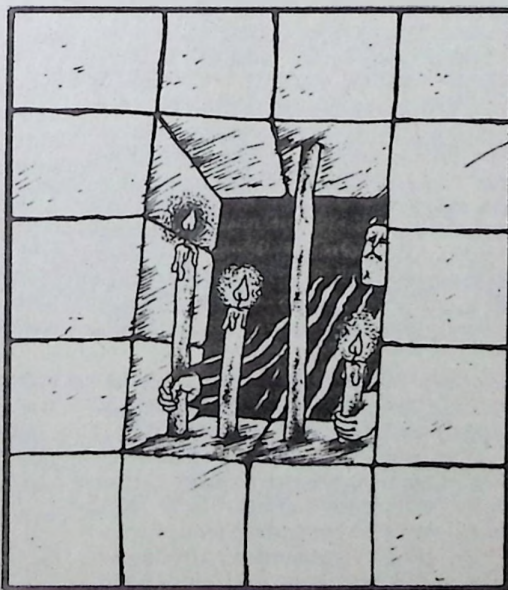
Gegen relativ viele Personen werden nach wie vor administrative Maßnahmen angewandt, wie zum Beispiel Vorbeughaft oder kurzfristiger Arrest. Das ist unzulässig, wenn Menschen ihr Grundrecht auf Teilnahme an Demonstrationen oder Wahlkämpfen mit friedlichen Mitteln wahrnehmen.

Diesmal traf Ian Martin mit Mitarbeitern des Instituts für Staat und Recht bei der AdW der UdSSR, des Innenministeriums, mit Vertretern verschiedener Menschenrechtsgruppen zusammen. Innerhalb weniger Tage konnte er sich sicherlich kein vollständiges Bild von der aktuellen Menschenrechtsbewegung in der UdSSR machen. Organisationen gibt es viele, ständig kommen neue hinzu, und noch haben sich nicht die, eine oder zwei, herauskristallisiert, die hohes Ansehen genießen, die als zuverlässig und objektiv gelten und sich mit Amnesty International und der amerikanischen Bürgerrechtsliga messen könnten. Die Moskauer Helsinki-Gruppe hat in diesem Umfeld bereits Rang und Namen, aber sie allein füllt das Vakuum nicht aus.

Ein Gesetz über die Vereinigungsfreiheit ist zweifellos erforderlich. Die Behörden könnten ruhig alle Menschenrechtsgruppen registrieren, denn unsere Gesellschaft würde mit der Zeit schon selbst herausfinden, wer ihr Vertrauen verdient. Das Prinzip selbst, Existenzurlaub zu erteilen, macht einem Staat keine Ehre, der sich anschickt, demokratisch zu werden.

Inzwischen wenden einige Menschenrechtsorganisationen, wie zum Beispiel das Komitee für soziale Verteidigung, die Brieftaktik an, indem sie ein Gesetz nutzen, das den Behörden vorschreibt, innerhalb von festen Fristen auf schriftliche Anfragen zu antworten. Unter Bedingungen eines wirklichen Parteienpluralismus, eines wirklichen Wettbewerbs der Parteien, Gruppen und Bewegungen um Führungspositionen jedoch würde auch ohne solch ein Gesetz niemand sich leisten können, die Anfrage einer angesehenen Menschenrechtsorganisation zu ignorieren. Jede Weigerung würde bei den nächsten Wahlen Stimmenverluste nach sich ziehen.

Lew Jelin



Zeichnung: Dmitri Moskin

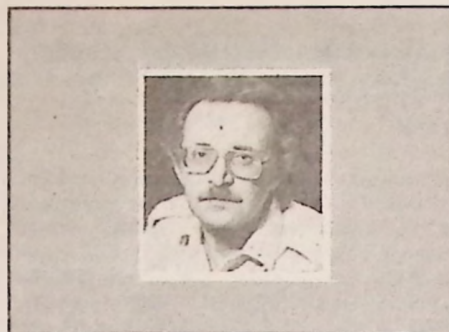
Immer häufiger wird von Achtung und Respektierung gesprochen, selbst von höchsten Tribünen. Staatsmänner erinnern sich in ihren Reden plötzlich an das Jüngste Gericht, das Gewissen, die Seele... Man hat also inzwischen feststellen müssen, daß man, um große Taten zu vollbringen, nicht nur Gesetze und Verordnungen braucht, sondern auch noch einige informelle menschliche Eigenschaften wie Barmherzigkeit, Menschenliebe, Gewissen und Achtung vor den Menschen. Der Aufruf „Bewahren wir doch unsere Selbstachtung!“ erklingt wohl jeden Tag ein Dutzend Male in den Sälen des Kreml, zeigt jedoch nicht immer eine Wirkung. Es scheint, als sei die Selbstachtung landesweit tatsächlich sehr gesunken.

Bei einer normalen Erziehung achtet ein Mensch sich selbst und deshalb auch die anderen. Eine verschrobene Erziehung bewirkt, daß sich ein Mensch nur soweit selbst achtet, wie er die Achtung anderer spürt. Er ist nicht in der Lage, sich ohne Unterstützung von außen selbst zu achten. Deshalb strebt er nach der Achtung von außen wie der Dürstende nach Wasser. Noch weniger ist dieser Mensch dazu in der Lage, andere zu achten, wo er doch schon selbst über keine eigene Selbstachtung verfügt. Er ist in dieser Beziehung ein armer Mensch, der nur irgendwie zu überleben versucht. Ein Mensch, der sich selbst nicht achtet, ist ein geistiger Krüppel, den nichts zurückhält, der zu allem fähig ist.

Die Würde eines jeden von uns wird allerdings weniger dadurch bestimmt, inwieweit wir von anderen geachtet werden, als vielmehr dadurch, wen und wie wir andere achten. Um es präziser auszudrücken: Unsere Würde kommt nicht in der Beziehung zum höchsten, sondern zum geringsten Menschen in der persönlichen und gesellschaftlichen Hierarchie zum Ausdruck. Die Beziehung zum unbedeutendsten Mitarbeiter sagt alles über die menschlichen Eigenschaften eines Leiters aus.

Wer aber ist der Letzte in der Hierarchie der uns umgebenden Menschen? Recht häufig ist es das eigene Kind. Nicht alle sind in der Lage, das eigene Kind zu lieben, aber noch weniger sind dazu fähig, die Kleinen auch zu achten. Wir sind daran gewöhnt, jemanden für etwas zu achten.

Diese „Achtung für etwas“ ist aber der wunde Punkt der Moral, ihr Solar plexus. Wenn man jemanden nur „für etwas“ achtet, dann verdient ein Kind tatsächlich keine Achtung. Wofür denn? Es arbeitet nicht, bringt keinen Nutzen... Wenn es außerdem nicht pariert, schlecht lernt und nicht im Haushalt hilft? Wofür?



Achtest du mich?

Da man einen Menschen nur „für etwas“ achtet, läßt sich selbst die schlimmste Haltung gegenüber dem Nächsten rechtfertigen: „Wofür soll man ihn achten? Ich persönlich achte ihn nicht.“

Da man den Menschen nur „für etwas“ achtet, verlangt jeder Beamter, auf welcher Stufe auch immer, daß man ihm als Beamten Achtung entgegenbringt. Diese Achtung, meint er, gebühre ihm aufgrund seiner Stellung. Sie ist sein Privileg. So wird aus einer natürlichen Beziehung ein Privileg. Wenn aber das Recht auf Achtung ein Recht von Auserwählten ist, dann gibt es auch das Recht, andere nicht zu achten: Er ist ja noch klein, ein Schüler, ein schlechter Arbeiter, ein Sträfling, ein Fremdstämmiger... Die Zahl der Nichtgeachteten wächst plötzlich astronomisch an. Die Achtung ist eine Vektorgroße. Sie kann nach oben oder nach unten gerichtet sein. Wenn man sich im Land umschaut, kann man feststellen, daß die Achtung fast ausschließlich nach oben gerichtet ist. Geachtet werden Macht und Einfluß, Geld und Stellung. Nach unten gerichtete Achtung gibt es fast nirgends, sie erscheint schon als Verschrobenheit. Das ist einer der stärksten Beweise für den moralischen Verfall.

Gründe für diesen bedauerlichen Rückgang der Achtung gibt es viele. Betrachten wir einmal den rein pädagogischen.

Zwar liebe ich Makarenko und möchte keineswegs meine Einstellung zu ihm revidieren, aber man darf doch nicht jeden Satz, den er zu einem bestimmten Menschen unter bestimmten Umständen gesagt hat, als eine für alle Zeiten und Völker geltende Weisheit ausgeben wollen. So kann die scheinbar tadellose und oft

zitierte Makarenko-Formel „Mehr Achtung vor dem Menschen durch mehr Strenge“ unter bestimmten Umständen äußerst gefährlich werden.

Der moralische und logische Fehler dieser Formulierung besteht darin, daß die beiden Teile von ungleichem Gewicht sind. Die Achtung vor einem Menschen ist absolut, und streng fordern kann man alles Mögliche, selbst die schrecklichsten Dinge, was in der Praxis auch passiert. Ein autoritärer Lehrer zitiert voller Pathos diese unerschütterliche Formel, die sich in der Hochschule erhärtet hat: „Ich bin streng! Bei mir herrscht Disziplin! Wissen Sie das denn nicht? Wie soll man nicht streng sein? Das ist doch Achtung!“ Der erste Teil der Formulierung bemäntelt das Verbrechen des zweiten Teils. Die Vereinigung von Herrlichem und Häßlichem in einem Satz ist ein gewöhnlicher ideologischer Trick. Alles ist verteuelt einfach: Der Despotismus wird zum Sozialismus erklärt oder zum Weg, der dahin führt. Bist du gegen den Despotismus? Dann bist du gegen den Sozialismus. Dann bist du ein Taugenichts und gehörst ins Gefängnis.

Eine Formulierung, die Strenge und Achtung verbindet, ist besonders gefährlich in der Schule. Man kann von einem Menschen fordern, daß er gut arbeitet und sich streng an die Regeln des Zusammenlebens hält. Man kann aber nicht von einem Kind die Lösung einer Aufgabe fordern, wenn es dazu nicht imstande ist. Dabei hat man doch geschrieben: „Wir wollen wie Lenin lernen!“ Alle! Unter dem Deckmantel der Achtung wird gewöhnlicher Zwang angewandt. Wenn man Strenge als Humanismus und Achtung ausgibt, brauchen die Pädagogen nicht nach neuen Lehrmethoden zu suchen. Wozu auch? Sei streng und fordere, und das Kind lernt. Die allgemeine Formulierung, die als Gipfel der sowjetischen Pädagogik ausgegeben wird, bemäntelt alles: Die vielen Kinder, die die Schule ohne Abschluß verließen, und auch die vielen gebrochenen Schicksale, die von Lehrern verursacht wurden, die außer Strenge und Respekt nichts kannten.

Überwinden wir uns, lernen wir, unsere Kinder tatsächlich zu achten, damit sie wenigstens ein Quentchen Selbstachtung bekommen, um später, wenn sie erwachsen sind, nicht zur Flasche greifen und den Erstbesten mit trüben Augen fragen müssen: „Achtest du mich?“

Simon Solowejschik

FÜR GESCHÄFTSLEUTE, TOURISTEN!

AEROFLOT OFFERIERT

DIE NEUE INTERNATIONALE FLUGLINIE

MOSKAU-HARARE



Die Strecke wird seit dem 26. März mit einer IL-62 einmal pro Woche befliegen. Abflug aus Moskau montags, aus Harare dienstags (Ortszeit)

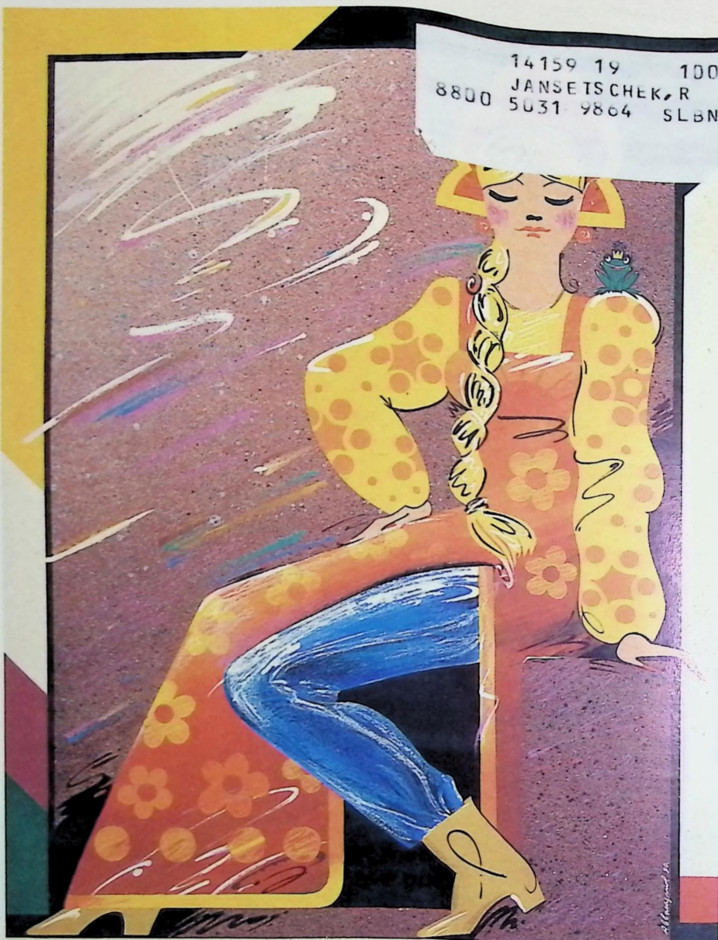
Flug	Abflug		Ankunft	
SU 457	Moskau	14.30	Bombay	23.30
	Bombay	1.30	Harare	6.05
SU 458	Harare	23.05	Bombay	10.25
	Bombay	11.25	Moskau	17.55

Ausführliche Informationen über die neue Strecke, die die Hauptstädte der Sowjetunion und Simbabwe miteinander verbindet, in jeder Vertretung von Aeroflot in Ihrem Land.

FLIEGEN SIE DIE NEUE STRECKE!



Festival „Russian America“



14159 19 100 000 002
JANSEITSCHKE, R
8800 5031 9804 SLBN 27/0124

92x

Wahl der „Miss Russian America“

Sponsors der Wahl sind die Firmen:

VELECA

COMPUSERVICE

POLUS INTERNATIONAL

Gemeinsame
Festival-
Direktion
in Moskau
Tel.: 241 71 99